Nr. 2 Hamburg, den 8. Januar 1910 23. Jahrgang

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands
sowie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom Zentralverband der Maurer Deutschlands, Hamburg 1.

Schluß der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰.

Die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei.

Es ist eine sich jeden Tag vor aller Augen abspielende Tatsache, daß im politischen und wirtschaftlichen Leben jeder Stand zunächst seine eigenen Interessen vertritt, die Interessen der Allgemeinheit aber, wenn es hoch kommt, nur insoweit, als seine eigenen Interessen dadurch nicht geschädigt werden. Am rücksichtslosesten gehen in dieser Beziehung wohl die feudalen Junker und Großgrundbesitzer vor, aber auch die Schlotjunker, die Industriebarone und Großindustriellen kennen mit ihrer Habgier keine Grenzen. Obwohl sie in „ihrem“ Golde fast ersticken, sind sie doch fortgesetzt darauf bedacht, aus armen elenden Arbeitern neuen Reichtum herauszupressen. Und was das Niederträchtigste dieser Menschensorte ist, ist, daß sie obendrein bestrebt sind, die Arbeiter, die ihnen all ihren Reichtum geschaffen haben und die fortgesetzt neuen schaffen, rechtlos zu machen und wie Sklaven ihrer Willkür zu unterstellen. Diese Sorte Menschen nimmt auf die Allgemeinheit gar keine Rücksicht; wenn es in ihrem Vorteil liegt, mag alles drunter und drüber gehen. Die provozierenden Maßnahmen des Zechenverbandes und manch andere Vorkommnisse in neuerer Zeit sind dafür beredte Beispiele. Auch der Vertragsentwurf, den das deutsche Bauunternehmertum der deutschen Bauarbeiterschaft anzubieten wagt, ist ein Zeichen dafür, in welch frivoler Weise die Interessen großer Volkskreise zugunsten einiger tausend Unternehmer verletzt werden sollen. Und so wie diese Gruppen vertritt jeder Stand seine eigenen Interessen. In der kapitalistischen Welt führen sogar Teile eines Standes, eines Gewerbes auf wirtschaftlichem Gebiete die heftigsten Interessenkämpfe, die nicht selten auf die Vernichtung der eigenen Standesgenossen abzielen. Aber sobald es gegen die Arbeiter geht, finden sich die feindlichen Brüder auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete immer wieder zusammen. Ja, nicht nur die Glieder eines Standes finden sich dann zusammen, sondern dann ist sich so ziemlich die ganze bürgerliche Welt einig. Großgrundbesitz und Industrie, Handwerk und Handel, alle die Gruppen, die sich sonst in die verschiedensten Parteien zersplittern, vergessen dann ihre Gegensätze, die, wie sie wissen, lange nicht so groß sind, wie die Gegensätze, die sie alle von den Arbeitern trennen. Natürlich können auch hier Fälle eintreten, wo sich die eine oder die andere Partei von einem zeitweiligen Zusammengehen mit den Arbeitern größere Vorteile verspricht; aber keine Partei, keine Gruppe wird unter Verletzung der eigenen Interessen die Interessen der Arbeiter vertreten. Selbst da, wo dies scheinbar geschehen ist, wie bei Einführung mancher Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetze, ist in letzter Linie nicht das Interesse der Arbeiter das eigentlich treibende Prinzip gewesen. Denn die Kapitalistenklasse selbst hat ja ein Interesse daran, daß die Arbeiterklasse nicht allzusehr degeneriert, sondern daß sie arbeitsfähig erhalten wird, und der Staat stützt seine Sicherheit gleichfalls mit auf die Wehrfähigkeit der Arbeiter. Zum andern aber fand man es in einem Lande mit allgemeinem Wahlrecht auch für ratsam, das Erwachen des Klassenbewußtseins der Arbeiter zu hintertreiben. Um das Entstehen und die Stärkung der Klassenvertretung der Arbeiter zu verhindern, um bei Wahlen die Arbeiter als Stimmvieh zur Stärkung der eigenen Macht zu behalten, deshalb gab man, wo man es gar nicht vermeiden konnte, den Arbeitern neben der Peitsche auch etwas Zuckerbrot. Von ihrem Standpunkte aus handelten die bürgerlichen Parteien damit nur nach dem Grundsatze, daß das kleinere Uebel dem größeren immer noch vorzuziehen ist. Sobald aber das Interesse der Kapitalistenklasse — wir meinen diese Klasse im weitesten Sinne des Wortes — von den Arbeitern wirklich irgendwie bedroht ist, stehen alle bürgerlichen Parteien einmütig gegen die Arbeiter.

Weil dies so gewesen ist, so ist und auch in Zukunft so sein wird, müßte jeder Arbeiter einsehen, daß er von keiner bürgerlichen Partei eine wirkliche und konsequente Vertretung seiner Interessen zu erwarten hat. Ebensowenig wie die preußischen Junker und Großgrundbesitzer zur Sozialdemokratie gehören und ihr bei den Wahlen ihre Stimmen geben, ebensowenig wie dies die Großindustriellen, Börsenleute, Fabrikanten und Unternehmer tun, ebensowenig sollten Arbeiter solchen Parteien angehören oder ihnen bei Wahlen ihre Stimmen geben, die nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die der Junker, Großgrundbesitzer, Industriellen usw. vertreten. Wenn der Junker und Großgrundbesitzer zur konservativen Partei gehört, so handelt er nur vernünftig; denn diese Partei tritt für Lebensmittelzölle, für die Entrechtung der Arbeiter, kurz für alles ein, wovon der Junker und Großgrundbesitzer Nutzen hat. Wenn die Großindustriellen, Großfabrikanten und Großunternehmer nationalliberal sind, so handeln auch sie vernünftig, weil die nationalliberale Partei in erster Linie ihre Interessen vertritt. Wenn Professoren, Aerzte, mittlere Kaufleute usw. den freisinnigen Parteien, wenn Großbauern dem Bauernbund und Würdenträger der katholischen Kirche dem Zentrum angehören, so kann man das verstehen, weil auch sie in erster Linie eine Vertretung ihrer Interessen von diesen Parteien erwarten können. Aber wenn Arbeiter diesen Parteien angehören oder sie unterstützen, so treten sie unbewußt ihre eigenen Interessen mit Füßen. Die Interessenvertretung der Arbeiter ist die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie. So wie der Junker zur konservativen und der Großindustrielle zur nationalliberalen Partei gehört, so gehört der Arbeiter zur Sozialdemokratie. Sie ist die einzige Partei, die seine Interessen konsequent vertreten kann; denn die Großgrundbesitzer und Kapitalisten können die Interessen der Arbeiter deshalb nicht vertreten, weil sie sich damit selbst schädigen würden. Wollte diese Menschenklasse den Arbeitern etwas geben, so müßte sie dies auf ihre eigenen Kosten tun. Jeder Arbeiter weiß aber, daß weder ein einzelner Kapitalist noch eine ganze Gruppe von Kapitalisten den Arbeitern jemals freiwillig auch nur einen einzigen Pfennig Lohnerhöhung gibt. Alles, was der Arbeiter will, muß er sich unter schweren Opfern erkämpfen. Und wie es auf wirtschaftlichem Gebiete ist, so ist es auch auf politischem. Statt das öffentliche Leben zu demokratisieren, statt den Arbeitern das gleiche Recht auf allen Gebieten des Lebens einzuräumen, stemmt sich der Regierungsausschuß der Kapitalistenklasse und die meisten bürgerlichen Parteien selbst diesen notwendigen Forderungen gewaltsam entgegen, ja man schämt sich nicht, den Arbeitern bereits innegehabte Rechte zu rauben, wenn man selbst sich dazu stark genug und seine eigenen Interessen irgendwie bedroht fühlt.

Natürlich gibt keine bürgerliche Partei zu, daß es so ist. Jede behauptet von sich, die Interessen der Arbeiter am besten zu vertreten. Dies ist eine elende Heuchelei, die begangen wird zu dem Zwecke, um bei Wahlen die Stimmen der Arbeiter zu erhalten. Wenn diese Parteien ehrlich sein wollten, dann müßten sie sagen, daß sie ebensowenig die Interessen der Arbeiter vertreten können und wollen, wie die Sozialdemokratie die Interessen der Großindustriellen und Junker vertreten kann oder will. Aber weil sie ein Interesse daran haben, die Arbeiter zu täuschen, deshalb behaupten selbst die schlimmsten Scharfmacher, Freunde der Arbeiter zu sein. So druckte kürzlich die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ einen Artikel der konservativen „Post“ ab, in dem folgende drollige Stelle vorkam:

„Wenn die Sozialdemokratie sich den politischen Repräsentanten der Arbeiterschaft nennt, so ist das eine der bekannten Anmaßungen der Sozialdemokratie. Das Bürgertum hat der Arbeiterschaft geholfen und will ihr weiterhelfen durch Aufbesserung ihrer Lage, und die Erfahrung zeigt, daß das möglich ist. Man vergleiche nur die Lage des Arbeiters von heute mit der des Arbeiters vor einem Menschenalter und man wird die Besserung einräumen müssen. Das Gerede von der zunehmenden Verelendung der Massen paßt nur in die sozialdemokratische Theorie hinein, widerspricht aber allen tatsächlichen Verhältnissen. Die Sozialdemokratie hat sich allen Bestrebungen zur Besserung der Lage des Arbeiterstandes, sobald praktische Gesetzgebungsarbeit in Frage kam, entgegengestemmt. Sie will ja angeblich auch dem Arbeiter helfen, aber dadurch, daß sie erst die bestehende Ordnung der Dinge in Trümmer schlägt und dann eine neue Ordnung der Dinge schafft, durch deren Durchführung erst der Arbeiter wahrhaft zu seinem Rechte und der ihm gebührenden Stellung in der Gesellschaft kommen soll. Das Bürgertum will dem Arbeiter in der Gegenwart helfen und hat gezeigt, daß es das kann.“

Also das Bürgertum hat der Arbeiterschaft geholfen und will ihr weiter helfen! Aber wer ist denn das Bürgertum? Sind das nicht die nämlichen Unternehmer, die die Arbeiterschaft selbst um die minimalste Verbesserung ihrer Lage wochenlang kämpfen lassen? Die sie, wenn sie glauben, dazu die Macht zu haben, aussperren und aushungern, um jede Verbesserung ihrer Lage hintanzuhalten? Gehören dazu nicht die Fabrikherren von Crimmitschau, die Vogelsänger in Mansfeld und die Bergherren im Ruhrrevier? Gehören dazu nicht jene Bauunternehmer, die jetzt mit der Absicht umgehen, die deutsche Bauarbeiterschaft durch einen sogenannten Arbeitsnachweis und allerlei schikanöse Vertragsbestimmungen zu knebeln? Gehören dazu nicht jene Stadtverwaltungen und Landtage, die den Arbeitern ihr Wahlrecht nahmen? Sind es nicht die bürgerlichen Parteien, die mit ihrer Zoll- und Steuergesetzgebung den Arbeitern die Taschen ausplündern? Und war es nicht eine bürgerliche Regierung, die es zuließ, daß gegen streikende Bergleute, die nur eine geringe Besserung ihrer Lage erstrebten, Maschinengewehre aufgefahren wurden? Das alles sind Taten des Bürgertums, die es verübte, sobald es seine Interessen bedroht glaubte. Und da sucht das Organ der schlimmsten Scharfmacherverbände den Arbeitern noch weiszumachen, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern das Bürgertum die Interessen der Arbeiter vertritt! Seit ihrem Bestehen hat die Sozialdemokratie unermüdlich für die Besserung der Lage der Arbeiter gewirkt. Man hat deshalb Ausnahmegesetze gegen sie erlassen und hat sie auf Schritt und Tritt verfolgt. Und heute noch bekämpft die Sippe um die „Arbeitgeberzeitung“ wütend jeden Versuch einer Besserung der Lage der Arbeiter. Und wenn den Arbeitern unter Führung der Sozialdemokratie und der sogenannten „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften trotzdem eine Besserung der Lage der Arbeiter gelungen ist, dann findet dieses Blatt heute den Mut, zu sagen: „Das Bürgertum hat gezeigt, daß es den Arbeitern helfen kann. Man vergleiche nur die Lage des Arbeiters von heute mit der des Arbeiters vor einem Menschenalter und man wird die Besserung einräumen müssen.“ Das ist denn doch der Gipfel der Heuchelei. Aber das Blatt hat dazu seine guten Gründe; es macht jetzt schon Stimmung zur nächsten Reichstagswahl, obwohl diese erst im Jahre 1912 stattfindet. „Mehr oder minder“, sagt es, „wird der Ausfall der nächsten Reichstagswahlen davon abhängen, ob sich nicht doch endlich ein größerer Teil der Arbeiterschaft dazu entschließt, das Joch der Sozialdemokratie abzuschütteln.“ Das könnte den Scharf-

macherorganen und allen Volksfeinden gefallen, wenn die Arbeiter wieder die dummen Kälber spielten, die ihre eigenen Metzger selber wählen. Daß es soweit kommt, das glauben sie aber wohl selbst nicht. Denn sie sorgen ja immer wieder erneut dafür, daß den Arbeitern die Augen darüber geöffnet werden, wo sie eine Vertretung ihrer Interessen finden. Die Arbeiter wissen auch nachgerade, daß der „Umsturz" der Sozialdemokratie nichts weiter ist als eine fortgesetzte und zielbewußte Umgestaltung der Verhältnisse im Interesse der Arbeiter.

Nun ist ja öfter behauptet worden, das Bürgertum stünde den Arbeitern nur deshalb so ablehnend gegenüber, weil diese sozialdemokratisch seien. Die Tatsachen zeigen aber, daß es dem Unternehmertum gar nicht darauf ankommt, ob die eine Verbesserung ihrer Lage fordernden Arbeiter sozialdemokratisch oder christlich oder gelb und reichstreu sind: sobald die Arbeiter wirklich eine Besserung ihrer Lage fordern, werden sie alle gleichmäßig schlecht behandelt, ganz gleich, welchen Organisationen sie angehören. Und auch diese Tatsache zeigt, daß die Arbeiter als eine Klasse zusammengehören und daß sie eine eigene Interessenvertretung haben müssen. Diese Interessenvertretung kann aber nur die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie sein.

Ein Nachwort zum Schnapsboykott.

Als der Schnapsblock des Reichstages im Sommer die sogenannte Steuerreform zur Annahme gebracht hatte, durch die insbesondere dem arbeitenden Volke viele Millionen neuer Steuern aus den Taschen gezogen werden, gehörten wir mit zu den ersten, die für eine energische Bekämpfung des Schnapses eintraten. Im „Grundstein" forderten wir unsere Kollegen auf, ihre Schnapsflaschen zu zerschlagen, um dadurch wirksam gegen die fortgesetzte Ausbeutung des Volkes durch indirekte Steuern zu protestieren und gleichzeitig den Fuselbrennern die Profite zu schmälern. Das gleiche taten auch fast alle anderen Gewerkschafts- und viele Parteiblätter. Wir erwarteten auch von Anfang an, daß der Parteitag den Schnapsboykott beschließen würde und freuten uns nur, daß dies unter so großer Begeisterung und einstimmig geschah. Wir waren und sind heute noch davon überzeugt, daß der Parteitag durch diesen Beschluß eine Kulturtat ersten Ranges vollbrachte. Die Gründe für diese Ansicht haben wir schon in einem früheren Artikel des näheren dargelegt. Wir gehen, ganz abgesehen von der politischen Bedeutung des Beschlusses, von der Ansicht aus, daß durch die Boykottbewegung große Volkskreise über die Schädlichkeit des Alkohols, insbesondere dann, wenn er in großen Mengen genossen wird, aufgeklärt werden. Dabei sind wir natürlich nicht so naiv, anzunehmen, durch einen Boykottbeschluß könnte der Schnapsgenuß unter den Arbeitern, oder auch nur unter den organisierten Arbeitern, ganz beseitigt werden. Wir wissen sehr wohl, daß sich so tief eingewurzelte Sitten, wie es die lasterhafte Trinkfitte ist, nicht von heute auf morgen durch einen Beschluß beseitigen lassen. Dazu gehört neben einer materiellen Besserstellung eine andauernde Aufklärung. Wir verstehen also sehr wohl, daß Arbeiter, die in Not und Elend leben und die Zeit ihres Lebens dem Alkohol frönten, unter Umständen nicht die Kraft aufzubringen vermögen, um diesem Gift nun plötzlich zu entsagen. Deshalb würden wir es auch für völlig verkehrt halten, wenn man die Arbeiter durch bestimmte Maßnahmen, wie Ausschluß aus der Organisation und dergleichen, zur Enthaltsamkeit vom Alkohol zwingen wollte. Solche Dinge lassen sich nun einmal durch Gewalt nicht erzwingen. Wer nicht einsieht, daß der Genuß von Alkohol schädlich ist, wer vielleicht im Gegenteil annimmt, daß er für den Körper nützlich und notwendig ist, der wird sich auch durch angedrohte Repressalien nicht vom Genuß dieses Giftes abhalten lassen. Deshalb aber sind wir eben der Meinung, daß es die Pflicht der Arbeiterpresse ist, die Schäden des Alkoholgenusses, insbesondere des übermäßigen Alkoholgenusses, klarzulegen. Es ist wohl unbestreitbar, daß nach der neuen starken Besteuerung des Branntweins und des Bieres die Gelegenheit zu dieser Aktion besonders günstig ist.

Einen recht eigentümlichen Standpunkt, der unseres Erachtens auf gänzlich falschen Voraussetzungen beruht, nahm in der Boykottfrage vor einigen Wochen die „Neue Zeit", das wissenschaftliche Organ unserer Partei, ein. Sie vertrat die Auffassung, der Boykottbeschluß in seiner jetzigen Form wäre nur durch einen bloßen Zufall gefaßt worden, nämlich dadurch, daß der an jenem Tage zur Verhandlung stehende Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion wegen Heiserkeit des Berichterstatters zurückgestellt werden mußte. In der frischen Kampfesstimmung des ersten Tages seien Einwendungen nicht gemacht worden, die gemacht worden wären, wenn der Boykottantrag „auch nur 24 Stunden später zur Beratung gekommen wäre." Zunächst sei der Beschluß für die Partei nicht eben schmeichelhaft; denn wenn er den jährlichen Extraprofit der junkerlichen Schnapsbrenner von mehr als 50 Millionen beseitigen oder auch nur empfindlich kürzen wolle, so gehe er von der Voraussetzung aus, daß die Partei eine mehr oder minder alkoholisierte Gesellschaft sei, daß die Parteigenossen noch geradezu ungeheure Quantitäten Schnaps konsumierten. Dies sei aber glücklicherweise eine völlig unrichtige Voraussetzung. Die eigentliche Ursache des massenhaften Schnapskonsums sei die hoffnungslose Lage des modernen Arbeiters; sobald er zum Klassenbewußtsein erwache, sobald er aus dem Klassenkampf neue Hoffnung schöpfe, sobald er sich politisch oder gewerkschaftlich organisiere, höre jene Ursache auf zu wirken. Auf die Arbeiterschichten aber, die noch massenhaft Schnaps konsumierten, hätten Parteitagsbeschlüsse entweder gar keinen oder doch nur geringen Einfluß. Deshalb liege es gar nicht in der Macht der Partei, mit dem Schnapsboykott den Stoß gegen die junkerlichen Schnapsbrenner so zu führen, wie dies notwendig sei. In der Politik pflege aber eine Waffe, die den Gegner nicht treffe, den zu verletzen, der sie führe.

Wie man sieht, hält der Verfasser des Artikels (Genosse Franz Mehring) den Boykottbeschluß des Parteitages nicht nur für höchst überflüssig, sondern sogar für schädlich. Daran vermag auch die Beteuerung in einem späteren Artikel, er habe nicht gegen, sondern für den Leipziger Beschluß eintreten wollen, gar nichts zu ändern. Man tritt nicht dadurch für einen Beschluß ein, daß man diesen Beschluß als Waffe bezeichnet, die, anstatt den Gegner zu treffen, den verletze, der sie führt. Die Auffassung Mehrings ist denn auch fast von der gesamten Arbeiterpresse mit erfreulicher Einmütigkeit zurückgewiesen worden. Es ist unseres Erachtens mit Recht gesagt worden, der Artikel sei nur möglich von einem Mann, der dem praktischen Leben völlig fernstehe. Niemand weiß besser als wir, wieviel die politische und die gewerkschaftliche Organisation gegen die Schnapspest getan haben. Durch materielle Besserstellung der Arbeiter, durch Aufklärung über die Schädlichkeit des Alkohols und nicht zuletzt durch Veredelung des Empfindens der Arbeiter haben die Organisationen gegen die Schnapspest zweifellos großartiges geleistet. Aber von dem Zustand, den Mehring in seinem Artikel voraussetzt, sind wir nichtsdestoweniger noch meilenweit entfernt. Und das trifft leider nicht nur für Schlesien und das rheinisch-westfälische Kohlengebiet zu, sondern auch in den Großstädten wird immer noch — und nicht nur vom „Lumpenproletariat" — sehr viel Schnaps getrunken. Natürlich nicht mehr literweise, wie das vielleicht hier und dort noch vor einigen Jahrzehnten war, aber auch kleinere Quanten summen sich, wo in einer Stadt Hunderttausende Arbeiter in Betracht kommen, gewaltig zusammen. Wie wäre es sonst auch möglich, daß in den Großstädten noch unzählige Destillen ihren Mann ernähren? Fast in jeder neuen Straße wird im ersten fertiggestellten Hause eine Kneipe errichtet; und selbst in Berlin, das Mehring als Beweis für seine Behauptung besonders hervorhebt, ist es keine Seltenheit, daß man in Straßen von wenigen hundert Metern Länge zehn und mehr Kneipen findet. Und 90 pZt. dieser Kneipen können nur vom Verkauf des Alkohols existieren; denn obwohl fast alle durch große Aufschriften an den Fenstern „Warmes Frühstück, Mittag und Abendbrot" empfehlen, ist es doch Tatsache, daß all dies nur in den seltensten Fällen zu haben ist. Daß aber alle diese Kneipen nur vom Lumpenproletariat frequentiert werden, wird wohl niemand zu behaupten wagen. Es sind Arbeiter und wohl vielfach organisierte Arbeiter, die sogar nicht selten in der Partei oder Gewerkschaft einen Posten bekleiden, die dort ihr Gläschen Bier oder Snaps „genehmigen". Es kann sogar gesagt werden, daß bei bestimmten Anlässen, wie Geburtstagen und dergleichen selbst die Grenze, „die gesundheitliche und sittliche Gründe zu überschreiten verbieten", weit überschritten wird. Die meisten dieser gewerkschaftlich und politisch organisierten Leute sind aber bei einigem guten Willen sehr wohl in der Lage, diesen Genuß von Alkohol gänzlich einzustellen, und wir sind überzeugt, daß sie dies jetzt, wo es sich um ein solch hohes Ziel handelt, in den meisten Fällen auch tun. Geschieht dies aber, dann wird schon dadurch ein gewaltiges Quantum Schnaps weniger konsumiert.

Aber außer den mehr oder weniger großen Mengen Schnaps, die von Arbeitern regelmäßig oder gelegentlich in den Kneipen selbst konsumiert werden, wird auch vielfach noch bei der Arbeit oder in den Pausen aus Flaschen Schnaps getrunken. Wenn wir eingestehen, daß hierbei neben einigen andern Berufen auch unsere Kollegen noch in mehr oder weniger großem Umfange in Betracht kommen, so geben wir damit nur der Wahrheit die Ehre. Natürlich ist auch hier gegen früher eine ganz bedeutende Besserung eingetreten, aber Tatsache ist doch, daß immer noch viele der Meinung sind, sie könnten ohne Schnaps nicht leben. Es ist eben eine Uebertreibung, zu sagen, sobald sich der Arbeiter gewerkschaftlich oder politisch organisiere, höre er auf, Schnaps zu trinken. So schnell geht denn die Sache doch nicht. Wir kennen Arbeiter genug, die viele Jahre gewerkschaftlich und politisch organisiert sind, und die immer noch mehr oder weniger große Quantitäten Schnaps vertilgen. In den großen Versammlungen, von denen vielleicht unsere Theoretiker die Arbeiter kennen, kommt dies allerdings nicht zum Vorschein. Dort wird in der Tat von Jahr zu Jahr weniger getrunken. Dies beruht aber neben der zweifellos zunehmenden Enthaltsamkeit nicht zum wenigsten darauf, daß Spirituosen in den Versammlungslokalen in der Regel um ein gutes Drittel teurer sind, als in den gewöhnlichen Kneipen. Auch gegen die an und für sich in den allermeisten Fällen richtige Behauptung, die Arbeiter tränken n u r aus Not Schnaps, ist unseres Erachtens mit Recht darauf hingewiesen worden, daß auch in den Kreisen der Bessergestellten der Schnaps durchaus nicht unbekannt ist, nur daß dort eben nicht der gewöhnliche Fusel, sondern die besseren und teureren Liköre getrunken werden. Es wäre aber unsinnig, wenn man

Feiertagskunst.

Nur wenigen Auserwählten des Proletariats ist es vergönnt, in ihrem werktätigen Schaffen die rechte, volle Befriedigung zu finden. Die meisten hat das Schicksal auf einen Platz gestellt, den sie ohne innere Anteilnahme in monotonem Einerlei ausfüllen. Die in der frühen Jugend gehegten Hoffnungen und geistigen Fernen, die sich vor dem idealismustrunkenen Sehnen des Jünglingszeitalters vielversprechend und blendend auftaten, müssen nur zu oft der rauhen Prosa des Alltagslebens weichen. Der alles beherrschende Kapitalismus umschnürt mit eisernen Fesseln Sehnen und Talent des einzelnen und reiht ihn ein in die große Sklavenherde, wo der Mensch nur noch summarisch genommen wird; nur als eine Nummer im großen Getriebe des rastlos zirkulierenden Produktionsprozesses gilt. Der Kampf ums tägliche Brot, die Pflicht, die Seinen möglichst warm zu betten, drängt die individuellen Neigungen und Anlagen selbst des Reichbegabten gebieterisch zurück, und wenn erst das graue Gespenst der Hoffnungslosigkeit den Sinn umlagert, dann hat der Fluch der kapitalistischen Kultur hier seine ihm eigene Mission erfüllt. Nur wenige aus der großen Masse finden nach der Tagesfron noch die seelische Kraft und den Mut, in dilettantischer Form ihren Lieblingsproblemen und Neigungen nachzugehen und so ihrem individualistischem Streben einen Hausaltar zu errichten, auf dem sie in stillen Mußestunden ihrem Gotte opfern. In solchen erhabenen Feierstunden wird manches Edle und Schöne geschaffen, über dessen wissenschaftlichen und künstlerischen Wert sich die Schöpfer zumeist gar nicht bewußt sind; achtlos wird es von den Familienmitgliedern oder Freunden hingenommen, und nur für den Künstler, der mit dem innersten Erglühen seiner Seele daran gearbeitet hat, birgt es ein Heiligtum.

Ein Berliner Philanthrop, Dr. Adolf Levenstein, hat sich der Mühe unterzogen und mit Hilfe der Arbeiterpresse eine größere Anzahl solcher künstlerischer Schöpfungen aus Arbeiterkreisen ans Licht gebracht und dieselben jetzt in einer Ausstellung in Berlin vereinigt. Diese Sammlung proletarischer Kunstwerke — der bereits eine Sammlung literarischer Erzeugnisse aus Arbeiterkreisen voranging — ist in ihrer Art etwas Neues und Eigenartiges, und der bezweckte Erfolg als gelungen zu betrachten, da die Oeffentlichkeit durchweg von dem Schaffen dieser Feiertagskünstler im Arbeiterkleid frappiert ist. Rund 4000 Bilder liefen auf Lebensteins Aufruf ein, von denen nur die besten — einige Hundert — ausgewählt und zur Sammlung gefügt wurden.

Es sind mit einer einzigen Ausnahme, einer in Holz geschnitzten bildlichen Darstellung, durchweg Federzeichnungen, Oelbilder, Aquarelle und sonstige mit Stift oder Tusche hergestellte, mehr oder minder formvollendete Skizzen. Nach eigenen Entwürfen und Kopien geordnet, füllen sie drei kleine Säle, in denen die Wände eng mit diesen Kunstwerken drapiert sind. Alles mögliche ist hier durch den Stift oder den Tuschpinsel festgehalten worden, Studienköpfe von Arbeitern, Frauen, Kindern, dann wieder Tiere, Vögel, Zechgelage, Gebäude, Türme usw. Nicht alles kann für uns von regem Interesse sein, deshalb will ich das herausuchen, was psychologisch merkwürdig ist, und ferner, was von uns nahestehenden Berufsangehörigen und eigenen Kollegen ausgestellt ist. Aus räumlichen und andern Gründen gehe ich auch nicht auf die Schöpfungen von Berufsangehörigen ein; denen ihre tägliche Beschäftigung zur dankbaren Vorschule der bildlichen Darstellungskunst wird, wie Maler, Retuschierer, Lithographen u. a.

Verweilen wir bei ein paar Sachen, die aus Liebhaberei in den täglichen Mußestunden geschaffen sind. Da ist ein sechzehnjähriger Laufbursche mit neun Bildern, Federzeichnungen und kleinen Aquarellen vertreten. Alle atmen den scharfen Blick des künstlerischen Erfassens und sind mit kühnen Strichen und Farben ausgeführt. Fünf Mark Wochenlohn steht auf dem biographischen Zettel. Ein fünfzigjähriger Tischler hat in seiner freien Zeit kleine Oelbilder gemalt, darunter seine eigene Mutter, man merkt den Fleiß und die Liebe, mit welcher er geschaffen. Ein Töpfer hat dreizehn Bilder, Landschaften und Stillleben gemalt, alle zeigen Lebendigkeit und Vertiefung in die Materie. Ein Steinsetzer ist mit zehn Federzeichnungen in Postkartenformat vertreten. Sein Stift hat das Innere von Kirchen und Schlössern, Säulengänge, Chöre, Altäre usw. festgehalten. Der Stift in dieser rauhen Steinsetzerhand hat mit vollendeter Meisterschaft diese sorgsamen Skizzen auf das Niveau von wirklichen Kunstwerken gehoben. Er hat an seine Freunde von seinen vielen Karten das Stück für eine Mark verkauft, jetzt kommen die Sachverständigen und stellen fest, daß eine einzige Karte einen Wert von hundert Mark hat!

In ein paar Bildern prägt sich das proletarische Seelenleben besonders aus. Da ist ein Bergarbeiter, bei

behaupten wollte, diese Schichten tränken nur aus Not Schnaps. Nein, für diese Schichten ist der Schnaps ein Genußmittel, mit dem sie ihre durch mancherlei Ausschweifungen erschlafften Nerven aufpeitschen. Im allgemeinen schaden sie sich damit auch viel weniger als die Arbeiter, weil erstens die Qualität des von ihnen getrunkenen Schnapses besser ist, weil sie ferner ihrem Körper ausreichende und gute Nahrung zuführen können, durch die die Wirkung des Schnapsgenusses wieder einigermaßen aufgehoben wird, und weil sie schließlich durch die für Schnaps gemachten Ausgaben nicht noch tiefer in Not und Elend gestürzt werden, als dies bei den Arbeitern der Fall ist. Von diesen Schichten dürfen wir nicht erwarten, daß sie den Schnapsboykott in nennenswertem Maße unterstützen, wohl aber kann man von den Arbeitern und in erster Linie von organisierten Arbeitern verlangen, daß sie den Boykott beachten. Wir wissen, daß es auch unter ihnen noch viele gibt, denen die Innehaltung des Boykotts schwer fällt und die damit zunächst ein Opfer zu bringen glauben. Wir sind aber auch davon überzeugt, daß viele, wenn sie den Boykott zunächst aus politischen Gründen eine bestimmte Zeit innegehalten haben, zu der Ueberzeugung kommen werden, daß die Enthaltung vom Schnaps wie vom Alkohol überhaupt kein Opfer, sondern ein großer Gewinn für sie, ihre Familie und die gesamte Arbeiterklasse ist.

Wir wissen, daß diese Ausführungen für die Partei und die Gewerkschaften nicht so schmeichelhaft sind, wie die des Genossen Mehring in der „Neuen Zeit", halten aber dafür, daß es auch gar nicht unsere Aufgabe ist, der Partei oder uns selbst zu schmeicheln, indem wir die Dinge anders darstellen, als sie sind. Es ist nicht immer gut, wenn man sich für besser hält, als man in Wirklichkeit ist; denn dadurch wird eine wirkliche Besserung schließlich nur hintertrieben. Wenn es in der Partei und in den Gewerkschaften erst soweit ist, wie Genosse Mehring in der „Neuen Zeit" voraussetzt, dann darf man sicher sein, daß der Schnapsboykott seine Wirkung in ausreichendem Maße getan hat. Unsere Kollegen aber fordern wir auch hier wieder auf, mit aller Energie gegen die Schnapspest wie gegen jeden übermäßigen Alkoholgenuß überhaupt zu wirken; denn sie sind es, die vielleicht mehr als alle anderen Arbeiter in der Lage sind, Aufklärung über die Schäden des Alkohols in Kreise zu tragen, in denen sonst der Einfluß der Arbeiterbewegung noch sehr gering ist, nämlich in die Kreise der ländlichen Arbeiter. Notwendig ist dazu allerdings, daß sie sich zunächst selbst von der Schädlichkeit des Alkohols überzeugt und von ihm losgesagt haben.

Von den Verhandlungen.

Es ist noch nachzutragen, daß die Verhandlungen auch in Frankfurt a. M. schon an der Vorfrage, wo zu verhandeln sei, gescheitert sind. Auch hier wendeten sich die Arbeitervertreter gegen die Zusammenkuppelung verschiedenartiger Gebiete, während die Unternehmer darauf bestanden, daß für das ganze Gebiet ihres Verbandes — von Cassel bis Mannheim — an einer Stelle, in Frankfurt, verhandelt würde. Da sie von diesem Standpunkt nicht abgingen, so verlief die Zusammenkunft ganz ergebnislos.

In Stuttgart wird man am 12. Januar verhandeln.

Der Landesverband der Bauunternehmer für Elsaß-Lothringen hat alle bestehenden Verträge zum 1. April gekündigt und mit der Kündigung zugleich mitgeteilt, daß über die neuen Verträge an seinem Sitze, Straßburg verhandelt werden soll.

Das gleiche Ansinnen haben die mecklenburgischen Unternehmer gestellt. Auch hier ist es von unseren Kollegen zurückgewiesen worden.

Von Ostpreußen wird bekannt, daß der Vorstand des Unternehmerbundes „neue einheitliche Arbeitsbedingungen für die ganze Provinz" aufstellen will.

In Danzig hat man am 29. Dezember verhandelt. Das Ergebnis entsprach allen berechtigten Erwartungen. Die Unternehmer erklärten eine Arbeitszeitverkürzung für ausgeschlossen und über eine Lohnerhöhung könne gar nicht geredet werden. Der Lohn dürfe in den nächsten fünf Jahren nicht erhöht werden, wenn man das Baugewerbe nicht totschlagen wolle. Einig wurde man über die Lohnzuschläge und über die wöchentliche Lohnzahlung.

Im Königreich Sachsen ist in einigen Orten verhandelt worden, in Chemnitz, Grimma, Zwickau, Glauchau usw. In keinem Orte haben die Unternehmer eine Lohnerhöhung angeboten, so daß man überall auseinanderging, ohne ein nennenswertes Ergebnis erzielt zu haben. In Grimma erklärten die Unternehmer, sie hätten vom Bund die Anweisung, keine Lohnerhöhung zu bewilligen.

Die örtlichen Verhandlungen sollen so abgeschlossen sein — wenigstens wünscht es der Bundesvorstand so —, daß ihm das Resultat aus allen Orten am 5. Februar vorliegt. Wer auf eine friedliche Abwicklung der Lohnbewegung gehofft hat, der wird an diesem Tage vor einem Schutthaufen stehen.

Der Vorstand der Berliner Unternehmer hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, in dem es zum Schlusse heißt:

„Wie sich die Verhältnisse nach dem 1. April 1910 gestalten werden, ist demnach noch gänzlich ungewiß. Wenn man berücksichtigt, welche großen Schwierigkeiten der Verständigung über das Tarifmuster noch entgegenstehen, wenn man die Unsicherheit hinsichtlich der Lohnfrage bedenkt, wird man vorsichtigerweise immerhin mit einer Verschärfung der Situation im kommenden Frühjahr rechnen müssen.

Wir erachten es demgemäß für unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß Sie in Ihrem eigenen Interesse in die Verträge die Streikklausel aufnehmen und bei Ihren geschäftlichen Dispositionen die Möglichkeit des Scheiterns der Tarifverhandlungen nicht außer acht lassen."

Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt. Aber aller stilistischer Firnis kann den Kern nicht verdecken: Richtet euch auf den Kampf ein!

Auch wir wollen uns das nicht umsonst gesagt sein lassen.

Zur Kritik des Vertragsentwurfs der Unternehmer.

Stimmen aus Kollegenkreisen.

Wer den in Nr. 47 des „Grundstein" veröffentlichten neuen Mustertarif der Unternehmer aufmerksam gelesen hat, der wird ihn wohl als nichts anderes denn als Peitschenhieb ins Gesicht der ganzen deutschen Bauarbeiterschaft empfunden haben; denn dieser Entwurf hat mehr Aehnlichkeit mit einer Zuchthausordnung als mit einem wirklich freien Arbeitsvertrag. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das in den letzten Jahren mächtig erstarkte Unternehmertum darauf ausgeht, die Gewerkschaften in die Defensive zu drängen und daß wir auch schon einzelne, durch schwere Kämpfe errungene Positionen aufgeben mußten. Mit dem uns von den Unternehmern vorgelegten Mustertarif sollen die Arbeiterorganisationen vollends gefesselt und, wenn möglich, vernichtet werden. Das dürfen wir uns nie und nimmer gefallen lassen. Mit der Einführung von Klassenlöhnen und der Akkordarbeit soll eine noch größere Schinderei und Augendienerei auf den Arbeitsstellen eingeführt und dadurch das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegen untergraben werden. Der unparitätische Arbeitsnachweis, dessen Einführung die Unternehmer sicher mit aller Kraft versuchen werden, soll und kann weiter nichts sein als ein Herrschaftsinstrument der Unternehmer, mit dem sie die besten Kräfte unserer Organisation dem Hunger und Elend preisgeben wollen. Man erinnert sich, wie die Mansfelder Bergleute in keinem Orte in Deutschland Arbeit erhalten konnten. Und so soll es auch mißliebigen Bauarbeitern gehen. Aber nicht nur über unsere Körper wollen die Unternehmer verfügen, sondern auch geistig wollen sie uns herabwürdigen und knechten. Deshalb müssen wir alles aufbieten, um der Unverschämtheit der Unternehmer Grenzen zu setzen. Wo bei unseren Kollegen, unter Verkennung der augenblicklichen Verhältnisse, noch Lauheit und Gleichgültigkeit herrscht, muß ein besserer Geist einkehren. Sonst ist es kein Wunder, wenn die Unternehmer glauben, die Lebenslage der Bauarbeiter ohne weiteres herabdrücken zu können. Das Klassenbewußtsein hat sich in den letzten Jahren bei den Unternehmern weit mehr entwickelt als bei den Arbeitern. Es ist kein Zweifel, daß dies mit auf die Taktik der früheren kleinen, aber vom Geiste des Klassenbewußtseins stärker durchdrungenen Gewerkschaften, auf die Taktik des Kleinkampfes, der steten Beunruhigung der einzelnen Unternehmer zurückzuführen ist. All dies muß für uns ein Ansporn sein, das Klassenbewußtsein auch in unseren Reihen bedeutend zu festigen. Leider muß gesagt werden, daß es immer noch Mitglieder gibt, die zwar ihren Beitrag zahlen, sich aber sonst viel zu wenig um die Organisation bekümmern, wenn es nicht irgendwelche Vorteile einzuheimsen gibt, die aber, weil sie die Verhältnisse nicht kennen, desto mehr an den Einrichtungen und Beschlüssen und an den Führern der Organisation herumnörgeln. Es ist wohl an der Zeit, daß die Kollegen damit aufhören und ihre ganze Kraft auf die Verbesserung ihrer Lage konzentrieren. Denn wer heute die stetige Verschärfung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit nicht einsehen kann, der muß mit Blindheit geschlagen sein. Wir haben die Pflicht, die Anschläge der Unternehmer abzuwehren, ihnen einen dicken Strich durch ihre Rechnung zu machen. Dazu müssen aber alle Kollegen auf der Hut sein. Deshalb kommt heraus aus Euren Hütten, Ihr Säumigen und Lauen; hinein in die Versammlungen, wo wir durch gegenseitige Aussprache und sachliche Diskussion erneut das Band der Brüderlichkeit befestigen wollen! Zeigen wir den Unternehmern, daß die Kollegen; denen wir unser Vertrauen schenkten, nicht nur den Namen unserer Organisation vertreten, sondern daß die gesamte Bauarbeiterschaft einmütig und kampfbereit hinter ihnen steht. Tun wir das, dann können sie auch ferner mit allem Nachdruck unsere Interessen vertreten. Wo noch Kollegen abseits stehen, haltet ihnen den Mustertarif der Unternehmer vor Augen und sagt ihnen, daß es sich in dem kommenden Kampf um einen Kampf für die Erhaltung ihres Menschenrechtes handelt. Macht sie auch darauf aufmerksam, daß es in diesem Kampf für alle Mitglieder der Organisation notwendig ist, Opfer zu bringen.

Julius Klink, Berlin.

*

Obwohl die Haltung des „Grundstein" zum Vertragsentwurf der Unternehmer so ist, daß sie von jedem Kollegen anerkannt werden kann, indem er jedem Vorstoß der Unternehmer ein energisches „Halt!" entgegenruft, wird eine weitere Diskussion dazu doch noch nötig sein. Es wäre aber verfehlt, sich nur über die scharfmacherische Fassung dieses Entwurfs zu entrüsten. Wichtiger ist es für uns, daß Ursache und Wirkung des Vertragsmusters, wenn dieses zur Annahme käme, in weitesten Kollegenkreisen bekannt wird. Die Herausforderung der Unternehmer mit diesem Entwurf sowie ihre ganze Haltung in letzter Zeit zeigt, daß die Bauunternehmer zu den schlimmsten Scharfmachern geworden sind. Sie fühlen sich durch ihre „Erfolge" in den letzten Jahren offenbar wieder als „Herren im Hause". Erfolge für sie waren die unnatürlichen Hottentottenwahlen, das Erstarken ihrer Organisationen, der durch die Krise ungünstige Ausfall mancher Lohnbewegungen seit 1907 und nicht zuletzt der dadurch entstandene Mißmut der Kollegen, der in Wirklichkeit gar nicht am Platze war. Eine sachliche Prüfung der Lage von 1907 wäre für manchen Kollegen von größerem Nutzen gewesen als das Räsonnieren über das Zurückgehen der Leistungsfähigkeit unseres Verbandes. Kurz gesagt: gestützt auf ihre Macht, sehen die Scharfmacher die Arbeiterbewegung zertrümmert am Boden, wenn, ja wenn sie mit ihrem Mustertarif wieder einen Erfolg haben. Dies zeigt klar schon die schamlose Zumutung an die Arbeiter, die elende Einrichtung ihres Arbeitsnachweises anzuerkennen. Wie diese, so sind auch alle anderen Forderungen des Entwurfs mühseliger Geistesprodukte habgieriger Menschen. Aber dies alles zeigt uns auch den Weg, den wir zu gehen haben. Es zeigt uns, falls die Unternehmer von ihrem Wahnwitz nicht ablassen, daß wir vor einem Kampf stehen, bei dem es sich um die Existenz der Arbeiterorganisation, ja der Arbeiterbewegung überhaupt handelt. Es wird in diesem Kampf wie immer unsere Aufgabe sein, dem Unternehmertum seine scharfmacherischen Gelüste auszutreiben, es zur Vernunft zu bringen, um unser rein menschliches Verlangen durchzusetzen, im Arbeitsprozeß die Rolle zu spielen, die uns zukommt. Wollen wir Sieger in diesem Kampfe bleiben, der uns, wenn schließlich verschoben, sicher nicht erspart bleibt, so ist es unsere heilige Pflicht, jetzt schon alle Hebel in Bewegung zu setzen. Alle Kollegen, die sich darüber klar sind, was der Vertragsentwurf der Unternehmer zu bedeuten hat, haben jetzt die heilige Pflicht, die säumigen Kollegen auf den Kampf vorzubereiten, um sie

---

dem es zur Manie geworden ist, ganze Quadratmeter Papier mit nachgeahmten Kohlenbrocken zu versehen. Und aus diesen Flötzen blicken uns, wenn man näher zusieht, überall ganz feine, halb verschwommene Gesichter an. So hat er Hunderte von Augenpaaren gezeichnet. Er ist verwoben und verwachsen mit seinem täglichen Milieu; daß er anscheinend nicht mehr anders kann; ein „psychologisches Rätsel" für das satte Bürgertum. Für uns nicht. Ein Bäckergeselle malt in hoffnungsloser Sehnsucht das Tragödienhafte: einsame Felsen am brändenden Meer, mit weinenden, verzweifelnden Menschen, die vergebens zu dem am Kreuze hängenden Schöpfer hinaufstöhnen. Dann wieder stille Nebelwälder. Eine gigantische Tragik. Diese Bilder haben mich am meisten gerührt mit ihrer reißenden Skepsis und ihrem Weltschmerz, so war mir immer zumute, als ich vor vielen Jahren Lenau las. Ein Tischler hat eine Reihe von Bildern in dunklen, dumpfen Farben gemalt. Auch in diesen Schöpfungen tritt ein trauriges Erkennen der verzweifelnden Klassenlage klar zutage. Zuletzt hat er selbst seine kummerernsten Züge gemalt. Ebenfalls erschütternd. Es folgen einige Allegorien auf die einst kommende, sehnlichst erhoffte gesellschaftliche Umwälzung.

Gehen wir zu den Schöpfungen der Angehörigen des Bauhandwerks. Ein Zimmerer aus Meißen hat aus der Vogelperspektive Kirchen und Baugerüste geschaffen. Alles prangt in lebensfrohen Farben, gleichsam an Sommersonntage gemahnend. Ein anderer zwanzigjähriger Zimmerer ist mit einem lustigen Frühlingsbildchen vertreten. Ein neckendes Mädchen mit einem Burschen unterm Fliedergum. Es mutet außerordentlich lebenswahr an. Ein Zementierer hat eine grüne Hügellandschaft gemalt. Ein altes Mütterchen mit Tragekorb und eine Schafherde bilden den Vordergrund, weiter hinten Bäume und Hügel. Alles in hellen Farben. Ich betone, das sind alles eigene Entwürfe.

Aus der Fülle des Materials hat Levenstein zwei Maurer zu Worte kommen lassen. Ein neunundzwanzigjähriger Kollege aus Eisleben, der anscheinend lange Zeit in Leipzig gearbeitet, hat drei Bilder ausgestellt. Zwei sind isometrische Architekturzeichnungen von Leipziger Bauwerken, Pleißenburg und Rathaus, mit umgebenden Straßen, Bäumen und Spaziergängern. Es sind Schulzeichnungen, wie sie in den höheren Klassen unserer Bauschulen verfertigt werden und die einem Architekten alle Ehre machen würden. Luft und Wolken sind mit kräftigen Federstrichen gezeichnet, auch die Raben läßt der flotte Zeichner kreisen. Man merkt an der Darstellung sofort den geschulten Blick des Fachmannes. Derselbe Kollege ist jedoch mit noch einem kühneren Bildchen vertreten. Ein in Böcklinschen Farben gehaltenes schmales Bild, auf dem hinter einem dunklen Walde verborgen, auf einem ins Wasser vorstoßenden Felsstein ein nackter Knabe sichtbar ist, der den Pfeil nach einem über ihm kreisenden, von den Sonnenstrahlen beleuchteten Adler anlegt. Hier tritt die Kühnheit des Künstlers noch mehr zum Vorschein als vorher. Eine äußerst strenge und resolute Linienführung, die zu dem Motiv, das ein eigener Entwurf ist, genau paßt, tritt am Ganzen scharf hervor. Ein von Maurerhand geschaffenes kleines Kunstwerk; daran dürften auch die Sachverständigen nicht zweifeln. Außer diesem ist ein zweiunddreißigjähriger Kollege aus Bremen mit einem größeren Bilde vertreten, der in seinen Mußestunden hier ebenfalls ein Kunstwerk geschaffen hat. Wenn wir es vorhin mit dem Zeichnen zu tun hatten, so tritt jetzt der Maler an uns heran. Ein idyllisch gelegenes Dörfchen im Frühlingsschmuck. Ein niederes Häuschen mit Schindeldach, Apfelblütenbäume, hohe schlanke Pappeln, der Kirchturm, der Fluß, wo die Enten patschen, und was so zum Heimathaus gehörte, das es anscheinend vorstellen soll. Dieses Bild ist unbestritten eines der besten der Ausstellung. Die Farbenstimmung, die Ruhe und der Frieden, der auf ihm lagert, zwingen uns in seinen Bann. Der Künstler weiß mit Aquarellfarben umzugehen. Es scheint das Produkt langer und mit Liebe durchdachter Arbeit zu sein. Kunstwerke von rauher Maurerhand geschaffen, in einer Situation, die von hoher seelischer Stimmung getragen wurde.

So hat sich hier eine Elite des Feinempfindenden und des künstlerischen Könnens in der Arbeiterschaft ein Rendezvous gegeben, das zu hohem Stolze berechtigt, um so mehr für uns, als alle die vertretenen Künstler in den Reihen der Organisationen anzutreffen sind. Erwähnt zu werden verdient auch, daß 94 pZt. Abstinenzler sind. Wie sehr die mit der Not ringenden Arbeiter an ihren Schöpfungen hängen, zeigt die Tatsache, daß viele von ihnen ihre Bilder, trotz der gebotenen hohen Preise, nicht verkaufen. Wir wollen hoffen, daß die gelungene Ausstellung eine Anregung für viele im Proletariat schlummernde Kräfte ist.

Josef Kliche, Berlin.

zu gegebener Zeit in den Strudel hineinzureißen, damit keiner im Kampfe zurücksteht. Wenn in den letzten Jahren in unseren Reihen viel von Mißerfolgen geredet wurde, so ist jetzt eine günstige Gelegenheit für jeden Kollegen, durch intensive Arbeit für den bevorstehenden Kampf alles zu tun, um diesen so erfolgreich zu machen, daß der Unternehmerwillkür die Schranken gesetzt werden, die zur Aufrechterhaltung und Durchsetzung unserer Gleichberechtigung im Arbeitsprozeß notwendig sind. Darum auf zum Dienst für die Organisation. **Louis Scheler**, Nürnberg.

Weiße Salbe.

Ein Komödientorso.

Handelnde Personen: mehrere Unternehmer, an ihrer Spitze ein Generalsekretär mit vielen Büchern und Akten, die ersteren sind unaufgeschnitten und enthalten die Wissenschaft des ganzen Jahrhunderts, die letzteren sind streng vertraulichen Inhalts und deswegen im „Grundstein" veröffentlicht; mehrere Arbeitervertreter. Ort der Handlung: Geschäftszimmer eines Unternehmerverbandes. Zeit: unmittelbarste Gegenwart.)

Der Generalsekretär: Meine Herren! Ich darf darauf hinweisen, daß unsere Zusammenkunft von erheblicher, um nicht zu sagen: gewaltiger Bedeutung für das Textilgewerbe (ein Unternehmer stößt ihn an und flüstert: Baugewerbe!) — Pardon! Baugewerbe; selbstverständlich! Also von erheblicher Bedeutung für das Baugewerbe ist. Ich darf außerdem voraussetzen, daß uns allen das Wohl dieses Gewerbes sehr am Herzen liegt. Uns allen, ohne Ausnahme! Die schwere Industrie, die Brotgeberin von vielen Hunderttausenden, bildet die Grundlage der vaterländischen Volkswirtschaft. (Eine Stimme: Was geht uns die schwere Industrie an?) Sprach ich von der schweren Industrie? Entschuldigen Sie, meine Herren, meine vielseitige Tätigkeit jetzt und früher läßt mich leicht einen falschen Ausdruck gebrauchen. Ich weiß jedoch sehr wohl, daß wir hier Vertreter des Baugewerbes sind, ich bitte, das nicht durch Lächeln in Zweifel ziehen zu wollen. Es ist der große Zweck unserer Zusammenkunft, unserem uns teuren Baugewerbe eine neue Grundlage für die nächsten Jahre zu geben. Eine neue Grundlage, auf der wir in friedlicher Arbeit um die Mehrung des nationalen Wohlstandes bemüht sein wollen. Täuschen wir uns nicht, meine Herren, es harrt unser eine schwere Arbeit; es ist eine große Aufgabe. Seien wir uns darüber von vornherein klar. Je klarer wir uns darüber sind, um so größer werden unsere Energien sein, die Hindernisse zu bewältigen. Unterstützt werden wir dabei von der gediegenen Sachkenntnis der hier versammelten Herren, eine Sachkenntnis, die ich, mit gütiger Genehmigung der Herren Arbeitgeber, auch bei den Arbeitervertretern vorauszusetzen nicht völlig abgeneigt bin. Diese Sachkenntnis wird unserem Blicke Schärfe geben, wird uns die Bedürfnisse des Baugewerbes (Verbeugung zu den Unternehmern) richtig einschätzen lassen und uns vor unzweckmäßigen Beschlüssen bewahren. Und wenn ich nun überblicke: erstens die Besorgtheit um das Wohl des Baugewerbes, zweitens das lebendige Gefühl für die Schwere unserer Aufgabe, drittens diese gediegene Sachkenntnis, so darf ich sagen, wenn nun noch eine gewandte und angemessene Art des Meinungsaustausches hinzutritt, so dürfen wir zuversichtlich hoffen, daß es uns gelingen wird, das gordische Rätsel zu lösen. (Ein Arbeitervertreter: Knoten!) Was war das? Sollte mich meine Hoffnung auf einen angemessenen Meinungsaustausch bei den Arbeitern täuschen? (Ein Arbeiter sagt etwas, bleibt aber unverständlich.) Ich kann in der Annahme, daß Sie einen ihrer Genossen mit dem Ausdruck Knoten meinten, über den immerhin störenden Zwischenfall hinweggehen. Rührt Euch!

Ein Arbeiter: Rührt euch? Wir sind hier doch nicht auf dem Kasernenhof! (Zustimmung bei den Arbeitern.)

Der Generalsekretär: Sie haben Recht. Sehen Sie über den Lapsus lingue hinweg, dann sind wir wieder quitt. Wir treten nunmehr in die Verhandlungen ein und ich fordere die Arbeitervertreter auf, ihre Wünsche zu den neuabzuschließenden Verträgen zu äußern. (Sucht hastig in den Akten.)

Ein Arbeiter: Ich bitte ums Wort!

Der Generalsekretär: Bitte!

Der Arbeiter: Es geschieht im Interesse der Verhandlungen, wenn ich vorschlage, zur Leitung der Sitzung einen Unparteiischen hinzuzuziehen. Die Leitung muß über den Parteien stehen. Daß unsere Verhandlungen nicht leicht sein werden, sagte schon der Herr Sekretär (Zuruf: Generalsekretär!), dann meinetwegen Generalsekretär. Um so mehr ist es notwendig, eine unparteiische Person mit der Leitung zu betrauen. (Unruhe bei den Unternehmern. Der Generalsekretär ist aufgestanden und sieht den Sprecher durchdringend an.) Ich will auch kein Hehl daraus machen, daß ich den Herrn Generalsekretär nicht für die geeignetste Person zur Leitung der Sitzung halte.

(Laute, entrüstete Zurufe bei den Unternehmern.)

Der Generalsekretär: Meine Herren Arbeitervertreter! Sie irren sich, wenn Sie glauben, mich provozieren zu können. Aber Sie irren sich noch mehr, wenn Sie glauben, wir durchschauten die Absicht nicht, die Ihrem Vorgehen zugrunde liegt. Sie wollen die Verhandlungen verschleppen! Sie sind erkannt! Aber Sie werden kein Glück damit haben. Wir Arbeitgeber des Baugewerbes haben lange genug mit uns spielen lassen. Aber jetzt ist es genug. Zur Sache selbst will ich bemerken, daß wir unsere Zustimmung zu einem unparteiischen Vorsitzenden nicht geben werden. Wir müßten darin ein testimonium paupertatis sehen, als wenn unser geliebtes Baugewerbe nicht selbst die Männer hätte, die seine Angelegenheiten zu regeln und zu leiten fähig wären. Ich sehe aber ein, daß wir uns daran gewöhnen müssen, bei Ihnen ein solches Gefühl für die Würde unseres Gewerbes nicht zu finden. Das ist traurig! Aber um so mehr müssen wir die Ehre des Schneidergewer — — Baugewerbes hochhalten. Wir sind selbst Mannes genug! Wir brauchen keine Sozialmoralisten, keine weltferne sozialpolitikasternde Professoren, Minister a. D. und ähnliche Leute. Wir fahren in der Verhandlung fort und ich frage, ob die Arbeitervertreter nun ihre Wünsche zur Vertragserneuerung mitteilen wollen.

Ein Arbeiter: Ich will dazu sprechen!

Der Generalsekretär: Bitte!

Der Arbeiter: Meine Herren! Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich hier auftraggemäß sage, daß wir zur Erneuerung unseres Arbeitsvertrages ziemlich viel Wünsche haben. Das kann Sie nicht überraschen; denn Sie wissen, wie viel Wünsche, hochberechtigte und überreife Wünsche wir bei der letzten Tarifverneuerung vor zwei Jahren zurückstellen mußten, weil die Ungunst der Geschäftslage uns ihre Erfüllung versagte. Wir Arbeiter dürfen für uns das Verdienst in Anspruch nehmen, dem Baugewerbe damals ein großes Opfer gebracht zu haben. (Lachen bei den Unternehmern.) Das ist ein unpassendes Lachen, meine Herren!

Der Geschäftsführer (unterbrechend): Ich möchte dem Redner nahelegen, den Arbeitgebervertretern an Takt und Sachlichkeit nicht nachzustehen und solche schulmeisterlichen Bemerkungen zu unterlassen. Im übrigen ersuche ich ihn und die nachfolgenden Redner von der Arbeiterseite, nicht allzuviel abzuschweifen. (Bravo! bei den Unternehmern.)

Der Arbeiter: Ich kann nichts davon zurücknehmen, das Lachen über meine durchaus sachlichen Bemerkungen war ungehörig und in diesem Fall für uns verletzend. Es ist eine nicht wegzuleugnende und nicht wegzulachende Tatsache, die Arbeiter haben mit ihrem Verzicht auf Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse dem Baugewerbe ein großes und schweres Opfer gebracht. Meine Herren! Keine Schilderung vermag die Leiden unserer Kollegen in diesen letzten Jahren richtig darzustellen. Von der Arbeitslosigkeit will ich nicht reden, sie hat mit dem Vertrage nichts zu tun. Aber ich darf hier sagen, daß es unter meinen Kollegen nur wenige gibt, die nicht eine wenigstens zehn Wochen lange Arbeitslosigkeit haben durchmachen müssen. Doch ich muß ihr Augenmerk auf die gesteigerten Kosten des Lebensunterhalts lenken. Ich habe hier (auf Drucksachen auf dem Tische zeigend) eine Zusammenstellung der Warenpreise. Es geht hieraus — es handelt sich um amtliches Material oder um solches von bürgerlichen Wirtschaftshistorikern — zur Evidenz hervor, daß die Warenpreise in den letzten zwei Jahren um fünfzehn bis zwanzig Prozent gestiegen sind. Das ist die Folge der Schutzzollpolitik — —

Der Generalsekretär: Ich bitte, die Politik aus dem Spiele zu lassen! Ich weiß wohl, daß Sie nur zu leicht der Versuchung erliegen, zum Fenster hinauszureden und daß Sie darauf brennen, sozialdemokratische Agitationsreden an den Mann zu bringen. Aber es ist mein Wille, solche Reden hier nicht halten zu lassen. Sparen Sie sich doch das für Ihre Versammlungen auf! (Bravo! bei den Unternehmern.)

Der Arbeiter: Nun gut. Die Tatsache selbst wird ja auch ohne dies so bekannt sein, daß man nicht weiter darüber zu reden braucht. Jedoch kann ich nicht unterlassen, auf die Verteuerung des Lebensunterhaltes durch die letzthin beschlossenen neuen Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse des Volkes aufmerksam zu machen. (Zuruf bei den Unternehmern: Der Schnaps ist teurer geworden!) Ach der Schnaps! Lassen Sie doch den Schnaps! So ungerecht die Schnapssteuer ist, die brauche ich nicht als Beweisstück. Die zahlen wir nicht! Dagegen können sich die Arbeiter schon wehren. Aber sehr viele können des Bieres nicht entraten, um so weniger, als Sie nicht in genügender Weise für gutes Trinkwasser und Kochgelegenheit auf den Bauten sorgen. (Zuruf bei den Unternehmern: Wir bringen Sie noch Sofas auf die Baustelle!) Die Verteuerung des Tabaks trifft uns. Sie werden sagen, die Arbeiter sollen das Rauchen einstellen. (Zuruf bei den Unternehmern: Sehr richtig!) Dann sage ich Ihnen: Machen Sie uns das doch erst einmal vor! Der Kaffeezoll — ja, wer wird nicht davon betroffen! Ich muß jetzt für das halbe Pfund 18 ₰ mehr zahlen. Der Zoll auf Tee, die Zuckersteuer, die Steuer auf Streichhölzer, das sind doch alles Steuern, die wir tragen müssen, denen wir gar nicht entgehen können. So ist doch gar kein Zweifel darüber möglich, daß sich die Kaufkraft des Lohnes bedeutend vermindert hat. Und wie soll dabei das hochberechtigte Streben der Arbeiter, ihren Anteil an den Kulturgütern zu erhöhen, auf seine Rechnung kommen! In der ganzen Welt sehen wir bei allen Gesellschaftsklassen eine Zunahme des Verbrauches, eine Vermehrung der Lebensgüter, eine Verfeinerung und Veredelung des Daseins, und da kann man den Arbeitern nicht zumuten, daß sie für sich auf diese Entwicklung verzichten, noch weniger aber, daß sie sich eine Herabsetzung ihres Kulturniveaus gefallen lassen. Und darum fordern wir eine angemessene Erhöhung des Lohnes. Daneben müssen wir jedoch auch eine Verkürzung der Arbeitszeit fordern. (Der Generalsekretär erhebt sich.) Die von uns dafür schon vor zwei Jahren vorgebrachten Gründe sind Ihnen, meine Herren, noch bekannt. (Der Generalsekretär ergreift ein Lineal.) Diese Gründe bestehen auch heute noch, ja sie bestehen naturgemäß in verstärktem Maße, und darum müssen wir nachdrücklich eine Verkürzung der heute zehnstündigen Arbeitszeit fordern — —

Der Generalsekretär: Ich muß Sie unterbrechen. Wir haben Ihre Lohnerhöhungsrede mit bewundernswerter Geduld angehört. Aber es besteht bei uns keinerlei Neigung, uns nun auch noch eine Arbeitszeitverkürzungsrede halten zu lassen. Ich will darin von vornherein deutlich reden. Eine Arbeitszeitverkürzung unter zehn Stunden ist völlig ausgeschlossen. Unsere Generalversammlung zu Cöln im Jahre 1905 (Zuruf bei den Arbeitern: 1907!) — ich bitte, mich nicht zu unterbrechen! Unsere Generalversammlung hat beschlossen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden unter keinen Umständen stattfindet. Unter keinen Umständen! Meine Herren! Wenn unsere Generalversammlung sagt: unter keinen Umständen, so ist das ein Felsen, ein Felsen von Granit. Versuchen Sie Ihr Gebiß daran! (Zuruf bei den Arbeitern: Wir brauchen die Zähne nicht dazu, wir haben Hämmer!) Nehmen Sie, was Sie wollen! Aber belästigen Sie uns nicht mit Ihren Reden darüber, sie sind vergeblich. Es wäre nur eine Verschleppung der Verhandlungen, was denn vielleicht auch in Ihrem Plane liegen mag. Ist es Ihnen ernstlich um die Förderung der Verhandlungen zu tun, so lassen Sie das Reden über die Verkürzung der Arbeitszeit sein. Darüber gibt's keine Verhandlungen! Das lassen Sie sich gesagt sein! Wünschen Sie weiter das Wort?

Ein zweiter Arbeiter: Ich bitte!

Der Generalsekretär: Nur los!

Der Arbeiter: Was ist das für eine Verhandlung, wenn uns hier, sobald wir unsere Forderungen nennen, gesagt wird: Darüber gibt's keine Verhandlung! Die Frage der Arbeitszeit ist doch unseren örtlichen Verhandlungen vorbehalten, so hat man doch in Berlin bei den zentralen Verhandlungen beschlossen. Diese Sorte Verhandlung, die ich hier erlebe, kommt mir vor, wie die bekannte „Weiße Salbe", die die Herren vom Zechenverband so gern haben. Vor der Welt will man zeigen, man ist zur Verständigung bereit, man will mit den Gewerkschaften verhandeln, und wenn man uns hier hat, dann heißt es: Darüber wird nicht verhandelt! Wir sind doch keine dummen Jungen!

Der Generalsekretär: Ich fordere den Redner auf, sich zu mäßigen und sachlich zu bleiben!

Der Arbeiter: Unterbrechen Sie mich nicht! Sie können mich keine Sachlichkeit lehren. Ich will hier wenigstens meinem Empfinden über die Art der Verhandlung Ausdruck geben, und das ist das: Hier wird eine Komödie aufgeführt. Wozu verhandeln Sie denn mit uns, wenn Sie nichts bewilligen wollen? Dann konnten wir lieber zu Hause bleiben und hätten nachher gesehen, wie es kommt.

Der Generalsekretär: Sind Sie fertig? Wer wünscht nun das Wort? Keiner? Aber, meine Herren, wir wollen doch nun Ihre Forderungen wissen! Noch haben Sie gar nichts davon gesagt. Sie müssen doch eine Forderung stellen!

Der erste Arbeiter: Ich bitte dazu ums Wort.

Der Generalsekretär (sehr freundlich): Bitte!

Der Arbeiter: Ich habe bereits in meinen ersten Ausführungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir für die Dauer des neuen Vertrages Lohnerhöhungen fordern. Das konnte Sie, meine Herren, nicht überraschen. Ich hatte erwartet, daß Sie uns nun mitteilten, wie Sie über die Lohnfrage denken. Das ist bisher nicht geschehen. Aber es bedarf wohl nur dieser Anregung, um Sie zu veranlassen, uns Ihre Lohnangebote für die Dauer des neuen Vertrages mitzuteilen (setzt sich).

Der Generalsekretär (mit länglich verzogenem Gesicht): Haben Sie weiter nichts zu sagen?

Der Arbeiter: Einstweilen nicht.

Der Generalsekretär: Meine Herren! Ich — — ich — hm — ich bin — ich hätte — wir alle hätten erwartet, jetzt von den Arbeitervertretern etwas — Positives zu erfahren. Etwas, das wir unseren Herren Mitgliedern unterbreiten könnten. Das ist nicht geschehen, und ich weiß nicht, was wir nun eigentlich beginnen sollen.

Mehrere Arbeiter: Verhandeln!

Der Generalsekretär: Ja, verhandeln! Wir wissen ja gar nicht, was Sie eigentlich wollen, was Sie in der Lohnfrage beabsichtigen.

Der erste Arbeiter: Wir wollen eine Lohnerhöhung! Das haben wir doch deutlich genug gesagt! Sagen Sie doch, ob Sie eine solche gewähren wollen, dann kommen wir gleich weiter.

Der Generalsekretär: Meine geehrten Herren Arbeitgeber! Ich habe das Empfinden, daß die Verhandlungen auf einem toten Punkt angelangt sind. (Die Unternehmer nicken.)

Der Arbeiter: Sie brauchen ja nur zu erklären: Wir sind einer Lohnerhöhung nicht abgeneigt, wir erkennen ihre Notwendigkeit an. Sofort sind die Verhandlungen wieder in Fluß!

Der Generalsekretär: Mir ist das alles ganz unverständlich.

Der zweite Arbeiter: Ich glaube, ich kann die Lage aufklären.

Der Geschäftsführer: So? Wirklich?

Der zweite Arbeiter: Ich denke. Sie, Herr Generalsekretär, haben da in Ihren Akten ein Stück Papier, das haben Sie von Ihrem Bundesvorstand bekommen. Auf diesem Papier — es ist natürlich streng vertraulich! — steht die Weisung, daß Sie keinerlei Zugeständnisse machen dürfen. Besonders dürfen Sie keine allgemeine Lohnerhöhung bewilligen, sonst erhält Ihr Vertrag die Zustimmung des Bundesvorstandes nicht.

Der Generalsekretär: Was? Was sagen Sie da?

Der zweite Arbeiter: Lesen Sie es nur noch einmal nach; es steht so drin, wie ich Ihnen sage.

(Die Unternehmer haben sich halb erhoben und sehen den Redner an. Der Generalsekretär setzt eilig den Kneifer auf und nimmt ihn ebenso eilig wieder ab. Das wiederholt er mehrere Male.)

Der zweite Arbeiter: Das gefällt Ihnen nun wieder nicht, daß wir davon wissen. Aber nun denken Sie mal darüber nach, und dann sagen Sie mir als aufrichtige Männer, ob es nicht das richtige Komödienspiel ist, was Sie mit uns hier treiben. Da laden Sie uns zur Verhandlung ein; wir kommen und glauben, mit Ihnen Punkt für Punkt verhandeln zu können, so wie wir es von früher her gewohnt waren; und Sie denken gar nicht daran, uns nur das geringste Zugeständnis zu machen. Wir wollen über die Arbeitszeitverkürzung verhandeln — Sie sagen: Darüber gibt es keine Verhandlung! Das hat unsere Generalversammlung schon besorgt. Da ging es glatt vonstatten. Das glaube ich; da waren wir ja nicht dabei. Wir wollen über die Lohnerhöhung verhandeln — Sie haben längst die „Direktiven des Bundesvorstandes" in der Tasche, wonach es keine Lohnerhöhung gibt! Und nun sage ich: Ist das eine Art? Ist das etwas, was man Verhandlung nennen kann? Wir reden und reden hier über die schwere Bedrängnis, in der wir Arbeiter stecken, wir wollen mit Ihnen über das Maß der Lohnerhöhung verhandeln, und Sie hören sich das alles an und denken im stillen: Die dummen Kerle! Was die sich einbilden! Man so tun! Sie wollen überhaupt keine Lohnerhöhung zugestehen! Aber warum dann die Verhandlung? Ich will es Ihnen sagen: Die Welt soll denken: Ach, was sind die Bauunternehmer doch für Stacksker! Die sind nicht solche hartherzige und hochfahrende Leute, wie die Zechenbarone da in dem Kohlen

pütt, oder wie die um Bueck und Tille herum. Nein, das sind sozialgesinnte Menschen, die achten des Arbeiters Recht und verstehen den Pulsschlag der Zeit, die sitzen und beraten mit den Gewerkschaftsvertretern, wie mit ihresgleichen. Ach, wären doch alle Unternehmer so! Sehen Sie, so soll die Welt denken. Und wenn dann bei den Verhandlungen nichts herauskommt, dann stellen Sie sich hin wie ein unschuldig Kind und sagen: Wie haben wir's doch gut gemeint! Aber die Arbeiter! Dann soll sich alles mit Ihnen vereinen in der Verdammung der Arbeiter. Das sind dann die bösen, unersättlichen Leute! Das wollen Sie erreichen. Sie sagen ja nicht, daß die Verhandlungen die reinen Komödien waren, daß sie bloß „weiße Salbe" sein sollten. Aber wir werden dafür sorgen, daß es nicht unbekannt bleibt.

(Die Unternehmer haben sich während dieser Worte leise und erregt unterhalten. Als der Redner eine Pause macht, umringen sie lebhaft gestikulierend den Generalsekretär. Der lächelt und sagt halblaut zu den Nächststehenden): Den Kerl sollte ich in meiner Kompagnie gehabt haben! (Laut): Meine Herren! Ich konstatiere, daß die Verhandlungen völlig gescheitert sind und bitte die Arbeitervertreter, sich zu entfernen.

(Die Arbeiter ab.)

Der Geschäftsführer: Meine Herren! Das ist eigentlich ganz gegen unser Programm. Offen gesagt, ich bin von diesem Ausgange höchst unangenehm berührt. Aber verzagen wir nicht! Denn was wollen die Arbeiter? Bei uns ist die Macht! Bei uns sind die Materiallieferanten! Bei uns ist die ganze anständige Presse! Bei uns ist die Polizei! Blicken Sie auf Porzheim! Kann man mehr verlangen? Also verzagen wir nicht! Was wollen die Arbeiter mit ihren paar Millionen? Sie werden wie Schnee vor der Sonne zusammenschmelzen! Wir aber bleiben, was wir sind: Das kraftvolle deutsche Baugewerbe, das zuerst dazu berufen ist, den Feind aufs Haupt zu schlagen. In diesem Sinne —

(Die nächsten Worte gehen in dem Lärm einer draußen vorbeimarschierenden Militärmusikabteilung verloren. Ein Unternehmer singt zu der Marschmelodie):

Mach mir keine Wippchen vor, Wippchen vor!
Vorhang! —ig.

Politische Umschau.

Zum preußischen Wahlrechtskampf. — Der Kampf der Bergarbeiter im Ruhrrevier. — Ein Schwindel der „Kreuzzeitung". — Zu den Wirkungen des Schnapsboykotts.

Auf dem Gebiete der inneren Politik tritt die Frage der preußischen Wahlrechtsreform immer schärfer in den Vordergrund. Die „berühmte" Stelle der Thronrede zur Eröffnung der vorletzten Session des Dreiklassenparlaments, die die Inangriffnahme dieser „Reform" ankündigte, sei hiermit nochmals wörtlich mitgeteilt:

„Mit dem Erlaß der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatsleben erfordert umfassende Vorarbeiten, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden."

Als diese Ankündigung aus dem Munde des Königs von Preußen erfolgte, hatte die Wahlrechtsbewegung der Sozialdemokratie die Geister bereits sehr in Bewegung gebracht. Dann kam diese Bewegung auch im liberalen Bürgertum in Fluß, wo sie jedoch eine nennenswerte Bedeutung zunächst nicht gewann. Ja, wir erlebten, daß Blockfreisinnige und Nationalliberale ebenso dumme wie gehässige Angriffe wider die Sozialdemokratie um deswillen richtete, weil sie die Propaganda mit vollstem Nachdruck durch gewaltige Massenkundgebungen betrieb. In der ersten Zeit der Bülowschen Blockäre waren die liberalen Parteien töricht genug zu hoffen, die preußische Regierung werde in der Wahlrechtsfrage dem „Liberalismus weitgehende Konzessionen machen". Diese Konzessionen sollten gewissermaßen der Lohn der liberalen Parteien dafür sein, daß sie die Politik des leitenden Staatsmannes im Reichstag unterstützten. Darüber kam es zwischen der Junkerpartei und den liberalen Parteien zu heftigen Auseinandersetzungen. Erstere wies grundsätzlich jede Abänderung des elenden Dreiklassenwahlsystems zurück und forderte mit größter Entschiedenheit dessen Aufrechterhaltung, weil es „das sicherste Bollwerk gegen den Umsturz" sei. Als dann der Bülowblock zusammengebrochen und die konservativ-klerikale Koalition entstanden war, die auch den Sturz Bülows mit sich brachte, mußte es auch den liberalen Parteien klar werden, daß die preußische Regierung weit davon entfernt ist, in der Wahlrechtsfrage dem Liberalismus Konzessionen zu machen. Zwar hüllte die Regierung sich in Schweigen, sie gab ihre Absichten nicht kund. Erst in den letzten Tagen ließ sie offiziös verkünden, daß sie dem Landtage Mitte Januar eine Wahlrechtsvorlage werde zugehen lassen. Diese Vorlage werde das Dreiklassenwahlsystem beibehalten, eine geheime und direkte Wahl nicht vorsehen und eigentlich nur eine teilweise andere Einteilung der Wahlkreise bringen. Sollte diese Vorlage auf größeren Widerstand stoßen und ihre Annahme unmöglich erscheinen, so werde sie wahrscheinlich von der Regierung zurückgezogen und dem Landtage werde in Bälde eine neue Vorlage nicht gemacht werden.

Die Junkerpartei und ihre Bundesgenossen können mit einer solchen Vorlage zufrieden sein. Es ist nun zugleich eine amtliche Statistik über die Ergebnisse der preußischen Landtagswahlen 1908 erschienen, die als Grundlage für die „Wahlrechtsreform" gelten soll. Diese Statistik ist nun aber nichts anderes als ein grober Täuschungsversuch; sie hat die Tendenz, zu beweisen, daß das bestehende elende Dreiklassenwahlrecht nicht reformbedürftig ist. Schon oft hat die Statistik reaktionären Gewalten und Parteien zu schnödem Mißbrauch gedient; mit ihr läßt sich tendenziös alles beweisen und die Lüge in das Gewand der Wahrheit kleiden. Jetzt haben die Zahlenkünstler der Regierung es fertig gebracht, aus ihrem Material zu folgern, daß das Dreiklassenwahlsystem kein plutokratisches, daß es vielmehr sogar „demokratische" Eigenschaften habe und daß insbesondere die Arbeiter und der Mittelstand „vollauf zufrieden" sein können. Das ist ein politischer Schwindelunfug, wie er wohl kaum jemals dagewesen ist. Das ist unter gewissenhafter Bearbeitung und Würdigung der einschlägigen Zahlen leicht zu beweisen. An der preußischen Landtagswahl im Jahre 1908 beteiligten sich 2 525 600 Urwähler. Bei 2 215 961 Urwählern konnte die Parteiangehörigkeit festgestellt werden, während bei 301 894 Urwählern, gleich 12,04 pZt. der Gesamtheit, die politische Zugehörigkeit nicht ermittelt wurde.

Die folgende Tabelle zeigt nun, wie sich Urwähler und Abgeordnete auf die einzelnen Parteien verteilen:

	Urwählerzahl 1903	Urwählerzahl 1908	Prozent	Abgeordnete
Konservative	324157	354786	14,15	152
Freikonservative	47975	63612	2,54	60
Nationalliberale	256220	318589	12,71	65
Freisinnige Vereinigung	16735	21993	0,88	8
Freisinnige Volkspartei	73245	98600	3,93	28
Zentrum	251958	499343	19,91	104
Polen, Dänen usw.	181356	226248	9,02	19
Bund der Landwirte	12548	15013	0,60	—
Antisemiten usw.	2880	8959	0,36	—
Sozialdemokraten	**314149**	**598522**	**23,87**	**7**
Unbekannte Parteistellung	190390	301894	12,04	—

Aus dieser unanfechtbaren Statistik ergibt sich, daß das Dreiklassenwahlsystem die Stärke der Parteien und damit den Willen der Wähler an der Gesetzgebung nicht zur Geltung kommen läßt. Die sozialdemokratische Partei, die bei weitem die meisten Stimmen aufbrachte, erhielt nur sieben Abgeordnete von insgesamt 443. Bei einem gleichen und proportionalen Wahlrecht aber hätte sie 105 Abgeordnete erhalten müssen! Jetzt verfügen die Konservativen über 152 Mandate, während sie bei einem gerechten Wahlrecht nur etwa 60 hätten erhalten müssen. Das Dreiklassenwahlsystem stellt also die Gerechtigkeit geradezu auf den Kopf. Kleine Wählerminoritäten stellen die Mehrheit der Abgeordneten. Und dies schamlos ungerechte System ist die Stütze der Reaktion in Preußen; es ermöglicht die Vorherrschaft der Junkerpartei und den ihr verbündeten reaktionären Elemente über Preußen und damit über ganz Deutschland. Die dritte Klasse der Wähler wird von der ersten und zweiten vollständig erdrückt. Und von diesem skandalösen System will man glauben machen, daß es keinen plutokratischen Charakter habe, vielmehr eine demokratische Einrichtung sei. Das ist wirklich die Gewissenlosigkeit und Frivolität auf ihrem Gipfelpunkt. Mit solch einem Schwindel, der das Volk aufs äußerste empören muß, glaubt man die Beibehaltung des bestehenden Schandsystems „rechtfertigen" zu können!

Wir sind überzeugt, daß dieser Humbug in Verbindung mit der oben erwähnten offiziösen Ankündigung in erheblichem Maße dazu beitragen wird, daß die unterdrückten und verhöhnten Volksmassen wie ein Mann in den Wahlrechtskampf unter Führung der Sozialdemokratie eintreten. Von den liberalen Parteien ist leider in dieser Hinsicht nicht viel zu hoffen. Die Arbeiterklasse muß in diesem Kampfe den Ausschlag geben. Dabei werden alle wirklich ehrlich liberalen Elemente, die mit der Sozialdemokratie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht fordern, auf ihrer Seite stehen. Die Nationalliberalen werden ganz ohne Zweifel bemüht sein, sich mit der Regierung und der Junkerpartei zu verständigen. Daß das Zentrum ernstlich für die Gewährung des Volksrechtes eintreten wird, können wir nach den seither mit ihm gemachten Erfahrungen nicht glauben. Und daß wenigstens ein Teil der Freisinnigen eine schwankende Haltung einnehmen wird, erscheint uns auch nicht zweifelhaft.

Unter diesen Umständen kommt alles darauf an, daß es der Sozialdemokratie gelingt, die Volksmassen in den Wahlrechtskampf zu bringen. Wir sind überzeugt, daß sie nach wie vor ihre Schuldigkeit tun wird. Sie führt ja in diesem Falle nicht einen Kampf um Parteiinteressen, sondern für des Volkes Recht. Deshalb müssen in erster Linie alle Arbeiter sowie die Massen des Mittelstandes und der kleinen Beamten zu ihr stehen. Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß der am 3. Januar in Berlin zusammengetretene dritte Parteitag der preußischen Sozialdemokratie auch zur Wahlrechtsfrage Stellung genommen hat, wie seine beiden Vorgänger es getan haben. Ueber die Verhandlungen dieses Parteitages können wir natürlich heute noch nicht berichten; aber wir gehen uns der Ueberzeugung hin, daß sie der guten und großen Sache förderlich sein werden.

So fängt das neue Jahr mit neuem, schwerem Kampfe an. Wie auf die preußische Wahlrechtsfrage, so richtet sich das allgemeine Interesse sehr stark auch auf die Entwicklung des Kampfes zwischen der Bergarbeiterschaft und der Zechenherren im Ruhrgebiet. Soeben haben die Vertreter sämtlicher Bergarbeiterorganisationen eine Konferenz abgehalten und einen gemeinsamen Aufruf erlassen, der sich gegen den Zwangsarbeitsnachweis der Zechenverbände richtet und ankündigt, daß der Kampf nötigenfalls mit den schärfsten Mitteln geführt werden müsse. Es heißt da u. a.: „Die Konferenz hielt jedoch angesichts der Wirtschaftskrise und der vorhandenen Kohlenvorräte den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet, in einen Streik einzutreten, sondern empfiehlt den Bergarbeitern dringend, denselben zu verschieben bis zu einer günstigen Zeit. Die Vertreter der hier Bergarbeiterorganisationen stehen einmütig auf dem Standpunkt, falls es zum Streik kommt, nur an diejenigen Streikunterstützung zu zahlen, die beim Beginn des Ausstandes ihrer Organisation mindestens drei Monate angehört haben. An Unorganisierte wird keine Streikunterstützung gezahlt. Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Streik ist dafür Sorge zu tragen, daß von jetzt ab schon jeder Zuzug von Bergarbeitern in die Bergreviere, namentlich in das Ruhrgebiet, streng ferngehalten wird."

Die „Kreuzzeitung" leistet sich in einer Besprechung dieses Aufrufs die infame Lüge, daß der „sozialdemokratische" Bergarbeiterverband zum Streik hetze; wenn es auf ihn angekommen wäre, so würde der Streik schon ausgebrochen sein! Das Junkerblatt spielt sich zugleich als Anwalt der christlichen Gewerkschaften auf, indem es weiter lügt, daß der sozialdemokratische Verband mit seiner „Streikhetze" die Absicht verfolge, die christlichen Gewerkschaften der Vernichtung zu überantworten; es warnt diese Gewerkschaften, „sich davor zu hüten, von den Sozialdemokraten ins Schlepptau genommen zu werden". Wir glauben, daß es unter den christlichen Bergarbeitern nicht einen einzigen gibt, der sich durch Lügen und Verhaltungen dieser Art düpieren lassen wird. Möge das Junkerblatt es nur aufgeben, Freundschaft und Wohlwollen für die Bergarbeiter zu heucheln. Mehr und mehr werden auch die christlichen Arbeiter unzugänglich für spekulative Beeinflussung durch sogenannte „gute Freunde" in den herrschenden Ständen und Klassen. Der Zwang der Verhältnisse wird sie in absehbarer Zeit vollends zu der Erkenntnis bringen, daß sie ihre berechtigten Interessen nur im engsten Bunde mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegen Kapitalismus und reaktionäre Gewalten und Parteien wahren können.

Erfreulich ist, daß auch bei ihnen der von der Sozialdemokratie propagierte Schnapsboykott auf fruchtbaren Boden gefallen ist. So hat soeben der Verband zur Bekämpfung des Alkoholismus und zur Hebung des Volkswohls im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier einen dringenden Aufruf an die gesamte christliche Arbeiterschaft erlassen, Stellung zu nehmen im Kampfe gegen den Alkohol. Nichts sei mehr geeignet, die Arbeiterschaft kulturell, sittlich und materiell zu heben als die Nüchternheit. Es sei große Gefahr vorhanden, daß die christliche Arbeiterschaft in manchen Beziehungen ins Hintertreffen gerate, wenn der Schnapsboykott der Sozialdemokraten länger ernsthaft gehandhabt werden sollte.

Sonach ist allerdings Furcht vor der Sozialdemokratie das Motiv, das dem vorerwähnten Verband zu seinem Aufruf gegen den Alkohol Veranlassung gegeben hat. Aber daran nehmen wir keinen Anstoß. Für uns kommt es nur darauf an, daß die beabsichtigte Wirkung des Schnapsboykotts erzielt wird.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Schleswig-Holstein:

Helgoland (Differenzen beim Unternehmer Hagemann);

Mecklenburg, Lübek:
Goldberg (Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Fründt), **Lübeck** (Sperre über die Bauten der Firma Torkuhl in Kücknitz, Zwischenunternehmer Mädel und Behrens);

Brandenburg:
Fürstenwalde (Sperren über alle Arbeiten der Unternehmer Bodey, Gube, Kirschke, Paetel und Utikal);

Ost- und Westpreussen, Posen:
Marienwerder (Sperre über Spinitzki);

Schlesien:
Breslau (Sperre über den Neubau Krebs, Rehdigerplatz);

Königr. Sachsen:
Leipzig (Sperre über Winkler, Kleinzschocher, Ecke Miltitzer- und Eythraerstrasse), **Borsdorf** (Sperre über die Bauten des Unternehmers Wilhelm), **Zittau** (Sperren über Hinke in Weigsdorf und Müller aus Hirschfelde), **Oberfriedersdorf** (Sperre über den Unternehmer Clemens), **Plauen i. V.** (Sperre über die Firma Kessler);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Halle (Sperre über Iffland in Passendorf);

Thüringen:
Arnstadt (Sperre über O. Gressler), **Eisenach-Herleshausen** (Sperre über Buchenau);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:
Badbergen, Lingen (Streiks), **Buxtehude** (Sperren über Plieschke und Spark), **Wolfenbüttel** (Sperren über die Bauten der Unternehmer Tolle und Vollmer);

Westfalen und Rheinland:
Düsseldorf (Streik in Ratingen);

Isolierer und Steinholzleger:
Leipzig (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 82), **Bremen** (Sperre über die Filiale der Firma Rheinhold & Co.).

Schweiz:
Winterthur (Streik).

Bekanntmachung des Vorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und

b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzahlen ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 27. bis 31. Dezember für folgende Mitglieder erteilt:

Karl Treudler-Hamburg, Verb.-Nr. 29 582; H. Buchmann-Gommern, 72 658; W. Franz-Breslau, 17 532; M. Oehrlein-Mainz, 41 486; Joh. Schrade-Danzig, 225 063; G. Reingruber-Nürnberg, 424 068; J. Hätzel-Striegau, 379 896; Frz. Bartsch-Striegau, 103 099; Joh. Müller-Schweinfurt, 10 084; Peter Epple-Stuttgart, 46 820; Gg. Moser-München, 171 426; A. Wittler-Bielefeld (Frau), 122 521; M. Sindt-Eutin (Frau), 67 832; H. Zöllner-Berlin (Frau), 5003; K. Hiller-Wiesbaden (Frau), 49 184; S. Pöschel-München, 88 185; M. Bahmann-Stuttgart (Frau), 427 851; Joh. Strynuol-Oppeln (Frau), 315 860; Herm. Meyer-Zerbst (Frau), 109 581; K. Enk-Leipzig (Frau), 35 349; Aug. Klinger-Dresden (Frau), 145 165; P. Rudolph-Dresden (Frau), 19 831; L. Fritsche-Zechau (Frau), 338 542; R. Dressel-Reichenbach i. V. (Frau), 96 586; H. Eberlein-Schopfloch (Frau), 307 372; W. Bremer-Nienburg a. d. S., 91 166; M. Brummer-Roth a. S., 398 802; R. Wegner-Leipzig (Frau), 158 431; A. Ebeling-Einbeck, 215 823; Herm. Stiller-Breslau (Frau), 87 069.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Köster, Hamburg 1, Besenbinderhof 56,** zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 28. Dezember 1909 bis 3. Januar 1910 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Arneburg M. 83,34, Altdorf 8,28, Anklam 219,94, Augsburg 683,30, Alt-Rahlstedt 312,73, Bolkenhain 99, Brunshaupten 139,10, Bergen a. R. 596,31, Biere 85,59, Burgbernheim 30,64, Bremen 3800, Braunschweig 958,04, Bockwitz 468,83, Barmstedt 216,66, Beckum 54,36, Bielefeld 32,06, Cottbus 341,12, Camburg 218,10, Cüstrin 400, Cummersdorf 369,69, Croppenstedt 218,08, Driesen 304,83, Düsseldorf 3736,54, Erbing 100,09, Eisenberg 389,77, Eichhof 151,86, Eckernförde 15,97, Falkenstein 211,84, Freystadt 50,32, Forst 462,99, Fürstenberg 164,65, Forchheim 90,60, Gottesberg 145,81, Goldap 175,51, Gr.-Wockern 95,16, Glauchau 56,85, Grünberg i. Schl. 469,30, Graudenz 341,95, Gnojen 269,82, Guben 159,56, Gr.-Neuendorf 56,70, Guhrau 9,68, Herzogenaurach 79,46, Hüttenrode 186,52, Halberstadt 400, Hamburg 4000, Hohensalza 157,13, Häfingen 40, Jahnick 363,14, Kaufbeuren 142,89, Kulmbach 130,68, Konitz 100, Kolzig 180,65, Keuschberg 146,94, Krakow 58,16, Klütz 148,10, Laurahütte 100, Laufen 1,40, Löcknitz 96,08, Laucha 61,12, Liegnitz 1518,73, Landsberg a. d. W. 1315,34, Lindow 156,99, Lörrach 100, Mülheim-Oberhausen 764,23, Marlow 73,36, Merseburg 400, Mühlberg 214,45, Münster 200, Mittweida 221,57, Mylau 136,30, Neuharderberg 43,18, Nauenhof 94,65, Neurode 37,84, Ohlau 23,38, Ostrosnitz 686,60, Offenburg 262,50, Osmünde 168,06, Oeynhausen 80, Pirna 640,88, Penig 187,41, Quedlinburg 585,92, Ratibor 10, Riesa 600, Roitzsch 383,20, Richtenberg-Franzburg 74,71, Regensburg 600, Röbel 226,72, Rieder 208,31, Rorheim 87,17, Stralsund 564,05, Schackensleben 270,20, Schivelbein 80, Schneidemühl 280,90, Seehausen (Wanzleben) 199,81, Schwedt a. d. O. 80,60, Sülze 48,07, Schwientochlowitz 469,82, Schönberg 277,85, Schöningen 244,12, Schmalkalden 155,81, Schwerin a. d. W. 132,72, Sternberg 120,32, Satow 84,07, Schneverdingen 56,32, Saarau-Königszelt 42,84, Tangermünde 287,12, Teutschenthal 114,83, Treuen 39,75, Vegesack 374,60, Wählitz 197,36, Wilhelmshaven 236,42, Werdau 194,44, Woldenberg 328,14, Wittenburg 306,04, Walkenried 98,28, Zempelburg 72,72, Zwenkau 43,77, vom Streik zurückgesandt: Goldap 1,91.

b) Für Kalender.

Altdorf M. 5, Arneburg 5, Augsburg 75, Bergen a. R. 12,50, Biere 1, Burgbernheim 5,50, Barmstedt 3, Beckum 1,50, Bielefeld 7,50, Camburg 17,50, Caputh 5, Erding 10, Eisenberg 15, Eckernförde 10, Falkenstein 20, Forchheim 20, Goldap 5, Gr.-Wockern 5, Glauchau 30, Gr.-Neuendorf 5, Gnojen 9,50, Guben 10, Herzogenaurach 7,50, Hüttenrode 8,50, Hohensalza 15, Kaufbeuren 15, Kolzig 12,50, Klütz 6, Laurahütte 12,50, Laufen 6, Löcknitz 7, Landsberg a. d. W. 42,50, Lindow 5, Mühlberg 7,50, Mylau 8, Mülheim-Oberhausen 75, Nauenhof 4,50, Ostrosnitz 10, Offenburg 10, Oeynhausen 20, Penig 4, Quedlinburg 25, Richtenberg 1,50, Rorheim 17,50, Stralsund 25, Seehausen b. W. 4, Schwientochlowitz 25, Schmiedeberg 30, Schöningen 15, Schmalkalden 7,50, Schwerin a. d. W. 5, Teutschenthal 10, Vegesack 25, Wählitz 10, Woldenberg 2,50, Zempelburg 2.

c) Für Futterale.

Guhrau M. 2, Kolzig 1, Liegnitz 5, Ostrosnitz 5, Schwientochlowitz 4,90.

d) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen".

Camburg M. 7,50, Stralsund —,70, Sülze —,75.

e) Für Jahrbuch.

Bielefeld M. —,50.

f) Für Protokolle.

Landsberg a. d. W. M. 5.

g) Für Anzeigen im „Grundstein".

Augsburg M. —,45, Bergen a. R. 21,36, Derenburg —,60, Düsseldorf 1,95, Gnojen —,45, Moorburg 6,96, Pforzheim 3,90, Schwarzenbek 1,35.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher bezw. Karten der Kollegen Karl Apel-Nordhausen (Verb.-Nr. 271 268), Frdr. Polzin-Essen (289 565), H. Heusmann-Hannover (363 502); Mitgliedskarten: Joh. Michel-Frankfurt a. M. (05 984), Andr. Boger-Pforzheim (11 960), Aug. Bruns-Hannover (015 908), Th. Jung-Barmen (028 745), A. Schwarzenberger-Regensburg (016 640).

Gefunden ist das Mitgliedsbuch des am 13. Januar 1867 zu Culmsee geborenen Kollegen Ludwig Beszczinski. Dasselbe kann bei uns abgefordert werden.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 a des Statuts vom Zweigverein Zittau: August Holmann (Verb.-Nr. 382 922), Ernst Cerwenka (213 365).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

An die Auszahler der Reiseunterstützung. Wir ersuchen den Kollegen Alois Nyhka, geb. am 4. Dezember 1880 zu Kieferstädel (Verb.-Nr. 51 951) und Robert Baumert, geb. am 30. September 1885 zu Rüstern (92 306), früher Hilfskassierer in Liegnitz, die Reisekarten abzunehmen und uns zuzusenden.

Gestohlen sind Mitgliedskarte und Reisekarte des Kollegen Th. P. Micheels, Nr. 39 626. Sollte versucht werden, auf Grund dieser Papiere Reiseunterstützung zu erheben, so sind sie anzuhalten und uns zuzusenden.

Zur Beachtung für reisende Kollegen. Der Zweigverein Tönning zahlt Reiseunterstützung nicht aus. Im Adressenverzeichnis ist Tönning irrtümlich als Verein bezeichnet worden, der Reiseunterstützung zahlt.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen bezw. ihre Adresse anzugeben, werden vom Zweigverein Schliersee: Bapt. Stahuber (Verb.-Nr. 31 832); Wladislaus Wesierski, geb. am 10. Oktober 1877 zu Golafeld b. Bromberg; Reinhold Pratsch, geb. am 14. September 1890 zu Hintersee.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

Anträge zum Statut.

Verbandsvorstand. Im Falle der Verschmelzung mit dem Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter bleibt bis dahin das jetzige Statut, mit Ausnahme der Beitragsfestsetzung, in Kraft.

Darmstadt. Wenn die Verschmelzung beider Verbände beschlossen wird, bleibt das alte Statut bis zur Verschmelzung in Kraft.

§ 3.

Arendsee. Im Abs. 3 soll es statt „kann gewähren" heißen: gewährt.

§ 7.

Fürstenwalde. Der Gauvorstand ist alle drei Jahre durch Urabstimmung nach Art der Reichstagswahl zu wählen. Einfache Majorität entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die Wahlen finden im Frühjahr statt.

§ 7a.

Driesen, Solingen. Die Kosten der Gauverwaltung trägt die Hauptkasse.

§ 7d.

Wittenberge. Gautage finden alle drei Jahre statt.

Saarbrücken. Im Abs. 3 sind sind die Worte „die nur einen Delegierten entsenden" zu streichen.

§ 8b.

Fürstenwalde. Wie zu § 7.

§ 10.

Mülheim-Oberhausen. Im Abs. 2 ist das Wort „übrigen" zu streichen.

§ 11.

Finsterwalde, Wittenberge. Alle drei Jahre findet ein Verbandstag statt.

Kissingen. Alle fünf Jahre.

Saarmund, Schwetzingen. Bezahlte Verbandsbeamte dürfen nicht als Delegierte gewählt werden. Schwetzingen will sie mit beratender Stimme zulassen.

Breslau, Fürstenwalde, Halle, Solingen. Die Gauvorsitzenden haben nur dann Stimmrecht, wenn sie als Delegierter gewählt sind.

§ 11b.

Herne-Recklinghausen. Die Gehälter der Beamten werden nicht vom Verbandstag festgesetzt.

§ 14.

Harburg. In Orten, wo seit mehreren Jahren eine Organisation besteht, werden Maurer, die 60 Jahre alt sind, nicht mehr aufgenommen.

§ 15.

Halle. Anmeldungen dürfen erst dann erfolgen, wenn die Beiträge bis zur Abmeldung im letzten Zweigverein bezahlt sind.

§ 16.

Mülheim-Oberhausen. Ersatzbuch oder -karte kosten 50 ₰.

§ 18.

Bernau. Beim Wiedereintritt soll das erhöhte Eintrittsgeld in Wegfall kommen. Ebenfalls die Nachzahlung der neun bezw. achtzehn Wochenbeiträge.

Driesen. Die wegen Schulden gestrichenen Mitglieder haben beim Wiedereintritt M. 1,50 Eintrittsgeld ohne Strafbeitrag zu zahlen.

§ 19.

Verbandsvorstand. Der Verbandsbeitrag wird für das Jahr 1910 in allen Beitragsklassen um je 10 ₰ pro Woche erhöht. Diese 10 ₰ fließen unverkürzt in die Hauptkasse.

Driesen, Gardelegen, Betschau. Der Beitrag wird in allen Klassen um je 5 ₰ erhöht.

Keuschberg. Der Beitrag ist auf einen Stundenlohn oder 2 pZt. des Wochenlohnes festzusetzen.

Gusen, Neuhardenberg, Ohlstedt, Schopfloch, Warnemünde. Der Beitrag soll einen Stundenlohn betragen.

Alt-Kosel, Beuthen, Wittenberge. Dem Stundenlohn entsprechend sollen neue Beitragsklassen eingerichtet werden.

Wittenberge beantragt 80 ₰ für Stundenlöhne über 75 ₰.

Breslau, Halberstadt, Freienwalde a. d. Oder, Schwetzingen, Timmenrode. Der Verbandstag möge jede Beitragserhöhung ablehnen.

Timmenrode. Statt einer Erhöhung der Wochenbeiträge ist eventuell eine Extrasteuer auf zehn Wochen einzuführen.

§ 19c.

Crostitz, Holtenau, Neu-Langsow, Keuschberg, Zeitz. Für die Zeit der Arbeitslosigkeit wird kein Beitrag bezahlt.

Finsterwalde, Michendorf. Wer in einer Woche länger als drei Tage arbeitslos ist, zahlt für die Zeit der Arbeitslosigkeit keinen Beitrag.

Cüstrin, Driesen, Halle. Arbeitslosigkeit von über einer Woche befreit vom Beitrag resp. hat die Hauptkasse die Arbeitslosenmarken unentgeltlich zu liefern.

Letschin. Mitglieder, die länger als vier Wochen arbeitslos sind, sind vom Beitrage befreit.

Zwenkau. Mitglieder, die dem Verband zwei Jahre angehören und 80 Wochenbeiträge bezahlt haben oder dem Verband innerhalb 4 Wochen nach beendeter Lehrzeit beigetreten sind, erhalten die Arbeitslosenmarke unentgeltlich auf Kosten der Hauptkasse.

Neu-Langsow. Die Zeit der Arbeitslosigkeit ist durch Stempel zu markieren. **Trebbin** will dies auch in Krankheitsfällen.

§ 19d.

Rostock. Der letzte Satz, Bauschliler betreffend, ist dem § 19c anzugliedern.

§ 19e.

Neu-Langsow, Rostock. Dieser Paragraph ist zu streichen.

Holtenau, Michendorf, Trebbin. Für die Zeit der Krankheit wird kein Beitrag gezahlt.

Zeitz will die nichtunterstützungsberechtigten Kranken vom Beitrag befreien.

Gr.-Schönebeck. Während der Karenzzeit sind 25 ₰ Beitrag zu zahlen.

Cüstrin, Halberstadt, Schwedt a. d. O. Inhaftierte sind für die Zeit der Haft beitragsfrei.

Gransee. Die Arbeitslosenmarken sind im Unterstützungsfalle als Vollmarken zu rechnen.

§ 21.

Harburg. Mitglieder, die während eines Streiks bezw. während einer Aussperrung mit Genehmigung des Zweigvereins arbeiten, müssen vom Unterstützungstage an Extrabeiträge an die Streikkasse zahlen.

§ 22a.

Neu-Langsow. Abs. 3 ist zu streichen.

Finsterwalde, Gr.-Neuendorf, Weisendorf. Sämtliche Marken sind von der Zentralverwaltung zu beziehen.

§ 24.

Zeitz. Der Anteil der Lokalkassen ist prozentual gleichzustellen.

§ 24a.

Schwarzenbek. Der Abs. 1 ist zu streichen.

Lützen, Zwenkau. Statt „mindestens 5 ₰" ist zu setzen: zwei Drittel.

§ 26.

Rostock. Alinea e: Mitglieder während ihrer Krankheit.

§ 26a.

Gr.-Schönebeck. Statt „vom Tage der Entlassung" vom Tage der Anmeldung (innerhalb vier Wochen nach der Entlassung).

Rostock. Abs. 3 ist zu streichen.

§ 27.

Erlmühle. Die Karenzzeit kommt in Wegfall.

Hannov. Münden. Junggesellen, die dem Verbande innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit beitreten, sind sofort vollberechtigt für alle Unterstützungen.

§ 27e.

Rostock. Das Wort Kranken ist zu streichen.

Halberstadt. Die Worte „und Haft" sind zu streichen.

§ 29.

Mülheim-Oberhausen. Die Reiseunterstützung wird auf die Monate Dezember, Januar und Februar beschränkt.

Abs. 2. Die Höhe der Unterstützung beträgt pro Tag M. 1 und darf (Dezember bis inklusive Februar) M. 30 nicht übersteigen.

§ 30.

Nürnberg-Fürth. Die Unterstützung kann in 25 Raten à M. 1,50 erhoben werden.

§ 30c.

Nürnberg-Fürth. Zusatz: „oder auf Grund der schwarzen Listen oder wegen ähnlicher Vorkommnisse wieder entlassen wurden.

§ 30d.

Nürnberg-Fürth. Statt 14 hat die Karte 35 Tage Gültigkeit.

§ 31.

Driesen, Harburg, Heinrichswalde, Herzberg a. H. Die Streikunterstützung ist vom ersten Streiktage an zu bezahlen.

Hann. Münden will dies, wenn der Streik länger als eine Woche dauert.

Rostock. Unterstützung wird vom zweiten Tage angezahlt.

§ 31b.

Zeitz. Im Falle einer Beitragserhöhung wird die Streikunterstützung in jeder Klasse um M. 2 pro Woche und für jedes Kind um 20 ₰ pro Tag erhöht.

Bonn. Die Unterstützungssätze werden nach der Mitgliedsdauer gestaffelt.

Schnelsen. Die Unterstützung ist in allen Klassen um M. 3 zu erhöhen.

Gottesberg. Die Unterstützung wird in allen Klassen um M. 2 erhöht.

Michendorf. Bei allgemeinen Aussperrungen wird nur an Mitglieder Unterstützung gezahlt.

Gusow, Platkow, Neuhardenberg, Neu-Langsow. Die nicht dem Zweigverein des Arbeitsortes angehörenden Mitglieder erhalten bei ihrem Aufenthalt im Heimatsorte die halbe Streikunterstützung nach den Sätzen des Arbeitsortes.

Cüstrin. Diese Mitglieder erhalten die volle Unterstützung, wenn sie sich im Zweigverein des Heimatsortes regelmäßig zur Kontrolle melden.

Bochum, Witten. Mitglieder, die während eines Streiks oder einer Aussperrung in ihre Heimat reisen und arbeitslos bleiben, erhalten für die Dauer der Bewegung die Hälfte der für ihren Zweigverein festgesetzten Unterstützung.

Harburg. Das Kindergeld ist auf M. 1,50 pro Woche und 25 ₰ pro Tag zu erhöhen.

§ 31d.

Gottesberg, Hann. Münden, Herne-Recklinghausen. Die Mieteunterstützung wird aus der Hauptkasse bezahlt. Gottesberg mit dem Zusatz: „sie darf M. 3 nicht übersteigen".

Rostock. Die Mieteunterstützung ist auch an solche verheiratete Kollegen zu zahlen, die abgereist sind.

Harburg. Mieteunterstützung kann von der dritten Woche der Arbeitseinstellung an (aus der Lokalkasse) bis zu M. 3 gezahlt werden.

Herne-Recklinghausen. Der Abs. 2 ist zu streichen.

§ 31e.

Harburg. Eine Erhöhung der Unterstützung aus den Mitteln der Hauptkasse über ..... ist nicht zulässig.

Neuer § 31f.

Halberstadt, Nürnberg, Fürth, Saarbrücken. Den Familien abgereister Streikender kann die Hälfte der für den Streikort festgesetzten Unterstützung gezahlt werden.

Harburg will solche Unterstützung auf zwei Drittel der Streikunterstützung bemessen, wenn der Lohn an dem neuen Arbeitsorte um 50 pZt. niedriger als am Streikorte ist.

§ 32.

Wiesenburg. Der Verband gewährt sein ... (Streichung des Wortes „kann".)

Kempten. Die Karenzzeit ist von zwei auf ein Jahr zu ermäßigen.

Bockwitz, Cüstrin, Finsterwalde, Senftenberg. Wo ärztliche Atteste und Bescheinigungen von Krankenkassen nicht zu erlangen sind, genügt eine Bescheinigung des Zweigvereinsvorstandes.

Keuschberg. Die Kosten des ärztlichen Attestes trägt die Hauptkasse.

Herne-Recklinghausen. Der Absatz 4 ist zu streichen.

§ 32b.

Finsterwalde, Schwartau, Weisendorf. Die Unterstützung wird vom ersten Krankheitstage an gezahlt.

Rostock. Die Karenzzeit wird von sieben auf zwei Tage herabgesetzt.

Cunewalde, Groß-Rhüden, Hann. Münden, Herzberg a. H. Die Unterstützung wird vom vierten Tage an gezahlt.

Beuthen, Kissingen, Schwartau, Timmenrode. Die Unterstützung wird während des ganzen Jahres 25 Wochen lang gezahlt.

Hann. Münden. Die Unterstützungsdauer beträgt 15 Wochen während des ganzen Jahres.

Freienwalde a. d. O. Wie vor auf 12 Wochen.

Heinrichswalde. Krankenunterstützung ist auch in den beitragsfreien Monaten zu zahlen.

Schwetzingen. Mitgliedern, die dem Verband ohne Unterbrechung vier Jahre angehören, kann auch in der beitragsfreien Zeit Krankenunterstützung gewährt werden.

§ 33.

Hann.-Münden. Der Verband leistet usw.

Güstrow, Wittenberge. Die Witwen verstorbener Mitglieder behalten Anrecht auf Sterbeunterstützung.

§ 34b.

Herzberg a. Harz, Roßlau, Zeitz. Es ist der volle Tageslohn als Unterstützung zu zahlen.

§ 36.

Kissingen. Mitglieder, die das 50. usw.

Rostock. Ehrenmitglieder sind von allen Beiträgen frei, auch wenn sie vom Verband Unterstützungen beziehen.

Streikreglement.

§ 3.

Leipzig, Gauvorstand. In der ersten Zeile ist vor Verbandsvorstand zu setzen: Gau- und

§ 6.

Dirschel. In der Verhängung von Bausperren hat der Zweigverein freie Hand. Alle dazu nötigen Mittel werden aus der Hauptkasse gedeckt.

§ 7.

München. Für Orte, die auf zentraler Grundlage und nach einem Vertragsmuster unterhandeln, ist die Genehmigung zu Angriffsstreiks von einem Verbandstage abhängig; Anträge an den Verbandsvorstand sind deshalb nicht nötig.

§ 8.

Nordhausen. Bei guter Konjunktur kann der Vorstand Ausnahmen machen.

§ 14.

Fürstenwalde, Herzberg a. H. Die Mitglieder der Streikleitung erhalten den vollen Lohn als Entschädigung.

§ 17.

Leipzig (Gauvorstand). Die Worte: „die am Streikorte und der nächsten Umgegend wohnen" sind zu streichen. Der Satz: „Weit entfernt Wohnende haben sich einmal täglich zu melden", ist ebenfalls zu streichen.

§ 19.

Wiesenburg. Der Paragraph ist zu streichen.

Berlin, Neu-Ruppin. Der Absatz ist zu streichen.

Allgemeine Anträge.

Alt-Damm, Breslau, Freienwalde, Gardelegen, Grausee, Hof, Nebra. Die Verschmelzung mit dem Verband der Bauhilfsarbeiter wird abgelehnt. **Breslau** will die Verschmelzung eventuell von einer Urabstimmung abhängig gemacht wissen.

Weisendorf. Im Falle der Verschmelzung sollen die Kassen beider bisherigen Verbände getrennt bleiben.

Bublitz, Gollnow, Goslar, Kolmar i. P., Tilsit beantragen Einführung einer Arbeitslosenunterstützung. **Tilsit** für vier Wochen im Winter. **Bublitz** und **Goslar** unter gleichzeitiger Erhöhung des Beitrages.

Lübeck. Die Arbeitslosenzählung soll ergänzt werden, so daß alle arbeitslosen Tage im Monat festgestellt werden.

Schivelbein. Die Agitationstouren im Herbst sind einzustellen.

Güstrow. Die Agitationsversammlungen sind von den Gauvorsitzenden in ihren Bezirken abzuhalten.

Cüstrin. Ueber zukünftige Tarifverträge entscheidet entweder ein Verbandstag oder die Mitglieder durch Urabstimmung.

Kattowitz. Der Verbandstag wolle beschließen, daß bei zentralen Verhandlungen die Regelung der Arbeitszeit und Lohnfrage den einzelnen Orten überlassen werden muß.

Vegesack. Der Verbandstag wolle jeden Vertrag, durch den die Errichtung oder Fortführung unparitätischer Arbeitsnachweise ermöglicht wird, ablehnen.

Cüstrin. Bei Abschluß von Tarifverträgen ist dahin zu wirken, daß Bestimmungen über die Akkordarbeit im Vertragsmuster nicht Aufnahme finden.

Mühlheim-Oberhausen. Der Zentralvorstand hat mit dem Zentralvorstand des Verbandes der Zimmerer Verhandlungen zwecks Verschmelzung der Verbände anzubahnen.

Cüstrin. Der Verbandstag wolle zur Maifeierfrage Stellung nehmen.

Essen. Im internationalen Kartellvertrag ist eine Bestimmung aufzunehmen, durch die verhindert wird, daß den in einem fremden Lande arbeitenden Kollegen Beitragsmarken der Heimatorganisation geschickt werden.

Vegesack. Der Verbandsvorstand soll für die Funktionäre des Verbandes ein Handbuch nach dem Muster des Holzarbeiterverbandes herausgeben.

Erfurt. Als Mitarbeiter des „Grundstein" dürfen nur Parteigenossen zugelassen werden; eine Ausnahme ist nur bei Mitgliedern unseres Verbandes zulässig.

Cüstrin. Anzeigen, Versammlungsberichte usw. sind vom „Grundstein" unverkürzt, nötigenfalls mit Kommentaren zu veröffentlichen.

Norden. Der Verbandstag wolle beschließen, daß Bücher für die Zweigvereinsbibliotheken, sofern sie nicht unentgeltlich sind, vom Hauptvorstand nur auf Bestellung geschickt werden dürfen.

Nürnberg-Fürth. Die fliegende Agitation ist abzuschaffen.

Nürnberg-Fürth beantragt die Gründung eines Versicherungsfonds für etwaige Unfälle der in der Organisation tätigen Agitatoren und Einkassierer.

Neumünster. Der Verbandstag wolle der Versicherung der gewählten Baukontrolleure nähertreten.

Kempten. Verheirateten ortsansässigen Kollegen ist bei Arbeitslosigkeit im Winter eine Unterstützung in der Höhe der statutarischen Reiseunterstützung zu gewähren.

Berlin. Die Unkosten für die am 27. März 1909 in Berlin abgehaltene Konferenz der Putzer in Höhe von M. 488,20 sind der genannten Sektion aus der Hauptkasse zurückzuerstatten.

Sachwitz. Der Verbandstag wolle dafür sorgen, daß den kleinen Zweigvereinen alljährlich eine kleine Vergütung zur Agitation gewährt wird.

Brieg. Kosten für Agitation außerhalb des Gebietes eines Zweigvereins sollen von der Haupt- oder Gaukasse gedeckt werden.

Crossitz. Die Gauvorsitzenden sollen verpflichtet sein, alljährlich zwei Referate in den Zahlstellen zu halten.

Nürnberg-Fürth. Die Revisoren der Gaue und Zweigvereine haben das Recht, an Sitzungen und Konferenzen mit vollem Stimmrecht teilzunehmen.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Nachtrag zum Statutenentwurf.

§ 1.

Ostrosnitz. Der Verband soll den Namen „Zentralverband für das Baugewerbe Deutschlands" führen.

§ 6.

Kronach. Die Revisoren haben nach jeder Revision drei Revisionsprotokolle aufzusetzen, wovon je eins von den Revisoren selbst an den Zweigvereins-, Gau- und Verbandsvorstand zu senden ist. Der Zweigvereinsvorstand ist verpflichtet, sich von der Absendung der Protokolle zu überzeugen.

§ 13.

Mülsengrund. Dieser Paragraph soll den Wortlaut des alten Statuts des Maurerverbandes erhalten mit der Aenderung, daß statt 600 Mitglieder 1000 Mitglieder einen Delegierten wählen.

Dziclau, Jüterbog, Landeshut, Waldenburg. Der Verbandstag findet alle zwei Jahre statt; **Zwickau** mit dem Zusatz: wenn möglich, jedesmal vor dem Abschluß von Tarifverträgen.

Potsdam. Gauvorsitzende ohne Mandat haben nur beratende Stimme.

Rudolstadt. Delegierte dürfen nur aus den Reihen der arbeitenden Kollegen gewählt werden. Die Gauvorsitzenden haben nur beratende Stimme.

Mainz. Zu Absatz 8. Die Gehälter der Lokalbeamten sollen 50 pZt. höher sein als der Durchschnittsjahreslohn der Maurer am Orte.

Jüterbog. Dem Absatz 10 ist anzufügen: Bei wichtigen Fragen findet namentliche Abstimmung statt.

§ 14.

Dziclau, Mainz, Mülsengrund, Zwickau. Gautage finden alle zwei Jahre statt.

Barby. Die Delegationskosten zu den Gaukonferenzen trägt die Hauptkasse.

§ 18.

Ostrosnitz. Dieser Paragraph soll die Fassung des § 14 des jetzigen Statuts des Zentralverbandes der Maurer erhalten.

§ 19.

Mülsengrund. Abs. 1, 2 und 3 ist durch § 18 Abs. 1, 2, 3 und 4 des jetzigen Statuts des Maurerverbandes zu ersetzen. **Harburg, Ostrosnitz** wollen, daß der ganze § 18 übernommen wird.

Jüterbog, Meißen, Reichenhall, Schönebeck a. d. E., Zwickau. Bei wiederholtem Eintritt soll das Eintrittsgeld M. 1,50 bezw. M. 3 betragen. **Waldenburg** will, daß die Nachzahlung der Beiträge wegfällt.

Reichenhall. Abs. 3 soll nur für ordnungsmäßig Ausgeschiedene Geltung haben.

§ 23.

Barby, Döbeln, Dziclau, Jüterbog, Königshütte, Krausnick, Landshut, Liepe, Potsdam, Quedlinburg, Rudolstadt, Zeulenroda, Zwickau. Beibehaltung der Beitragssätze, wie sie jetzt im Zentralverband der Maurer gelten. **Königshütte** und **Ostrosnitz** mit der Erweiterung, daß zwei neue Beitragsklassen eingeführt werden.

Peisterwitz will die Beiträge in allen Klassen um 10 ₰ herabgesetzt haben.

Zeitz will den Beitrag auf 5 ₰ nach oben abrunden (bis 35 ₰ Lohn = 35 ₰ Beitrag, 36 bis 40 ₰ Lohn = 40 ₰ Beitrag usw. bis zu über 75 ₰ Lohn mit 80 ₰ Beitrag).

Dziclau will zwei und **Nelzen** drei neue Beitragsklassen einführen.

Heidelberg, Peisterwitz. Abs. 3 ist zu streichen.

Nelzen. Extrabeiträge können nur nach einer Urabstimmung ausgeschrieben werden.

Potsdam. Während eines Streiks dürfen über das Statut hinausgehende Extrabeiträge nicht erhoben werden.

§ 26.

Mainz. Mitglieder, die in einer Woche drei Tage arbeitslos sind, haben für die erste Woche der Arbeitslosigkeit 25 bezw. 20 ₰ Beitrag zu zahlen. Für die weitere Dauer ist Arbeitslosigkeit beitragsfrei.

Barby. Wer länger als acht Tage arbeitslos ist, erhält die Arbeitslosenmarken unentgeltlich. **Zeulenroda** will dasselbe vom ersten Tage an.

Quedlinburg. Arbeitslose und kranke Mitglieder sind vom Beitrag befreit. Das letztere will auch die Zahlstelle **Buer** vom Zweigverein Gelsenkirchen. **Barby** will, daß den Kranken Arbeitslosenmarken unentgeltlich geliefert werden.

Rudolstadt. Erwerbsunfähige Mitglieder sind vom Beitrag befreit.

Mainz. Mitglieder, die in Strafanstalten interniert sind, ausgenommen die, die auf Grund des § 39 unterstützungsberechtigt sind, sind als arbeitslos zu behandeln. **Barby** will, daß diese Mitglieder unentgeltlich Arbeitslosenmarken erhalten.

Peitzerwitz, Reichenhall. Im Abs. 3 ist statt 40 bezw. 30 ₰ zu setzen: 25 ₰.

Schönebeck a. d. E. Mitglieder, die dem Verband noch keine 80 Wochen angehören, sollen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Inhaftierung vom Beitrag befreit sein.

§ 27.

Reichenhall. Im Abs. 3 ist statt „vier Wochen nach ihrer Entlassung" zu sagen: sechs Wochen usw.

§ 30.

Reichenhall. Im Abs. 4 soll statt „sollen..... in der Regel" müssen gesetzt werden.

§ 31.

Harburg. Hierfür ist der § 24 des Statuts des Maurerverbandes zu übernehmen.

Mainz. Von dem Eintrittsgeld (§ 18) und den im § 23 festgesetzten Beiträgen (außer den in Abs. 3 genannten Extrabeiträgen) erhalten die Zweigvereine 20 pZt.

Breslau will die Anteile der Zweigvereine für die höheren Beitragsklassen wie folgt festsetzen: Bei 55 ₰ Beitrag = 12 ₰, 60 = 14, 65 = 16, 70 = 18, 75 = 20, 80 = 22 ₰.

Zeitz will die Anteile der Zweigvereine in den unteren Beitragsklassen um 1 ₰ erhöhen, aber bei dem Beitrag von 65 ₰ an nur eine Steigerung von 1 ₰ für jede Klasse zulassen, so daß bei einem Beitrag von 80 ₰ der Anteil der Lokalkasse 18 ₰ beträgt.

Mülsengrund. Die Anteile sollen bemessen werden nach der Skala des Zentralverbandes der Maurer.

Mülsengrund. Im Abs. 3 soll es hinter „von den betreffenden Mitgliedern gekaufte Marke" heißen: „und den dazu erhobenen lokalen Zuschlagsbeiträgen die Hälfte".

§ 32.

Uelzen. Die Unterstützungssätze bleiben wie jetzt im Maurerverband.

§ 34.

Bocholt. Für Mitglieder, die dem Verband innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit beigetreten sind, aber noch keine 40 Wochen Beitrag gezahlt haben, soll die Reiseunterstützung 50 ₰ pro Tag betragen und die Höhe von M. 20 nicht übersteigen.

§ 36.

Landshut will, daß Streikunterstützung vom zweiten, **Barby,** daß sie vom ersten Streiktage an gezahlt wird.

Dzielau, Rudolstadt. Die Streikunterstützung wird nach der im Statut des Zentralverbandes der Maurer festgesetzten Skala bezahlt.

Breslau, Mainz, Reichenhall. Die Streikunterstützung ist in allen Klassen um M. 2 zu erhöhen.

Schönebeck a. d. E. Die Streikunterstützung soll zwei Drittel des ortsüblichen Wochenlohnes betragen.

Reichenhall. Absatz 3. Für „Montag oder Dienstag" ist Sonnabend oder Sonntag zu setzen.

Reichenhall. Dem Absatz 7 ist anzufügen: ausgenommen Orte, wo speziell im Winter gebaut wird.

Reichenhall. Im Absatz 8 soll der Satz: „Die Gewährung dieser Unterstützung unterliegt der Genehmigung des Verbandsvorstandes" gestrichen werden.

§ 37.

Jüterbog. Die Krankenunterstützung soll wegfallen.

Dzielau, Königshütte, Krausnick, Ostrosnitz, Zeulenroda, Zwickau. Die Krankenunterstützung soll, wie im Zentralverbande der Maurer, bestehen bleiben. Zeulenroda mit der Erweiterung: Sie soll im Sommer und Winter auf die Dauer von zwölf Wochen bezahlt werden. Dzielau mit dem Zusatz: Die Karenzzeit soll von sieben auf drei Tage herabgesetzt werden.

Heringen, Rudolstadt, Waldenburg. Die Unterstützung ist 25 Wochen zu zahlen. **Mülsengrund** mit der Erweiterung: vom ersten Krankheitstag.

Landshut, Spremberg. Die Karenzzeit soll wegfallen.

Mülsengrund. Für Abs. 7 soll der betreffende Absatz aus dem § 32 des jetzigen Statuts der Maurer eingefügt werden.

Mülsengrund. Abs. 8 ist zu streichen.

Geisenkirchen. Aerztliche Atteste sind aus der Hauptkasse zu zahlen.

Meißen. Als Ausweis zur Stellung eines Antrages auf Unterstützung genügt die Abschrift des Krankenkassenscheines durch den Zweigvereinsvorstand.

§ 40.

Harburg. Der § 36 des Statuts des Maurerverbandes ist hier einzufügen.

Allgemeine Anträge.

Spremberg. Der Verbandstag möge die Ehrenmitgliedschaft, wie sie im Zentralverband der Maurer ist, auch im neuen Verband einführen.

Waldenburg. Soll eine Lohnbewegung zu Ende geführt werden, so hat darüber eine Urabstimmung stattzufinden.

Dzielau. Der Verbandstag wird ersucht, für Oberschlesien zwei besoldete Beamte anzustellen.

Königshütte. Der Gau Oberschlesien soll bestehen bleiben. Zur Unterhaltung eines besoldeten Beamten möge die Hauptkasse einen Zuschuß leisten.

Ostrosnitz. Der Verbandstag wolle dafür sorgen, daß den Zweigvereinen bei Lohnbewegungen über die Höhe der Lohnsätze das Entscheidungsrecht bleibt.

Ostrosnitz. Sollte der Gau Oberschlesien aufgelöst werden, muß der Beamte von der Hauptkasse bezahlt werden.

Berichte.

Driesen. In der Mitgliederversammlung am 19. Dezember v. J. wurde die Einführung eines Lokalbeitrages für die 13 beitragsfreien Wochen beschlossen. Er soll im ganzen 60 ₰ betragen und je zur Hälfte im Januar und Februar kassiert werden. Weiter wurde beschlossen, das Kartellgeld vom 1. Januar an aus der Lokalkasse zu zahlen. Gerügt wurde, daß unsere Kollegen die Versammlungen zu wenig besuchen und ihr Geld lieber bei anderen Wirten verzehren.

Freyhan. Die am 26. Dezember v. J. im Lokale von Trennert abgehaltene Versammlung befaßte sich noch einmal mit der Abrechnung von dem Streik in Koschmin. Der Gaukassierer hatte dem Zweigverein geschrieben, daß er die Abrechnung geprüft habe und sie für richtig anerkenne; die Zweigvereinsrevisoren sollten das auch tun. Die Versammlung war damit jedoch nicht einverstanden; sie monierte, daß für mehrere Ausgaben die Belege fehlen und beauftragte die Revisoren, diese Sache noch einmal gründlich zu prüfen. Darauf referierte Kollege John-Breslau über die Kriegspläne der Unternehmer, wobei er besonders deren Anträge zum Vertragsmuster besprach. Unter „Verschiedenes" beschloß man, den Trägern bei dem Begräbnis des verstorbenen Kollegen Grollmisch den entgangenen Arbeitsverdienst zu ersetzen. Ein wegen Streikbruchs ausgeschlossener Maurer führte in der Versammlung Beschwerde über seinen Ausschluß. Er bestritt, Streikbrecher gewesen zu sein. Da die Sache aber klar bewiesen wurde, so wurde seine Beschwerde zurückgewiesen. Die Angelegenheit eines Mitgliedes, das des Boykottbruchs beschuldigt ist, wurde auf eine spätere Versammlung vertagt.

Hamburg. (Situationsbericht.) Der Bericht erstreckt sich von Mitte August (Ende der Lohnbewegung) bis zum Jahresschluß. Am 22. August wurde nach elfwöchigem, hartnäckigem Ringen der Kampf im Hamburger Baugewerbe als beendigt erklärt. Ueber das Resultat und die der Beendigung des Kampfes vorausgegangenen Verhandlungen ist ja eingehend im „Grundstein" berichtet worden. Wie erwünscht den Unternehmern der Friede im Baugewerbe war, zeigte die gewaltige Konjunktur, die einige Wochen später einsetzte und die wohl von keinem der voraufgegangenen Jahre übertroffen wurde. Sehr oft war die Nachfrage nach Arbeitskräften stärker als das Angebot. Die ganze Situation nach der Bewegung gibt der Vermutung Raum, daß die Unternehmer vor der Bewegung in Erwartung eines Kampfes alles aufgeboten haben, um die fertigzustellenden Arbeiten zurückzuhalten. Nicht unerwähnt bleiben soll eine bedauerliche Tatsache, wie sie leider bei solchen Anlässen nicht vereinzelt dasteht. Kaum waren in der Versammlung, die die Beendigung des Kampfes beschloß, die letzten Worte gefallen, da war auch schon der Zuzug so gewaltig, daß es den Anschein hatte, als wären es Extrazüge, die die baugewerblichen Arbeiter, besonders Maurer, nach Hamburg brachten, ein Umstand, der nicht scharf genug zu verurteilen ist, um so mehr, da sich auch jeder Uneingeweihte sagen mußte, daß nach solch schwerem und langanhaltendem Kampfe zunächst die am Orte verbliebenen Kollegen ihre liebe Not haben, wieder in Arbeit zu kommen. Dies besonders deshalb, weil die Heranschaffung des Materials, das in der Hauptsache nur auf dem Wasserwege möglich ist, Schwierigkeiten bereitete, und weil weiter auch die Regelung der Geldgeschäfte nicht von heute auf morgen möglich war. Zum Ueberfluß kam noch hinzu, daß die Gipser und Stukkateure die in Berlin mit dem Arbeitgeberbund getroffene Vereinbarung zunächst ablehnten, wodurch sich die Wiederaufnahme der Arbeit noch um einen Tag verzögerte. Die Folge dieses enormen Zuzuges blieb denn auch nicht aus. Einer Anzahl Unternehmer war durch das Ueberangebot von Arbeitskräften der Kamm ganz gewaltig geschwollen, sie versuchten durch allerhand Schikanen Rache an den unbotmäßigen Gesellen zu nehmen, wodurch dann Differenzen unvermeidlich waren. Ein großer Teil Kollegen mußte denn auch, um eine Erfahrung reicher, den Staub Hamburgs wieder von den Pantoffeln schütteln. Erst langsam trat ein Umschwung der Dinge ein. Die Mitgliederzahl des Zweigvereins stieg dann von 4467 im zweiten Quartal auf 6300 am Ende des dritten Quartals. Am Jahresschluß betrug die Mitgliederzahl 6819. Daß in dem verflossenen Kampfe auch die „Freie Vereinigung der Maurer Hamburgs" wiederum in der schamlosesten Weise den Unternehmern Handlangerdienste geleistet hat, ist bereits beiläufig als keine große Ueberraschung im „Grundstein" erwähnt worden. Näheres bringen wir an anderer Stelle der heutigen Nummer. — Versammlungen des Zweigvereins haben in der Berichtszeit fünf stattgefunden. 53 Kollegen sind während des Kampfes zu Verrätern ihrer Arbeitsbrüder geworden, sie mußten deshalb ausgeschlossen werden. Einer der wichtigsten Beschlüsse, die gefaßt wurden, ist der, vom 1. März 1910 an den Lokalzuschlag über den jeweiligen Grundbeitrag von 5 ₰ auf 10 ₰ pro Woche zu erhöhen. Die Notwendigkeit hierfür war gegeben durch die gesteigerte Inanspruchnahme der Lokalkasse während der Lohnbewegung. Weiter herrschte auch darüber fast Einstimmigkeit, daß für die Zukunft die Zweigvereinskasse mit einem Lokalzuschlag von 5 ₰ den an sie gestellten Ansprüchen nicht genügen könne. Von besonderer Bedeutung war auch die Tariffrage, die ebenfalls zu erledigen war. Laut Vereinbarung in der Friedensunterhandlung in Berlin sollten noch Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages bis zum 31. März 1910 stattfinden, und zwar sollten die Bestimmungen des sogenannten Mustervertrages, wie auch die vom Vier-Städte-Bund herausgegebene Arbeitsordnung, Entwurf 3, grundlegend bei der Beratung sein. In einer gut besuchten Versammlung am 4. November wurde über das in sechs Sitzungen mit dem Baugewerbeverband Verhandelte Bericht erstattet. Dem Bericht war zu entnehmen, daß der Baugewerbeverband beabsichtigt, gegen das bisher Bestehende bedeutende Verschlechterungen einzuführen. Besonders war vorgesehen, für die Wintermonate die Frühstückspause fortfallen zu lassen. Dieses, wie auch die Einführung des Donnerstagswochenschlusses, rief in der Versammlung einen scharfen Widerspruch hervor. Starke Mißbilligung wurde auch darüber laut, daß die Frage des Arbeitsnachweises und die der Ortskrankenkasse keine zufriedenstellende Lösung gefunden hatten. Nach stürmisch verlaufener Debatte wurde die Unterhandlungskommission beauftragt, zwecks besserer Regelung der strittigen Punkte nochmals mit dem Baugewerbeverband in Unterhandlung zu treten. Eins verdient hierbei noch einer besonderen Erwähnung. Bei der Debatte über das Ergebnis der Tarifverhandlung stellte sich nämlich heraus, daß ein Teil der Hamburger Kollegen über die Entwicklung des Tarifwesens im Baugewerbe nicht genügend informiert ist. Sonst müßte doch darüber Klarheit herrschen, daß eine Verbesserung des in seiner Fassung unabänderlichen Mustervertrages bei lokalen Verhandlungen nicht möglich ist. Ein eingehendes Studieren des vom Verbandsvorstand herausgegebenen Buches „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen 1907. Tarifverhandlung 1908" wäre hier nur zu empfehlen. Erhältlich ist das Buch im Zweigvereinsbureau und bei den Bezirkskassierern zum Preise von 50 ₰. Die letzten beiden im Zweigverein stattgefundenen Versammlungen beschäftigten sich hauptsächlich mit der Statutenberatung. Aus den Zahlstellen und Bezirken waren nicht weniger als 55 Abänderungsanträge zum Statutenentwurf eingereicht, von denen nach zum Teil lebhafter Debatte 16 Anträge zur Annahme gelangten.

Holzminden. Die Zeit ist allmählich herangerückt, wo uns die Wirkung des achtzehnwöchigen Streiks im verflossenen Jahre zu gute kommt; jedoch soll dies Gute anscheinend noch nicht allen Kollegen zu teil werden, denn es haben wiederum am heiligen Abend die Unternehmer eine Sortierung der Maurer am Landschulheim vorgenommen; es wurden sämtliche organisierten Kollegen entlassen, nur die zehn Lieblinge nicht. Auf Veranlassung des leitenden Baumeisters wurde jedoch ein Teil der Kollegen am Montag mittag, der andere Teil am Dienstag morgen wieder eingestellt; acht Uebeltäter mußten sich mit dem Bescheide abfinden: „Sie kriegen Nachricht," auf die sie aber noch lange vergebens warten können. Schon vor vier Wochen versuchten sie diese Sortierung vorzunehmen, doch wurde sie dank der Aufmerksamkeit und Entschlossenheit der Kollegen damals zurückgewiesen. Hieraus können die Kollegen wieder sehen, was ein Ehrenwort bei den Unternehmern gilt. Am 28. September gelobten diese Herren: Maßregelungen finden unter keinen Umständen statt! Darum, Kollegen, die Augen auf, und wenn bei der ersten Lohnzahlung der Zuschlag nicht stimmt, dann vor die Front! Denn was wir uns so schwer erkämpft haben, das wollen wir uns auch erhalten.

Kaufbeuren. Am 26. Dezember v. J. fand unsere Generalversammlung statt, worin der Jahres- und Quartalsbericht gegeben sowie die Stichwahl zum Verbandstag und die Neuwahl des Ausschusses vorgenommen wurde. Als ein Zeichen der umsichtigen Leitung durch den Gesamtausschuß muß es betrachtet werden, daß der Kassenbestand der Lokalkasse, obwohl der Zweigverein eine örtliche Krankenunterstützung eingeführt hat, sehr gut ist. Bei der Stichwahl zum Verbandstag gaben sämtliche Kollegen ihre Stimmen für den Kollegen Ulrich Appel-Ingolstadt ab. Die Wahl des Ausschusses ergab: Vorsitzender Glojer, Kassierer Knoll. Sämtliche Wiedergewählten nahmen die Wahl an, worauf der Vorsitzende die Kollegen ermahnte, mit Zuversicht und Vertrauen zum Verbande in das neue Jahr einzutreten.

Osterode a. H. Am 26. Dezember v. J. tagte in Förste eine Versammlung, die von 115 Kollegen besucht war. Kollege Uhe sprach über die Bauarbeiterschutzkonferenz. Redner beleuchtete am Schlusse seiner Ausführung die Mißstände am Orte und wies nach, daß auch in Osterode mehr als bisher für den Bauarbeiterschutz getan werden müßte. Bedauerlich sei, daß die Polizeibehörde bis jetzt noch nichts für den Bauarbeiterschutz getan habe. Dann sprach Kollege Uhe über den neuen Tarif. Er wies statistisch nach, daß die Lohnverhältnisse am Orte ganz erbärmlich sind und daß es nicht möglich ist, auch nur einigermaßen damit auszukommen. Wir hätten keine Ursache, betrübt in die Zukunft zu blicken. Unter keinen Umständen könne einem Tarif, so wie ihn die Unternehmer wollen, zugestimmt werden. Die Versammelten wiesen das Ansinnen der Unternehmer mit Entrüstung zurück. Dann wählte die Versammlung den Kollegen Uhe als Delegierten zum Verbandstag. Gerügt wurde, daß die Dorster und Eisdorfer Kollegen trotz Einladung nicht zur Versammlung kamen.

Eine Urkunde zum Verrat der Hamburger „Freien Vereinigung".

Ende Juli 1909, als in Hamburg die Wogen der Aussperrung am höchsten gingen, tauchte das Gerücht auf, der Vorstand der Freien Vereinigung der Maurer habe, da er kein Geld mehr habe, um die sehr minimalen Unterstützungen noch ferner auszahlen zu können, mit dem Baugewerbeverband einen Judasvertrag vereinbart. Dies damalige Gerücht fand seine Bestätigung in einer Privatbeleidigungsklage zweier Mitglieder der Freien Vereinigung am 13. Dezember, worüber das „Hamburger Echo" berichtet hatte. Infolge einer „Berichtigung" seitens des Vorstandes der Freien Vereinigung veröffentlicht nunmehr der Zweigvereinsvorstand das Protokoll, das von der damaligen Sitzung aufgenommen wurde, das jetzt die Freie Vereinigung selbst an ihre Baudelegierten verschickt hat. Die Sitzung fand am 19. Juli, mittags 12 Uhr, im Bureau des Baugewerbeverbandes statt. Das Protokoll lautet:

Anwesend waren die Herren Gühlk, Matthiessen, Sachs, Holst und Böckmann, von der Freien Vereinigung die Herren Bargstedt, Stiben und Meyer.

Herr Gühlk teilt mit, daß die Mitglieder der Freien Vereinigung der Maurer auf den bisher gesperrten Bauten wieder zur Arbeit zugelassen werden sollen und stellt die Frage, ob die Mitglieder der Freien Vereinigung bereit sind, auch die von dem Zentralverband der Maurer gesperrten Arbeitsplätze zu besetzen. Die Vertreter der Freien Vereinigung erklären darauf: Die Mitglieder der Freien Vereinigung sollen in erster Linie wieder dahin gehen, wo sie früher gearbeitet haben. Eine große Anzahl der Mitglieder hat die Arbeit schon wieder aufgenommen. Außer Arbeit stehen noch zirka 150 Mann. Herr Gühlk erwidert: Daß die Möglichkeit geschaffen werden muß, die Mitgliedschaft bei der Freien Vereinigung festzustellen und zu kontrollieren, so daß keine Zentralverbändler bei der Arbeitereinstellung mit unterlaufen. Darauf verliest Herr Gühlk die von ihm auf Grund einer Besprechung mit Herrn Bargstedt stipulierten Bedingungen für die Wiederbesetzung der Arbeitsstellen. Diese Bedingungen lauten: 1. Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen auf sämtlichen Bauten. 2. Oeffnen der Baustellen unserseits für die Mitglieder der Freien Vereinigung. 3. Zurücknahme sämtlicher Klagen beim Gewerbegericht. 4. Verpflichtung der Besetzung auch der

gesperrten Bauten, wenn die schwebenden Klagen bei dem Gewerbegericht erledigt oder durch Vergleich beigelegt sind.

Die Arbeitervertreter erheben gegen diese Bedingungen keinen Einwand. Auf die bezügliche Frage des Herrn Gühlt wurde erwidert, daß die Freie Vereinigung auch einwandfreie Arbeitsleute aufbringen kann. Zur Ausübung einer Kontrolle soll eine Liste der zu besetzenden Bauplätze aufgestellt und eingereicht werden. Die Verteilung der Leute auf die Bauplätze soll, wenn nötig, im Einverständnis mit der Freien Vereinigung geschehen, damit von dem Zentralverband gesperrte Bauten nicht unbesetzt bleiben.

gez. Beversdorff, Protokollführer.

Dies die eigene Darstellung der Sache seitens des Vorstandes der Freien Vereinigung resp. von Stüben und Genossen.

Dies ist also das Ende der Hamburger Akkordmaurer, die sich einmal als wahre Vorkämpfer der Arbeiterbewegung blähten, die sogar die sozialdemokratischen Parteitage beschäftigten. Ein warnendes Exempel! Jede Absplitterung von dem großen Heere der Arbeiterbewegung muß, wenn sie nicht bald wieder den Weg zurückfindet, ihr Ende im Lager der Unternehmerhelfer finden. Das ist ihr unentrinnbares Geschick, und ihm sind auch diese Leute zum Opfer gefallen, sie sind heute die Gelben im Hamburger Baugewerbe.

Aus den Einigungsämtern.

Das Einigungsamt Cöln bestätigte in seiner Sitzung am 11. Dezember als unparteiische Beisitzer die Herren Rentner Dahmann und Arbeitersekretär Bartels. — Die Entscheidung über das Lohngebiet für Kanalmaurer wurde vorläufig ausgesetzt. Es soll zunächst 1. Einsicht in die früher zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Orten des Lohngebietes Cöln bestandenen Verträge genommen werden; 2. festgestellt werden, ob in Opladen, Wiesdorf usw. früher für Kanalmaurer höhere Löhne gezahlt worden sind oder nicht. Dieserhalb ist bei den Stadtverwaltungen anzufragen, ob und wann Kanalarbeiten ausgeführt worden sind und welchen Unternehmern diese übertragen waren. Falls höhere Löhne gezahlt wurden, soll festgestellt werden, warum dies geschehen ist, ob etwa die Arbeiten im Wasser ausgeführt werden mußten oder sonstige besondere Schwierigkeiten boten. Unter anderem sollen Kanalarbeiten ausgeführt haben: die Firma Müller-Frankfurt in Wiesdorf, Linder-Barmen, Voßkamp-Opladen, Wilhelmy-Düsseldorf. Die beiden letzteren Firmen sind in Konkurs, die Lohnlisten liegen bei dem Stadtbauamt in Opladen. Die unparteiischen Beisitzer sollen an Hand der Lohnlisten der Firma Bauwens feststellen, welche Löhne diese in Opladen gezahlt hat. Auch sollen die beschäftigt gewesenen Maurer über die Höhe der Löhne befragt werden. — Bezüglich des Tarifvertrages für Hilden entschied das Einigungsamt dahin, daß Hilden zum Deutschen Arbeitgeberverband gehört und seine Aufnahme in den Tarif zu Recht erfolgt ist. Der Streik in Hilden soll aber infolge der bis jetzt herrschenden Unklarheiten nicht als Vertragsbruch gelten. — Weiter wurde festgestellt, daß die Firma Zeursen im Jahre 1908 nicht mehr Mitglied des Arbeitgeberverbandes war und daher nicht dem Tarifvertrag untersteht. Die Schlichtungskommission Düsseldorf soll ersucht werden, die Angelegenheiten wegen verspäteter Lohnzahlung des Unternehmers Heinrich Florat in Düsseldorf mit möglichster Beschleunigung zu erledigen.

Exzesse der „Fremdgeschriebenen" in Zürich.

Als wir im Herbst vorigen Jahres das flegelhafte Betragen fremdgeschriebener deutscher Maurer- und Zimmergesellen in einem Arbeiterlokal in Jena einer scharfen Kritik unterzogen und nach einigen Einsendungen aus den Reihen der Fremdgeschriebenen darauf hingewiesen hatten, daß sich die Verbandsinstanzen gelegentlich mit diesen Radaubrüdern beschäftigen müßten, da hofften wir, diese würden sich künftig eines Betragens befleißigen, das weder ihnen noch ihrer Organisation zur Schande gereicht. Nun erhalten wir schon wieder Mitteilungen von ganz rüpelhaften Ausschreitungen der Blau- und Schwarzbeschlipsten in einem Züricher Arbeiterlokal, die zur Folge hatten, daß heute drei Kollegen schwer verletzt im Spital in Zürich liegen. Von den darüber erhaltenen Mitteilungen geben wir die folgende von der Züricher Sektion des Verbandes der Maurer und Handlanger der Schweiz wieder. Sie lautet:

„In Zürich haben sich zwischen den „Fremdgeschriebenen" Vorgänge abgespielt, wie sie sich gleich skandalös vorher wohl selten zugetragen haben dürften. Schon Mitte Dezember kam es bei einem Vergnügen der Zimmerer zu unliebsamen Zwischenfällen. Aber das war nicht genug. Am Weihnachtsabend mußte nachgeholt werden, was das erstemal versäumt worden war. Im Hause des sozialdemokratischen Vereins „Eintracht" war eine Gesellschaft der „Schwarzen" bei einem Saufgelage beisammen. Auch noch einige andere Kollegen waren anwesend. (Wie uns von anderer Seite mitgeteilt wird, veranstalteten die letzteren eben eine Christbaumfeier, wobei sie auch der streikenden Kollegen in Winterthur gedachten.) Wie allgemein bekannt, müssen stets diejenigen, die nicht zu ihrer Verbindung gehören, zur Zielscheibe ihrer Sticheleien dienen. Dies war hier um so mehr der Fall, weil sie glaubten, es wären einige dabei, die früher an einem Streik in Nordenham beteiligt waren. Als die „Schwarzen" merkten, daß man mit ihnen nichts zu schaffen haben wollte, verließen sie das Lokal. Etwa eine halbe Stunde später gingen auch die andern. Sie hatten jedoch kaum die Straße betreten, da wurden sie von den „Schwarzen" überfallen. In bestialischer Weise wurde auf sie eingeschlagen und gestochen. Die Folge davon ist, daß heute noch drei Kollegen so schwer verletzt im Spital liegen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Trotz dieser skandalösen Vorgänge erschienen sie am andern Tage in verstärkter Zahl und nur durch energisches Eingreifen der Polizei gelang es, einem nochmaligen Skandal vorzubeugen. Da sich jene skandalösen Vorgänge von Zeit zu Zeit wiederholen und dadurch unsere Bewegung schwer geschädigt wird, wird es Aufgabe der Organisationen sein, einmal energisch gegen die gesamte beschlipste Gesellschaft vorzugehen. Denn derartige Vorgänge gehen hier viel tiefer als in Deutschland und erschüttern unsere Organisation aufs tiefste. Es kann hier auch nicht bei einem Protest bleiben, sondern es müssen andere Mittel angewendet werden, denn es gilt, das Prestige der gesamten Arbeiterbewegung zu wahren."

Auch wir sind selbstverständlich der Meinung, daß es an der Zeit ist, daß sich die Organisationen von solchen Flegeln befreien, die den guten Namen, den sich die deutschen Bauarbeiter im In- und Auslande erworben haben, auf diese Weise schänden. Wir sehen es gern, wenn unsere Organisationsmitglieder ins Ausland gehen, um dort zu lernen und den Gedanken der Organisation zu verbreiten. Jedenfalls aber muß die Organisation verlangen, daß ihre Mitglieder im Auslande, wo sie gewissermaßen als Gäste weilen, ein gesittetes Betragen an den Tag legen. In Zürich sieht man es ebenfalls gern, wenn deutsche Kollegen zureisen, die gewillt sind, an dem Aufbau und der Stärkung der Organisation mitzuhelfen. Von Flegeln aber, die solche Szenen heraufbeschwören, sieht man auch dort am liebsten die Fersen.

Isolierer und Steinholzleger.

Berlin. Man sandte uns folgende Berichtigung:

Zentralverband der Isolierfirmen Deutschlands, e. V., usw.

In Nr. 52 auf Seite 578 bringen Sie einen Bericht über die Beendigung des Berliner Isoliererstreiks, der in verschiedenen Punkten der Richtigstellung bedarf. Wir ersuchen Sie deshalb höflichst auf Grund des § 11 des Preßgesetzes, folgende Berichtigung in die Spalten Ihres Blattes aufzunehmen:

1. Der Akkordtarif ist von Arbeitgeberseite nicht zurückgezogen worden.

2. Eine allgemeine Erhöhung des Stundenlohnes auf 70 ₰ ist nicht erfolgt. Wie in den Arbeitsbedingungen vom 1. November festgelegt, beträgt der Stundenlohn je nach Vereinbarung 65 bis 70 ₰.

3. Eine Lohngarantie bei Akkordarbeiten wird nach wie vor nicht gewährt.

4. Von der Absicht einer „willkürlichen" Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen konnte niemals die Rede sein.

5. Daß die hiesige Filiale der Firma A. Haacke & Co. ihren Isolierern verbietet, irgend einer Organisation anzugehören, ist zum mindesten ein Irrtum. Nach Aufhebung des Streiks können die von der Firma beschäftigt gewesenen Isolierer und Hilfsisolierer selbstverständlich bei der Firma wieder in Arbeit treten, auch wenn sie einer Organisation angehören.

Zu Ihrem Bericht aus Leipzig in gleicher Nummer und auf gleicher Seite bemerken wir, daß von uns keine Notiz in der bürgerlichen Presse erschien. Um so mehr richten sich die in Verbindung mit dieser Behauptung gebrauchten Ausdrücke von selbst.

Hochachtungsvoll
Zentralverband der Isolierfirmen Deutschlands.
Der Generalsekretär: Dr. H. Karwehl.

Dazu ist zu bemerken, daß wir die Darstellung über die Beendigung des Isoliererstreiks in Berlin in allen Punkten aufrecht erhalten. Dem Arbeitgeberverband wird es wohl schwerlich gelingen, uns das Gegenteil zu beweisen. Der Akkordtarif, so wurde unsern Kommissionsmitgliedern vor Aufnahme der Arbeit von den einzelnen Unternehmern ausdrücklich gesagt, komme nicht mehr in Frage. Was nun die Erhöhung des Stundenlohnes betrifft, so sind wir stets bereit, den Nachweis zu erbringen, daß außer bei drei Firmen, wo, wenn hoch gerechnet, 25 Isolierer arbeiten, bei allen übrigen Firmen eine Lohnerhöhung von 2½ bis 5 ₰ stattgefunden hat, und zwar in der Weise, daß bei einer einzigen Firma, bei der die meisten Isolierer, und zwar fast ebensoviel wie bei den drei vorgenannten zusammen, die Arbeit aufnahmen, kein einziger unter 70 ₰ Lohn erhält; ebenso wurden dort die Helferlöhne um 5 ₰ erhöht. Zirka 80 Mann aber arbeiteten bereits während des Streiks bei bewilligt habenden Firmen. Rechnet man diese und dann noch drei andere am Streik beteiligt gewesene Firmen hinzu, wo die Löhne, wenn auch nicht in dem Maße wie bei obiger Firma, erhöht wurden, dann wird man objektiverweise zugeben müssen, daß unsere Angabe richtig ist. Herr Dr. Karwehl war nicht gut unterrichtet, als er diese Berichtigung schrieb. Der Lohn bei Akkordarbeiten ist garantiert; wenn sich aber Leute unter unsern Kollegen gefunden haben, die darauf, etwa nachdem ihnen seitens der Firma diese Zumutung gestellt worden ist, verzichtet haben, dann soll man sie uns namhaft machen, sonst glauben wir es nicht. Wenn aber die Herren den Vorwurf, daß sie die Lohn- und Arbeitsbedingungen willkürlich festsetzen wollten, nicht wahr haben wollen, dann wäre dies ja ein Widerspruch zu Punkt 1 und 3 in der Berichtigung; denn diese beiden Punkte waren doch gerade die Hauptursache des Streiks. Die Isolierer wurden doch damals vor die Alternative gestellt: Entweder sie erkennen die Bedingungen der Unternehmer an, oder sie können ihre Entlassung erhalten. Und da diese sich eben weigerten, sich der Willkür zu beugen, erhielten sie ihre Papiere ausgehändigt. Wollen sich die Unternehmer aber in Zukunft diesen Vorwurf ersparen, dann mögen sie danach handeln und zwar dadurch, daß sie sich mit ihren Arbeitern in Güte über die Festsetzung der Preise einigen. Im anderen Falle bleibt es eben Willkür; einen gelinderen Ausdruck hierfür kennen wir nicht.

Wenn nun aber gar bei Punkt 6 behauptet wird, die hiesige Filiale der Firma A. Haacke habe ihren Isolierern niemals verboten, irgend einer Organisation anzugehören, es sei dies unserseits mindestens ein Irrtum, dann sei darauf mit den Tatsachen geantwortet: Der hiesige Vertreter der Firma legte den bei ihm beschäftigten Isolierern, von denen ihm bekannt war, daß sie dem Verband angehörten, einen Revers zur Unterschrift vor, worin sie die Erklärung abgeben sollten, daß sie aus dem Verband auszutreten bereit seien und ihn in keiner Weise mehr durch Zuwendung irgend welcher Geldmittel unterstützen wollten. Denen aber, die sich weigerten, zu unterschreiben, sagte Herr Frister: „Na, dann kann ich mir nicht helfen, dann muß ich Sie entlassen!" Und so geschah es denn auch. Dies aber müßte auch Herrn Dr. Karwehl bekannt sein; denn als Generalsekretär steht er doch in engster Fühlung mit den Firmen. Daß die Firma jetzt ihren Revers zurückgezogen hat, davon war uns bisher nichts bekannt; wir erhalten erst durch die Berichtigung davon Kenntnis. Wenn es dann zum Schluß heißt, daß von dem Arbeitgeberverbande niemals eine Notiz über den Streik und dessen Ursachen in die bürgerliche Presse gebracht worden sei, so ist es um so verwunderlicher, daß ihrerseits aber auch keine Berichtigung über das, was in der „Berliner Volkszeitung" und der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" geschrieben wurde, erfolgte, trotzdem sich die „Berliner Volkszeitung" wie die „Arbeitgeber-Zeitung" auf den Zentralverband der Isolierfirmen Deutschlands berieten und diesen als Quelle nannten. Wir können doch aber auch nicht ohne weiteres glauben, daß sich die betreffenden Redakteure alles aus den Fingern gesogen haben könnten; beide sind doch gut bürgerliche Zeitungen. Herr Dr. Karwehl! Ihre Berichtigung trifft also in keinem einzigen Fall zu! Wir wollen aber zu Ihrer Entschuldigung annehmen, daß Sie von einer Ihnen näher stehenden Seite selbst falsch informiert wurden. Denn wir wissen es nur zu gut, daß trotz aller gegenteiligen Behauptungen in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" die Beendigung des Streiks durchaus nicht nach den Wünschen einiger Unternehmer war und daß von dieser Seite das Feuer fortgesetzt geschürt wird. Wir glauben aber, daß ein großer Teil, und zwar bei weitem der größte unter den Unternehmern, dies Spiel ebenfalls durchschaut hat und vorläufig jenen Herren die Kastanien nicht weiter aus dem Feuer zu holen gesonnen ist. Sollten aber jene Leute, die danach streben, im Isoliergewerbe die gleichen Verhältnisse zu schaffen wie die Zechenbarone im Ruhrrevier, bei der Mehrzahl der Isolierfirmen Deutschlands Gegenliebe für ihre scharfmacherischen Pläne finden, dann wäre dies gleichbedeutend mit dem Untergang eines großen Teiles weniger kapitalkräftiger Firmen. Die Isolierer aber werden sich niemals ohne Kampf etwas aufzwingen lassen, was gegen ihre Menschenwürde und ihre Ehre als organisierte Arbeiter verstößt. Dies sollen sich jene Herrenmenschen heute schon gesagt sein lassen!

Cöln. Die am 2. Januar stattgefundene mäßig besuchte Versammlung der Isolierer und Steinholzleger Cölns und Umgegend befaßte sich eingehend mit dem Rundschreiben Nr. 12 unserer Geschäftsleitung. Es wurde einstimmig beschlossen, vom 1. Januar an bis auf weiteres den ganzen Wochenbeitrag von 50 ₰ an unsere Geschäftsleitung einzusenden, für die Lokalkasse dagegen einen Zuschlag von 25 ₰ pro Woche zu erheben, so daß wie bisher 75 ₰ pro Woche erhoben werden. Außerdem erwartet die Versammlung, daß die Kollegen A. Dullock, W. Fest, E. Klein, Frz. Herget, W. Hamacher und N. Brauns sowie alle nichtorganisierten Isolierer und Steinholzleger, die über den Verband und einzelne Mitglieder desselben herfallen, in der Versammlung am 30. Januar vormittags 11 Uhr erscheinen werden. Es soll ihnen dort Gelegenheit gegeben werden, sich über alle Kollegen offen und frei zu äußern.

Dresden. Am 27. Dezember tagte unsere Jahres-Generalversammlung im Volkshaus. Zunächst gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Er bezeichnete die Tätigkeit in der Organisation in diesem Jahre als überaus arbeitsreich. Abgehalten wurden acht Mitglieder-, eine außerordentliche und vier ordentliche Generalversammlungen. Da im Laufe des Jahres hier mehrere Firmen ansässig wurden, hatten wir auch mit diesen in der Lohnfrage zu tun, ehe unser Tarifvertrag anerkannt wurde. Durch unseren Arbeitsnachweis wurden an die einzelnen Firmen 36 Kollegen vermittelt, ein Beweis, daß er gut floriert und in unserer Zahlstelle wohl als Machtfaktor gelten kann. Ferner wurden mehrere große städtische Arbeiten an auswärtige Firmen vergeben, wo wir gezwungen waren, mit den städtischen Behörden zwecks Einstellung unserer Leute in Verhandlung zu treten. Auch hier hatten wir Erfolg. Die Wahl des Gesamtvorstandes ergab folgendes Resultat: Kollege Fröhlich, Vorsitzender, Braune, Schriftführer, Günther, Kassierer. Nach kurzer Debatte faßte die Versammlung endgültigen Beschluß wegen Einführung einer lokalen Krankenunterstützung. Diese tritt am 1. Januar 1910 in Kraft. Beschlossen wurde, die Geschäftsleitung in Berlin weiter zu unterstützen. Alsdann gab Kollege Wehel die Abrechnung von der Christbescherung bekannt. Nach Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. In der Generalversammlung der Steinholzleger am 27. Dezember gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Danach hat die Organisation am Orte gute Fortschritte gemacht; denn es sind jetzt 90 pZt. der Kollegen organisiert gegen 50 pZt. im Vorjahre. Das Ergebnis unseres zehnwöchigen Streiks ist ein auf drei Jahre abgeschlossener Tarifvertrag mit einer zehnprozentigen Lohnerhöhung. Das ist zwar nicht alles, was wir forderten, man kann aber in Anbetracht der Lage in der Steinholzindustrie damit immerhin zufrieden sein. Zu bedauern ist, daß manche Kollegen wohl Rechte von der Organisation verlangen, aber ihren Pflichten in bezug auf das Beitragzahlen nicht nachkommen. Soll der Verband auf der Höhe bleiben, dann muß hier unter allen Umständen eine Aenderung eintreten. — Der Kassenbericht konnte, da der Kassierer am Erscheinen verhindert war, nicht gegeben werden. Nach lebhafter Diskussion, in der man das Verhalten der faulen Zahler scharf verurteilte, wurde beschlossen, daß sich jeder Kollege, der an den Monatsversammlungen nicht teilnehmen kann, durch Postkarte zu entschuldigen hat, damit der Vorstand mit allen Kollegen in Fühlung bleibt. Bei der Vorstandswahl wurde Otto Michael erster Vorsitzender und Reinhold Willkomm erster Kassierer. Außerdem wurden die Kollegen Ruppert, Selig, Täschner, Otto Kirsten, Blasius und Schubert gewählt. — Dann referierte der Vorsitzende über die Verschmelzung unseres Verbandes mit dem zukünftigen Deutschen Bauarbeiterverband. Redner betonte, daß es den kleineren Verbänden nur durch größere Extrabeiträge möglich sei, die Angriffe der Unternehmer auf das Koalitionsrecht der Arbeiter sowie die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren. Der Zusammenschluß der Unternehmer in große Verbände sowie das Verhalten der Scharfmacher in ihren Reihen zwingt die Arbeiter, ebenfalls Anschluß an große Verbände zu suchen.

Unser Verband habe zwar in den letzten zwei Jahren noch große Vorteile für die Kollegen herausgeholt und auch alle Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abgewehrt, aber dies sei nur durch die Entfaltung aller Kräfte und die größte Opferwilligkeit der Kollegen möglich gewesen. Die Machinationen der Unternehmer in der Isoliererbranche zwängen auch uns, Anschluß an einen großen Verband zu suchen, damit den Unternehmern ein noch entschiedeneres: „Bis hierher und nicht weiter!" zugerufen werden könne. Daß für uns als Bauarbeiter bei einer Verschmelzung nur der zukünftige Deutsche Bauarbeiterverband in Frage kommen könne, verstehe sich wohl von selbst. Redner ging dann auf die Finanzlage des Verbandes ein und empfahl eine Beitragserhöhung für Leger auf 65 ₰ und für Hilfsleger und Arbeiter auf 55 ₰. Nach lebhafter Debatte fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 27. Dezember stattfindende Generalversammlung der Steinholzleger beschließt, die Beiträge vom 1. Januar an für Leger auf 65 ₰, für Hilfsleger und Arbeiter auf 55 ₰ zu erhöhen, davon werden pro Marke 50 ₰ der Geschäftsleitung überwiesen. Die Geschäftsleitung wird ersucht, sämtlichen Zahlstellen sofort die Frage der Verschmelzung mit dem zukünftigen Deutschen Bauarbeiterverband zu unterbreiten, damit sie noch vor unserer Konferenz mit dem Bauarbeiterverband in Verhandlung treten kann und die Konferenz dann in der Lage ist, darüber einen definitiven Beschluß zu fassen." — Die Kollegen werden noch darauf aufmerksam gemacht, daß alle Geldsendungen sowie Bücher usw. an den Kassierer Reinhold Willkomm, Leipzig-Lindenau, Gundorferstr. 16, 1. Etg., zu adressieren sind. Daselbst befindet **sich auch der Arbeitsnachweis. Die Arbeitslosen haben sich sofort zu melden und jedes Umschauen zu unterlassen.**

Zentralkrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit".)

In der Woche vom 26. bis 31. Dezember sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Rixdorf *M.* 800, Aarhorst 500, Lübeck 400, Nauen 400, Neuruppin 300, Hermsdorf 275, Löwenberg 250, Dotzheim 250, Geesthacht 200, Lehnin 200, Groß-Schönebeck 200, Leipzig-Reudnitz 200, Mariendorf 200, Schwedt 200, Leipzig 200, Arnstadt 200, Leibsch 200, Schweinitz 150, Barkhausen 150, Hohen-Neuendorf 120, Wensickendorf 150, Gräfentonna 120, Bergedorf 100, Sonnenburg i. d. Neumark 100, Alt-Damm 100, Handschuhsheim 100, Johannisthal 100, Hechtsheim 100, Seyda (Bezirk Halle) 100, Wiesenburg 100, Königstein i. Taunus 100, Abterode 100, Wittenberge 100, Neuenhagen 100, Salmünster 100, Mölln in Lauenburg 80, Friesack 70, Frankenstein 50. Summa *M.* 7165.

Zuschüsse erhielten: Lützel-Wiebelsbach *M.* 500, Erfurt 400, Preuden 300, Memel 300, Faulbach 220, Wittenau 200, Eppelheim 200, Groß-Wockern 200, Königsberg i. Pr. 200, Otterberg i. d. Pfalz 2·0, Neuzelle 150, Langendreer 150, Hannover 150, Alt-Glienicke 150, Zehdenick 150, Pritzerbe 100, Kalkberge 100, Tegel 100, Verden 100, Kastel b. Mainz 100, Gusow 100, Alt-Bressin 100, Langensalza 100, Quedlinburg 100, Heidelberg 100, Holtensen 100, Buckow 80, Kalk 20. Summa *M.* 4670.

Altona, 25. Dezember 1909.

Karl Reiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Im Anschluß an die Bekanntmachung in Nr. 52 des „Grundstein" sind die Statuten schon am 30. Dezember v. J. versandt.

Sollten dieselben in einer oder der andern Verwaltungsstelle nicht angekommen sein, so erwarten wir umgehend Nachricht.

Der Vorstand. J. A.: W. Themar, Vorsitzender.

Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit".

Bekanntmachung.

Ausgeschlossen auf Grund § 6 Ziffer 1 alinea a der Satzung sind folgende Mitglieder:

Anna Schorling, Nr. 3999; Lina Dahms, 368; Frieda Knibbicke, 3762; Friedrich Knibbicke, 3811; August Rie, 3815; Franziska Brühl, 3533; Alma Schade, 3661; Nanette Wagner, 4177, Ida Ettlich, 4028; Johann Marsicke, 4180.

Der Vorstand. J. A.: W. Themar, Vorsitzender.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

*

Bitterfeld. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 24. Dezember 1909 auf dem Neubau der Grube „Leopold". Maurer und Hilfsarbeiter waren damit beschäftigt, Eisenteile nach dem vierten Stock hochzuwinden, als plötzlich das Gerüst im vierten Stockwerk brach und zwei Maurer, einen Monteur und einen Arbeiter mit in die Tiefe riß. Ein Maurer war sofort tot, der zweite Maurer und der Monteur haben mehrere Knochenbrüche und schreckliche Wunden erlitten und werden wohl nicht mit dem Leben davonkommen; der Arbeiter hat schwere innere Verletzungen erlitten. Die Staatsanwaltschaft hat sofort eine Untersuchung vorgenommen und wird wohl festgestellt haben, wer das Unglück verschuldet hat. — In einem uns später zugegangenen Bericht, wonach das Unglück am 23. Dezember 1909 geschehen sein soll, wird gesagt, daß die Schuldfrage dahin gelöst ist: Ein am Bau Beschäftigter hat ein Drahtseil, mit dem das betreffende Gerüst an einem Träger im Bauinnern befestigt war, gelöst und nicht wieder angebunden. Es handelte sich um einen 12 Zentner schweren Motor. Man hatte ihn auf dem Gerüst liegen und wollte ihn nun durch ein Fenster in das Gebäude hineinbringen. Dabei drückte man das Gerüst von der Wand ab, die Riegel zogen sich aus den Gerüstlöchern und das Unglück geschah. Die Bauarbeiterschutzkommission, die uns dies schreibt, hebt ausdrücklich hervor, daß der bauleitende Polier häufig zur Vorsicht beim Gerüstbau gemahnt hat und knüpft daran selbst die sehr angebrachte Mahnung, daß sich die Kollegen durch eigene Gewissenhaftigkeit mehr schützen möchten.

Landau (Pfalz). Am 29. Dezember stürzte der hier neu errichtete Bismarckturm, dessen Richtfest am folgenden Tage stattfinden sollte, ein. Da der Zusammenbruch in der Mittagspause erfolgte, sind keine Verluste an Menschenleben zu beklagen; wäre er eine Viertelstunde später erfolgt, so wären 17 am Bau beschäftigte Arbeiter gefährdet gewesen.

Lörrach. Am 21. Dezember 1909 verunglückten auf dem Neubau des Unternehmers Josef Schabach in der Kreuzstraße zwei Maurer durch Gerüstbruch. Einer erlitt einen Bruch des Oberkieferknochens und des Nasenbeins sowie eine Verletzung der Hirnschale. Der Bedauernswerte wurde ins Spital gebracht, wo er seinen Verletzungen erlag. Der zweite Verunglückte befindet sich auf dem Wege der Besserung. — Der Unfall ist ein erneutes Zeichen mangelhafter Baukontrolle.

Nienburg a. d. Saale. Am 3. Dezember verunglückte der Kollege Wilhelm Bremer auf der hiesigen Zementfabrik. Er schachtete ein Fundament im Innern des Gebäudes aus. In dieser Zeit stürzte die Balkendecke, unter der Bremer arbeitete, plötzlich zusammen und drückte ihn tot.

Sorau. Am 29. Dezember stürzte am Fabrikneubau auf dem früher Rehnischen Grundstück in Seifersdorf zum zweitenmal ein erheblicher Teil der Ringmauer ein. Verunglückt ist glücklicherweise niemand. Ob die Konstruktion oder der Frost schuld ist, ist dem Berichterstatter unbekannt. Bauausführende Firma ist die Firma J. Baentsch in Sorau.

* **Baueinsturz in Gießen.** In Gießen stürzte am 24. Dezember kurz vor Mittag in der Crednerstraße ein sich noch in Arbeit befindlicher Neubau vollständig zusammen. Glücklicherweise hatten die Arbeiter die Gefahr frühzeitig gemerkt, so daß sie sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Der Neubau (ein Wohnhaus) befand sich in der vierten Etage. In den nächsten Tagen sollte das Dachgebälk aufgeschlagen werden. Eine Frau, die im Hause nebenan wohnte, erlitt beim Einsturz dadurch einen Beinbruch, daß ein Teil des Mauerwerks durch das Dach des andern Hauses schlug und einen Küchenschrank umwarf, der der Frau unglücklicherweise aufs Bein fiel. Der Einsturz wurde in der Hauptsache dadurch verursacht, daß ein Eckpfeiler im Erdgeschoß zu schwer belastet war. Eine weite Oeffnung war mit einem Bogen überwölbt, der eine schwere Last zu tragen hatte. Dadurch gab der Eckpfeiler nach. Daß an dieser Stelle nicht alles in Ordnung war, wurde schon am 16. Dezember bemerkt, auch wurde schon damals von der technischen Bauleitung gefordert, es sollte über die Oeffnung ein eiserner Träger gelegt werden. Dies wurde zwar gemacht, aber es half nichts mehr. Am 24. Dezember bemerkten die Arbeiter, daß es an der Ecke wieder Risse gab. Der ausführende Maurermeister befahl dann einigen Leuten, die Stelle abzusteifen. Die übrigen Leute sollten vorn weiter arbeiten, was diese mit vollem Rechte ablehnten; denn hätten sie weiter gearbeitet, so wäre keiner mit dem Leben davongekommen. Die Rüstungen, auf denen sie gearbeitet hatten, sind vollständig unter Trümmern begraben. Auch das schlechte Material ist mit an dem Einsturz schuld. Der Haufen jetzt daliegende Schutt ist dafür Beweis genug. Das Bindematerial ist förmlich von den Steinen losgelöst. Die Steine liegen da wie gewaschen und sehen aus, als hätten sie noch keinen Mörtel gesehen. Der bauausführende „Unternehmer" ist ein Strohmann namens Stein, der einzige von dieser Sorte in Gießen. Zu wahren Schundpreisen nimmt er den anderen Unternehmern die Arbeit weg. Durch schlechtes Material und durch Antreibereien der Arbeiter sucht er dann auf seine Kosten zu kommen. Deswegen arbeiten organisierte Leute bei ihm auch nur, wenn sie gar nichts anderes erhalten können. Wir sind der Meinung, daß es das beste wäre, wenn dieser Mann selbst wieder Hammer und Kelle nähme und noch etwas lernte, ehe er sich weiter als Unternehmer ausgibt.

* **Polier und Baukontrolleur.** Am 1. November kontrollierte der städtische Bauführer Müller in Nürnberg einen Neubau in der Humboldtstraße und rügte dort, daß für die Steinmetzen keine Bauhütte errichtet war. Hierauf erwiderte der Maurerpolier Odörfer, er habe die Schikaniererei dick; „die Hanswurften (die städtischen Kontrolleure) haben überhaupt nichts zu sagen; gelernt hat so einer nichts und können tun sie auch nichts; neihauen sollt mans dürfen". Der Amtsanwalt beantragte für diese Beleidigung *M* 15 Geldstrafe. Das Gericht verurteilte ihn zu *M* 10. Der Polier darf froh sein, daß der Beleidigte nur ein städtischer Bauführer ist. Wäre es ein Schutzmann gewesen oder gar ein Streikbrecher, dann hätte es sicherlich Gefängnis gegeben.

* **Arbeiter-Baukontrolleure in Oesterreich.** Es wird berichtet: Einem wiederholt gegebenen Versprechen zufolge hat der österreichische Handelsminister dieser Tage zum ersten Male zwei Männer aus dem Arbeiterstande in den staatlichen Gewerbeaufsichtsdienst eingestellt, und zwar als Assistenten des Gewerbeaufsichtsinspektorats im ersten Wiener Bezirk. Die beiden Beamten — ehemalige Maurerpoliere, der eine langjähriges Vorstandsmitglied der österreichischen Maurergewerkschaft — werden zur Beaufsichtigung der Arbeitsverhältnisse im Wiener Baugewerbe verwendet werden.

Zwei Kontrolleure für das Wiener Baugewerbe ist zwar noch etwas wenig, und man kann nicht einsehen, warum diese Einrichtung nur für Wien getroffen wird; aber es ist immerhin ein Anfang mit der Erfüllung einer hochberechtigten Arbeiterforderung. Wie lange wird es noch dauern, bis wir in Preußen-Deutschland so weit sind?

W. C. **Die Baukonjunktur 1909.** Am Ende des Jahres angelangt, läßt sich bei einem Rückblick auf die Baukonjunktur im Jahre 1909 wohl mit Recht sagen, daß sie vieles wieder gut gemacht hat, was die Vorgänger verdorben hatten. 1909 war noch kein Aufschwungsjahr für das Baugewerbe, wohl aber ein Jahr durchgreifender und kräftiger Erholung. Infolge der Stagnation der Bautätigkeit in den Jahren 1906 bis 1908 war das Angebot leerstehender Wohnungen sehr zurückgegangen, so daß allmählich der Bedarf wieder stärker hervortrat. Auch Staat und Kommunen unterstützten die Bautätigkeit, und nicht zuletzt waren die Landwirtschaft und das von ihr abhängige Handelsgewerbe und Handwerk in den kleinen Städten wieder baulustiger geworden. Nur die Geschäftswelt der Großstädte und die Industrie blieben noch zurückhaltend; ihnen muß erst die völlige Ueberwindung der gewerblichen Krise neue Unternehmungslust einflößen. Charakteristisch für die Vorsicht und Unsicherheit, mit der sich die Bautätigkeit bewegte, ist die Entwicklung der Neuinvestierungen. Für Aktien- und Gesellschaften mit beschränkter Haftung gestalteten sich nämlich in den ersten elf Monaten dieses und des vorigen Jahres die Neuinvestierungen wie folgt:

	1908	1909	Gegen 1908
Zahl der Bau- und Terraingesellschaften	481	673	+ 192
Grundkapital in *M.* 1000	76086	72349	÷ 3737

Während sich die Neuinvestierungen also auf 192 Gesellschaften mehr als im Vorjahre verteilten, wurden 3,7 Millionen weniger neu investiert. Man kann aus dieser Bewegung entnehmen, daß die Unternehmungslust sich im Laufe des Jahres 1909 etwas abgeschwächt hat, nachdem die Vorbereitungen für 1909 im Jahre zuvor schon etwas zu stark ausgedehnt worden waren. So wichtig aber auch der Grad der Unternehmungslust für das Baugewerbe ist, so spiegeln die Neuinvestierungen diese doch immerhin nur für einen Teil des Gewerbes wider. Daß im allgemeinen die Bautätigkeit sehr viel reger war als 1908, das läßt die Bewegung des Andranges am Arbeitsmarkt deutlich erkennen. Schon gleich im Frühjahr erfolgte nach der tiefen und langanhaltenden Depression die Wiederaufnahme der Bauarbeiten auf der ganzen Linie; April und Mai brachten sogar eine direkt lebhafte Tätigkeit. Dann erschlaffte sie im Hochsommer noch einmal, aber nur wenig und nur vorübergehend. Vielleicht ließ auch die wachsende Anspannung auf dem Geldmarkte die Unternehmer wieder etwas vorsichtiger disponieren. Bald verschwand dieser Schatten aber vollständig wieder, und auch die Ungunst der Witterung, die fast den ganzen Sommer hätte verregnen lassen, ließ nach: vom schönsten Herbstwetter begünstigt, setzte sich die Bautätigkeit in flottem Tempo fort, bis Schnee und Kälte den Arbeiten im Freien ein Ende bereiteten. Der Andrang Arbeitsuchender auf je 100 offene Stellen entwickelte sich in den einzelnen Monaten dieses Jahres, mit dem Vorjahre verglichen, wie folgt:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septbr.	Oktober
1909	441	643	235	126	112	156	148	161	120	140
Gegen 1908	+67	+284	+79	÷34	÷39	+2	+5	—	÷15	÷46

November und Dezember können an dem Bilde nicht mehr viel ändern. Da der Andrang in beiden Monaten des Vorjahres exorbitant hoch war, wird er im laufenden Jahre unzweifelhaft hinter dem damaligen zurückbleiben. Die Belebung, die die Bautätigkeit im laufenden Jahre aufweist, kam in den einzelnen Landesteilen recht verschieden zum Ausdruck. In einigen machte sie sich schon frühzeitig stark bemerkbar, in anderen etwas später und schwächer. Recht erfreulich war die Entwicklung in den Industriegebieten; überall nahm die Nachfrage nach Bauarbeitern zu, und wenn es auch hier und da einige Städte gab, in denen die Bautätigkeit noch nicht befriedigte, so war das Gesamtbild doch durchaus freundlich und allgemein besser als 1908. In Westfalen brachte das erste Quartal noch eine schlimme Arbeitslosigkeit; auch die Monate April bis Juli standen noch im Zeichen der Depression. Seit dem Sommer aber ging die Erholung kräftig vorwärts, so daß im Oktober der Andrang um 13 pZt. hinter dem vorjährigen zurückblieb. Die Rheinlande wiesen im allgemeinen schon eine merklich lebhaftere Bautätigkeit als im Vorjahre auf; von Jahresbeginn an war die Nachfrage nach Bauarbeitern rege. Auch Schlesien und das Königreich Sachsen boten das Bild einer regeren Bautätigkeit. In beiden Landesteilen stieg der Arbeiterbedarf im September sogar derartig an, daß das Angebot nicht vollkommen ausreichte. Im Oktober ließ die Beschäftigung zwar nach, aber doch nicht entfernt so wie im Jahre zuvor. In den östlichen Provinzen bestand noch ein ziemlich starker Arbeitsmangel, der aber doch lange nicht mehr so intensiv war wie im Jahre 1908. Sowohl in Ost- und Westpreußen wie in Posen brachte der Hochsommer im Gegensatz zu den anderen Landesteilen den geringsten Andrang am Arbeitsmarkt. Verhältnismäßig matt war das Gepräge in der

Provinz Brandenburg; allerdings trat fast von Monat zu Monat eine kleine Besserung ein. Im Oktober war der Arbeiterbedarf sogar ein wenig stärker als im Vorjahre. In Süddeutschland gewann die Bautätigkeit im Hochsommer das lebhafteste Aussehen; sowohl in Bayern wie in Baden und Württemberg war die Besserung in den Sommermonaten am stärksten, vereinzelt fehlte es sogar an den angeforderten Arbeitskräften. Ganz ungleichmäßig war die Bautätigkeit in Hamburg; infolge des großen Arbeitskampfes lag sie wochenlang ganz danieder.

* **Ueber das Alter des Ziegelbaues in Deutschland** sprach am 11. November der Baurat Hasak im Architektenverein zu Berlin. Er wies nach, daß in Bayern, am Oberrhein und um Cöln das Ziegelbrennen, das Ziegeldach und der Backsteinbau seit der Völkerwanderung durch alle Jahrhunderte in Uebung gewesen seien. In Nabans Werk „De Universo" werde um 850 das Ziegelstreichen in Holzformen beschrieben, wie es heute bei uns noch üblich ist, und wie auch die Ziegelsteine bei Einführung des Backsteinbaues in der Mark Brandenburg und in Wagrien im Anfang des zwölften Jahrhunderts hergestellt worden sind. In Oberitalien seien dagegen um jene Zeit die Ziegelsteine auf eine recht barbarische Art bereitet worden. Man habe ersichtlich große Lehmkuchen durch Schlagen hergestellt und aus diesen dann vermittels des Messers durch parallele Schnitte die Ziegel herausgeschnitten. Das aber sei so wenig sorgfältig geschehen, daß kein Stein dem andern in Höhe, Breite oder Länge gleiche; ein sicherer Beweis dafür, daß der märkische Ziegelbau nicht aus Italien stamme, wie oft angenommen werde, und die Mark technisch auf viel höherer Stufe stand als Italien. Letzteres stellte erst gegen 1200 die Ziegel wie hier üblich her, so daß man viel eher berechtigt sei, anzunehmen, Italien habe diese vervollkommnete Technik von Deutschland gelernt. Daß Holland nicht das Mutterland der märkischen Ziegelbaukunst sein könne, erweise ein Blick auf die Bevölkerungsverhältnisse vor und nach der Völkerwanderung. In Holland wie in Belgien seien romanische Backsteinbauten kaum zu finden.

* **Vom Mörtel.** Ueber die Begriffsbestimmung für „Zementkalkmörtel" herrscht noch vielfach Unklarheit. Die Handelskammer Berlin hat nun kürzlich nach Prüfung der Angelegenheit in den Fachausschüssen für das Hoch- und Tiefbaugewerbe und für Ziegel und Steine unter Hinzuziehung von Delegierten der Potsdamer Handelskammer, der Aeltesten der Kaufmannschaft und des Vereins der Portland-Zementfabrikanten beschlossen, folgendes zu verlautbaren: Im Handel mit Baumaterialien wird verstanden unter: 1. Kalkmörtel: ein Gemisch aus gelöschtem Kalk und Sand. 2. Verlängertem Zementmörtel: ein Gemisch aus gelöschtem Kalk und Sand mit Zementzusatz. 3. Reinem Zementmörtel: ein Gemisch von Zement und Sand. 4. Hydraulischem Mörtel: Mörtel, der die Eigenschaft hat, unter Wasser abzubinden. 5. Gipsmörtel: ein Gemisch aus gelöschtem Kalk und Sand mit Gipszusatz. 6. Haarkalkmörtel: ein Gemisch aus gelöschtem Kalk und Sand und Zusatz von Tierhaaren. 7. Chamottemörtel: ein Gemisch von Chamottemehl mit feuerfestem Ton. 8. Lehmmörtel: ein Gemisch von Lehm und Wasser. „Zementkalk" ist eine Bezeichnung für hydraulische Kalke verschiedener Zusammensetzung und verschiedenen Ursprungs, die insofern unrichtig und irreführend ist, als in ihm Zement nicht enthalten ist.

Gewerkschaftliches.

* **Die Lohnbewegung in der deutschen Holzindustrie** ist in ein neues Stadium eingetreten. In den letzten Tagen hat in Berlin eine Versammlung des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe stattgefunden, an welcher die Vertreter von 42 an der Bewegung beteiligten Verbänden teilgenommen haben. Man hat dort über die „ungeheuerlichen Forderungen" der Holzarbeiter gezetert, diesen die Schuld dafür aufgebürdet, daß die Verhandlungen an den Orten so langsam vorwärts gehen und den Beschluß gefaßt, das zwischen den beteiligten Zentralvorständen vereinbarte Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Berlepsch abzulehnen. Die Willensmeinung der Versammlung wurde in folgender Resolution niedergelegt:

„Die Vertreter der in Frage kommenden 42 Verbände stellen mit lebhaftem Befremden fest, daß die Arbeiterverbände im direkten Gegensatz zu den Vereinbarungen der Zentralvorstände vom 26. und 27. Oktober 1909 fast auf der ganzen Linie die örtlichen Vertragsverhandlungen in unverantwortlicher Weise hingezogen haben. Weiter nimmt die Versammlung mit Entrüstung Kenntnis von den bisher bekannt gewordenen, geradezu ungeheuerlichen Forderungen, die ohne jede Rücksicht auf die ungünstige wirtschaftliche Lage des Holzgewerbes gestellt sind und welche gar nicht ernst genommen zu werden verdienen. Nach der Ueberzeugung der Versammlung ist dieses eigenartige Verhalten der Arbeiterverbände von der Erwartung diktiert, daß das vereinbarungsgemäß nur für den äußersten Notfall vorgesehene Schiedsgericht den Arbeitern einseitig unberechtigte Vorteile bringen soll, wenn es, entgegen den Abmachungen, von vornherein als Generalschiedsgericht tätig sein würde. Aus obigen Gründen lehnt die Versammlung das Schiedsgericht mit aller Entschiedenheit ab und fordert im Interesse einer friedlichen Lösung den schnellsten Fortgang der örtlichen Verhandlungen."

Damit muß man auch für diese große Bewegung die Friedenshoffnungen begraben.

* **Die Abstimmung über den Reichstarifvertrag im Malergewerbe.** Die im Verbande der Maler vorgenommene Abstimmung über den Reichstarifvertrag, wie auch die Einholung der Zustimmung der Mitglieder für zentrale Verhandlung der örtlich gedachten Löhne und Arbeitszeiten ist nunmehr beendet. Das Ergebnis ist folgendes: in den 238 Lohngebieten, in denen 32 786 Mitglieder des Verbandes in Frage kommen, haben 269 Versammlungen stattgefunden, an denen 15 513 Mitglieder teilgenommen haben. Für den Reichstarifvertrag wurden 9922 und dagegen 4398 Stimmen abgegeben. Für weitere zentrale Tarifverhandlung wurden 11 492 und dagegen 2296 Stimmen abgegeben. Der Reichstarifvertrag ist nach diesem Resultat durch die Mehrheit der sich an der Abstimmung beteiligenden Mitglieder seitens des Verbandes angenommen, zugleich ist die Zustimmung zu weiteren zentralen Verhandlungen gegeben. Diese weiteren Verhandlungen sollen am 4. Januar in Berlin beginnen und mit dem 10. Januar beendet sein. Das Ergebnis dieser Verhandlung soll seitens des Vorstandes den Mitgliedern des Verbandes wiederum zu einer Abstimmung unterbreitet werden. In der Voraussetzung, daß sich wiederum so wenig Mitglieder an der Abstimmung beteiligen würden, soll das Gesamtresultat der Tarifverhandlung einer außerordentlichen Generalversammlung zur endgültigen Beschlußfassung unterbreitet werden. Auf Grund der Beschlüsse zum Reichstarifvertrag, die die Generalversammlung des Verbandes in Cöln faßte, hat der Vorstand bereits die nötigen Vorarbeiten wie die Wahl der Delegierten angeordnet, so daß nach Erledigung der kommenden Tarifverhandlung und Abstimmung durch die Mitglieder gegebenenfalls die außerordentliche Generalversammlung für Mitte des Monats Februar einberufen werden kann.

Dem bisherigen Ergebnis der Tarifverhandlung sollen auch die Mitglieder des christlichen Malerverbandes, wie auch der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein der Maler und Lackierer ihre Zustimmung gegeben haben. Bei den Unternehmern des Malergewerbes haben die Abstimmungen ebenfalls große Mehrheiten für die Annahme des Reichstarifvertrages gebracht.

* **Schmiede und Metallarbeiter.** Zwischen den Verbänden der Schmiede und Metallarbeiter gab es schon oft sich sehr zuspitzende Grenz- und andere Streitigkeiten. Von dem Metallarbeiterverbande wurde darum schon lange der Anschluß des Schmiedeverbandes gewünscht. Jetzt sind abermals Verhandlungen gewesen, die diesen Abschluß zum Zwecke hatten, aber zu keinem unmittelbaren Ergebnis führten. Man kam schließlich dahin überein, daß der Vorstand des Schmiedeverbandes die vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes gemachten Vorschläge seinen Mitgliedern zur Diskussion und Stellungnahme mit den übrigen Anträgen zum Verbandstag unterbreiten solle. Dies geschieht nun auch in Nr. 1 des Jahrgangs 1910 der „Schmiede-Zeitung". Nach diesen Vorschlägen würden die zum Metallarbeiterverband übertretenden Mitglieder des Schmiedeverbandes in die gleichen Rechte eintreten, die auf Grund der Dauer der Mitgliedschaft der Metallarbeiterverband seinen Mitgliedern gewährt. Die bisher im Schmiedeverband gezahlten Beiträge würden ihnen aufgerechnet, und sie wären, den geleisteten Beiträgen entsprechend, unterstützungsberechtigt. Dabei soll den Schmieden völlige Bewegungsfreiheit als Sektion innerhalb des Metallarbeiterverbandes gewährleistet werden. Ferner übernimmt der Metallarbeiterverband die jetzt im Schmiedeverband besoldeten Angestellten, wobei besonders berücksichtigt werden soll, daß die bisher im Schmiedeberufe agitatorisch tätigen Gaubevollmächtigten auch fernerhin diese Funktionen ausüben. Nach erfolgtem Uebertritt würde der Metallarbeiterverband statistische Erhebungen über die Erwerbsverhältnisse im Schmiedegewerbe vornehmen, das gewonnene Material in einer Broschüre veröffentlichen und eine Konferenz für die Schmiede einberufen, in der diese Erhebungen besprochen werden sollen. Der Beschluß über den Uebertritt bleibt dem zum 22. Mai nach München einberufenen Verbandstage des Schmiedeverbandes vorbehalten.

* **Die Tragödie von Rheinfelden.** Die Aluminium- und Karbidwerke Neuhausen-Schaffhausen haben in Badisch Rheinfelden eine Filialfabrik, in der etwa 150 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind. Die Firma hatte es bisher verstanden, die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten. Da gelang es aber im Mai v. J. dem christlichen Gewerkschaftsführer Engel aus Straßburg, die Arbeiter zum größten Teil im christlichen Metallarbeiterverband zu organisieren. Im Juli wurden dann an die Direktion Forderungen gestellt auf eine durchschnittlich zehnprozentige Lohnerhöhung, bessere Entlohnung der Ueberstunden, Regelung der Mittagspause und Einsetzung eines Arbeiterausschusses. Die Direktion verhielt sich strikte ablehnend und so kam es am 22. Juli v. J. zum Streik, an dem etwa 100 Arbeiter teilnahmen; eine Anzahl Arbeiter sowie die Meister und Vorarbeiter blieben stehen. Allen Vermittlungsversuchen, auch dem des Bürgermeisters von Badisch Rheinfelden, setzte die Firma ein starres Nein1 entgegen. Trotzdem verlief der Streik in Ruhe. Erst am 13. August, als bekannt wurde, daß die Firma aus Frankfurt einen Trupp von 27 Arbeitswilligen erwarte, veränderte sich die Lage. Die Streikenden zogen nach dem Bahnhof Beuggen, wo die Streikbrecher aussteigen sollten, um diese zur Abreise zu bewegen. Dort kam es zwischen den die Arbeitswilligen begleitenden und mit Revolvern bewaffneten Meistern und den Ausständigen zu einem Zusammenstoß, bei dem der Meister Fischer, dem der Revolver entwunden werden sollte, einen Streikenden durch einen Schuß in den Arm verletzte. Die Gendarmerie lehnte die Verhaftung des schießenden Meisters ab, weil — wie der Wachtmeister Selig vor Gericht sagte — kein Grund dafür vorgelegen habe! Dieses Verhalten der Gendarmerie brachte die Ausständigen, zum großen Teil Italiener, in heftige Erregung und vor die Fabrik ziehend forderten sie die Herausgabe des Fischer. Vor dem geschlossenen Tore steigerte sich die Erbitterung. Da krachten plötzlich aus dem Fabrikhofe heraus Schüsse und der Italiener Adamo Gnolli sowie der Arbeiter Lorenz Ottinger wälzten sich in ihrem Blute; Gnolli blieb tot auf dem Platze.

Diese Bluttaten gaben dann das Zeichen zu einem allgemeinen Angriff auf die Fabrik, die Wohnungen der Arbeitswilligen und der Meister, die Fabrikkantine und das Verwaltungsgebäude, die teilweise sehr stark beschädigt wurden. Am nächsten Abend wurde der Angriff wiederholt und die Anlagen weiter demoliert. Da die Haltung der Bevölkerung, die für die Ausständigen Partei ergriffen hatte, immer drohender wurde, ließ der Bezirksamtmann zu den 45 Gendarmen eine kriegsstarke Kompagnie Infanterie vom Regiment 114 aus Konstanz herbeigerufen, die mit zwei Maschinengewehren in Rheinfelden eintraf; über Badisch Rheinfelden wurde aber der Belagerungszustand verhängt. Jetzt bequemte sich die Firma endlich, mit dem Landeskommissior Straub und dem Fabrikinspektor Bitkmann zu verhandeln, die denn auch eine Einigung zustande brachten, nach der die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Alle Arbeiter, die sich am Streik beteiligt hatten, mußten wieder eingestellt werden. Ueber die streitigen Lohnfragen und andere Differenzen sollte ein einzusetzender Arbeiterausschuß verhandeln. Damit war der Streik beendet und das Militär rückte wieder ab.

Nunmehr begann aber die Arbeit der Justiz. Einundzwanzig sogenannte Landfriedensbrecher wurden auf die Anklagebank geschleppt, darunter drei Italiener, ein Dienstmädchen und mehrere recht jugendliche Leute. Aber kein den freien Gewerkschaften angehörender Arbeiter war dabei; am Tage nach dem Krawall hatte die bürgerliche Presse wieder üblich den Versuch gemacht, diesen der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen. Die wirklich Schuldige, die wahre Urheberin des Krawalls, das ist die in so rigoroser Weise die Arbeiter ignorierende Direktion des Werkes, sie saß nicht auf der Anklagebank, auch der Portier Biel nicht, der den Italiener Gnolli durch einen Revolverschuß niedergestreckt hatte. Und zynisch konnte der Direktor Liebendörffer vor Gericht erklären, wenn die Streikenden, die aus den Fabrikwohnungen herausgewiesen worden waren, in die Fabrik eingedrungen wären, hätte es auf beiden Seiten viele Tote gegeben! Die Angestellten seien sich ihrer Pflicht im Interesse des Schutzes der Fabrik bewußt gewesen, und der Portier Biel hätte durchaus im Bewußtsein seiner Pflicht gehandelt, als er zur Waffe griff. Das konnte ein Fabrikdirektor vor Gericht sagen, ohne deswegen zur Rede gestellt zu werden.

Und das Gericht? Es bewies, wie es seiner Aufgabe, die Ordnung zu schützen, sich bewußt war. Das Urteil, das wir bereits mitgeteilt, ist unglaublich hart: 7 Jahre, 10 Monate und 26 Wochen Gefängnis wurden über die Unglücklichen verhängt, die Gerechtigkeit fordernd vor das Fabriktor gezogen waren, um dort mit todbringenden Geschossen empfangen zu werden. Und als sich ihre Empörung steigert, weiß man nichts Besseres, als zu dem Gendarmerieaufgebot noch Infanterie und Maschinengewehre hinzuzuziehen. Und das alles gegen christliche Arbeiter! Außer einem Toten und zwei Verwundeten haben die christlichen Rheinfelder Arbeiter über 8 Jahre Gefängnis zu beklagen. Die wirklichen Schuldigen, die obendrein ein Menschenleben auf dem Gewissen haben, gehen aber frei aus.

Damit ist die Tragödie von Rheinfelden zu Ende. Die christlichen Arbeiter werden an ihr aufs neue erkennen, daß der Klassenstaat auch vor ihnen nicht Halt macht, wenn sie es wagen, sich eine höhere Lebenshaltung zu erringen.

Soziales.

* **Neue sozialpolitische Bestimmungen.** Die neueste sozialpolitische Errungenschaft, die Gewerbeordnungsnovelle, ist am 1. Januar in Kraft getreten. Es handelt sich im wesentlichen, wie wir bereits früher mitteilten, um Beschränkungen in der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern. Die wichtigste Aenderung ist die Ausschaltung des Begriffs „Fabrik" bei der Anwendung der Arbeiterschutzbestimmungen. Maßgebend ist hierfür fortan lediglich die Zahl der Arbeiter, die in der Regel in einem Betriebe beschäftigt werden. Dabei wird unterschieden zwischen Betrieben mit mindestens zehn Arbeitern und solchen mit mindestens zwanzig Arbeitern. Für die zuletzt bezeichneten Betriebe ist der Erlaß einer Arbeitsordnung erforderlich, während bisher nur Fabriken mit mindestens zwanzig Arbeitern eine Arbeitsordnung haben mußten. Ohne Rücksicht auf die Zahl der beschäftigten Personen finden die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern Anwendung auf Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten, unterirdisch betriebene Brüche oder Gruben, auf Hüttenwerke, auf Zimmerplätze und andere Bauhöfe, auf Werften und auf Werkstätten der Tabakindustrie, während sie für Ziegeleien und über Tage betriebene Gruben gelten, wenn darin mindestens fünf Arbeiter beschäftigt werden.

* **Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und die neuen Steuern.** Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie glaubt, die den Machern der neuen „Finanzreform" sehr unangenehme Erregung der Verbraucher dadurch etwas beschwichtigen zu können, daß er in einem illustrierten Flugblatt „auf Grund des zuverlässigsten wissenschaftlichen Materials" die neuen Steuern zu erklären sucht. Veranlassung dazu hat ihm das von der Sozialdemokratie verbreitete Flugblatt gegeben, das in drastischer Weise die Wirkungen der neuen Steuern bildlich veranschaulichte. Der Reichsverband nennt das einen „unerhörten Volksbetrug" und rechnet in seinem Flugblatt vor, wie die Verteuerung durch die neuen Steuern nach „wissenschaftlicher" Methode wirkt. Nach dieser Berechnung wird ein halbes Liter Bier nur um 0,7 ₰ verteuert, so „daß weder eine Erhöhung des Ausschankpreises, noch eine Verkleinerung der Gläser durch die neue Steuer bedingt ist, daß vielmehr schon der beim Ausschank reichlich gelieferte Schaum einen vollen Ersatz für die alte und neue Besteuerung gebt". Verteuert würden durch die neuen Steuern Schnaps nur um 10 pZt., die Tasse Kaffee nur $\frac{2}{100}$ ₰, die Fünfpfennigzigarre nur um 0,24 ₰, die Zehnpfennigzigarre nur um 0,88 ₰ und die Schachtel Streichhölzer nur um 1½ ₰. Die Streichholzsteuer „soll im Jahre ℳ 25 000 000 bringen, demnach im Jahre 39 ₰ auf den Kopf der Bevölkerung, also noch keinen Pfennig in der Wochel"

Für die Verbraucher haben diese nach „zuverlässigster wissenschaftlicher" Methode ausgeführten Berechnungen auch nicht den geringsten Wert, da sie die durch die Zwischenhändler und Produzenten bewirkten Aufschläge ohne Berücksichtigung lassen. Die Praxis rechnet nicht mit halben und hundertstel Pfennigen. Nach der Rechnung des Reichsverbandes stellt sich die Verteuerung des Bieres pro Hekto-

liter auf ℳ 1,35, dabei haben zahlreiche Brauereien den Preis bis um ℳ 4 hinaufgeschraubt. Die Spirituoseninteressenten haben nicht nur 10 Pf., sondern 40 Pf. aufgeschlagen. Ebenso nehmen die Kaffeehausbesitzer nicht 25 2/10 ₰, sondern 30 ₰ für die Tasse Kaffee; die Fünfpfennigzigarre wird um 1 ₰, die Zehnpfennigzigarre um 2 ₰ teurer verkauft; Streichhölzer kosten nicht 25 ₰, sondern 30 ₰. Uebrigens wirkt der in dem Flugblatte des Reichsverbandes zum Ausdruck gebrachte Unwille über die Verteuerung durch Zwischenhandel und Produzenten nur komisch; denn die Steuern sind doch eben mit der Absicht der Abwälzung auf die Masse der Verbraucher gemacht worden. Dabei ist allerdings die Preisabrundung nach oben vielfach etwas sehr hoch geworden. Bestände eine stärkere Konsumgenossenschaftsbewegung, so wäre dem Zwischenhandel und den Produzenten die ungebührliche Verteuerung allerdings nicht geglückt. Leider trägt aber gerade der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nach Kräften zur Diskreditierung der Konsumgenossenschaftsbewegung bei, wobei er aus politischen Gründen die wirtschaftlichen Gegner der Konsumvereine an niedriger Kampfesweise noch überbietet.

Polizei und Gerichte.

* **Opfer des Hamburger Lohnkampfes.** Eine von unserem Hamburger Zweigvereinsvorstande besorgte Zusammenstellung der aus Anlaß der letzten Lohnbewegung ergangenen Strafbefehle, erhobenen Anklagen usw. weist 55 Ziffern auf. Die Delikte lassen nach ihrem Klange gar fürchterliches vermuten. Da sind gegen 20 Fälle, wo das Streikpostenstehen bestraft werden sollte. Doch das sind die kleinen, die harmlosen Sachen. Viel schwerer klingt schon die Beleidigung, wenn man bedenkt, daß es sich hier um die Beleidigung der so eminent staatserhaltenden Elemente handelt. Nötigung ist 15mal in der Liste vertreten, Bedrohung fünfmal, Körperverletzung, Mißhandlung und dergleichen gleichfalls fünfmal, einmal erscheint sogar das schlimme Wort „Aufruhr" in der Liste. Von den 55 Anklagefällen führten 37 zu einer Verurteilung. In 27 Fällen wurde auf Geldstrafe erkannt, in neun Fällen auf Gefängnis, ein Fall (Nötigung) ist noch nicht erledigt. Der Betrag der erkannten Geldstrafen beläuft sich auf ℳ 526. An Gefängnisstrafen wurden ausgeworfen neun Monate, elf Woche und zwölf Tage, also rund ein Jahr. Das ist die Strecke. Die Arbeiterschaft muß das bischen Fortschritt schwer genug erkämpfen.

Verschiedenes.

Der gute Kamerad.

Sie standen hoch auf dem schwanken Brett
Und schwangen die Kellen um die Wett',
Zu ihren Füßen die Stadt Paris . . .
Der Wind mit Macht aus Norden blies.

Proletarier waren sie alle beid',
In Fetzen hing ihr elend Kleid,
Ihre Wangen waren von Hunger hohl
Ja, wer da schafft, dem geht es wohl!

Sie mauerten an des Reichen Palast —
Der Wind, das ist ein schlimmer Gast,
Er tölpelt einher so ungeschlacht,
Unter seinem Griff das Gerüst zerkracht.

Ein Stoß noch und aus den Fugen es birst!
Da hängen die Zwei an des Giebels First,
An einem Sparren, den sie erfaßt,
Schiffbrüchigen gleich, die geklammert am Mast.

Und immer toller der Nordwind rast,
Der Sparren biegt sich unter der Last,
Der Abgrund gähnt sie gierig an . . .
Noch ein Ruck — und um sie ist's getan.

Der eine da zum andern spricht:
„Kam'rad, mit beiden der Sparren bricht,
Doch einer könnt' er tragen vielleicht,
Bis Hilfe . . . spristi, er weicht!"

Der andre keucht und seufzt tief auf:
„Hab' Weib und Kind!" . . . Der erste drauf:
„Ich nicht, drum ist die Reih' an mir;
Leb' wohl Kam'rad und Gott mit Dir!"

Er spricht's und stürzt in den Opfertod,
Zerschmettert lag er im Straßenkot;
Seinen Namen man nicht erfahren hat . . .
War das nicht ein treuer, ein guter Kam'rad?

Johannes Scherr.

*

* **Lenkbare Luftschiffe und Flugmaschinen.** Lenkbare Luftschiffe und Flugmaschinen sind zweifellos die aktuellsten Themen unserer Tage. Fast kein Tag vergeht, ohne daß man von Fortschritten auf dem Gebiete der Luftschiffahrt hört, oder daß ein neuer Rekord seitens der Flieger aufgestellt würde. So sehr man die erfreulichen Errungenschaften auf diesem Gebiete auch begrüßen wird, so wird man vom kulturellen Standpunkt beizeiten dagegen protestieren müssen, daß auch diese Fortschritte der Technik wieder von unsern Kriegshetzern benutzt werden, um für eine uferlose Luftflotte Stimmung zu machen. Es hat sich nämlich schon nach dem Vorbilde des Flottenvereins (und vermutlich mit diesem in engster Fühlung) ein Luftflottenverein gegründet, der auch schon mit Hilfe einer illustrierten Zeitschrift seine Fangnetze auswirft. Von diesen Ueberpatrioten werden in letzter Zeit allerorts Versammlungen veranstaltet, in denen Vorträge mit Lichtbildern über Luftschiffahrtswesen gehalten werden. Diese Veranstaltungen werden dann regelmäßig zu einer wüsten Agitation für Flottenvermehrung und Schaffung einer großen Luftflotte mißbraucht. Bei dem großen Interesse, das allgemein für Luftschiffahrt vorhanden ist, sind diese Versammlungen durchgängig gut besucht, nicht zum geringsten auch aus Arbeiterkreisen, da die Veranstalter meist erst in den Versammlungen ihre Demaskierung als Treiber für eine uferlose Luftflotte vornehmen. Um nun unsern Freunden die Möglichkeit zu geben, sich über die epochemachenden Fortschritte auf dem Gebiete der Luftschiffahrt wirklich sachgemäß zu unterrichten, hat sich Genosse Grempe-Berlin hochinteressantes Bildermaterial über dieses Thema beschafft. Dieser Vortrag unsres Genossen erörtert an 75 farbigen Lichtbildern das historische Werden des Luftschiffes von Mongolfier bis Zeppelin, Parseval usw., die Flieger seit Lilienthal bis zu den modernen Flugmaschinen Wright und geht auch auf das Brieftaubenwesen und die Ballonphotographie ein. Durch diesen aktuellen Vortrag über das „Problem der Luftschiffahrt" wird auch Aufklärung über die jetzt so oft gebrauchten Schlagworte: „Schwerer als die Luft — leichter als die Luft", „starres, unstarres und halbstarres System" usw. gegeben, ohne daß die Zuhörer im hurra- und radau-patriotischen Sinne, wie es in bürgerlichen Vereinen bei ähnlichen Gelegenheiten geschieht, beeinflußt werden. Die Leiter unsrer Bildungsbestrebungen haben also die Möglichkeit, den gekennzeichneten Luftflottentreibern das Wasser von den Mühlen dadurch zu nehmen, daß sie gegebenen Falles selbst derartige aktuelle Projektionsvorträge durch unsern Genossen Ingenieur Grempe (Adresse: Berlin S., Gitschinerstraße 83) halten lassen.

Briefkasten.

Striegau. Da im „Grundstein" Raummangel herrscht und der Bericht nichts Wichtiges enthielt, haben wir auf den Abdruck verzichtet.

Königshütte. Auf der Karte steht nicht, an welchem Sonntag nachmittag die Versammlung stattfindet, weshalb wir die Anzeige nicht aufnehmen konnten.

Krankenkasse Zabikowo. In der Versammlungsanzeige fehlte der Tag, an dem die Versammlung sein soll. Ohne diese Angabe können wir nichts veröffentlichen.

Priebus. In der Versammlungsanzeige hattest Du die Zeit der Versammlung nicht mitgeteilt. Wir haben die Karte zufällig noch hier und können sie Dir auf Wunsch zusenden.

Fürstenwalde, Krankenkasse. Wir sind bei den Versammlungsanzeigen viel auf die Kunst des Gedankenlesens angewiesen — ohne diese kann nämlich überhaupt keine Zeitung gemacht werden — und diese hat uns in Eurem Falle mal auf die falsche Fährte geführt. In Eurer Anzeige stand: Sonnabend, den 9. Januar. Eins mußte falsch sein, entweder der Wochentag oder das Datum. Nach unserer Erfahrung ist in solchen Fällen gewöhnlich der Wochentag richtig angegeben und das Datum falsch. Wäre nun der Versammlungsbeginn nicht auf 7 Uhr angegeben worden, so hätten wir Sonnabend, den 8. gesetzt, so aber schien uns das für einen Arbeitstag zu früh und darum haben wir uns für Sonntag, den 9. entschieden. Solche Irrtümer lassen sich nur vermeiden, wenn die Anzeigen richtig aufgegeben werden. Du mußt sie in Zukunft nach dem Schreiben noch einmal durchlesen und den Kalender zur Hand nehmen. Das gilt auch für andere Kollegen.

Sterbetafel.

Berlin. Am 27. Dezember starb unser langjähriges Mitglied **Emil Poleski** an Lungenleiden.

Bitterfeld. Am 23. Dezember starb unser treuer Verbandskollege **Wilhelm Richter** aus Pouch im Alter von 33 Jahren infolge eines Sturzes bei der Arbeit.

Breslau. Am 26. Dezember verschied nach langem Krankenlager unser treues Mitglied **Wilh. Franz** im Alter von 51 Jahren an Nervenleiden.

Danzig. Am 27. Dezember starb unser Verbandskollege **Johann Schrade** im Alter von 29 Jahren an Gallenblasenvereiterung.

Derenburg a. Harz. Am zweiten Weihnachtsfeiertag verschied nach langem Krankenlager unser treuer Kollege, Mitbegründer sowie langjähriger Kassierer des hiesigen Zweigvereins **Gottl. Stagge** im 45. Lebensjahre an Magenkrebs.

Drezk. Am 25. Dezember starb unser treuer Kollege **Hermann Schröder** im Alter von 42 Jahren.

Essen a. d. R. Am 31. Dezember starb unser Kollege **Gustav Müller** im 22. Lebensjahre durch Unfall auf Zeche „Langenbrehm".

Freising. Am 20. Dezember starb unser Verbandskollege **Jakob Meier** im Alter von 40 Jahren infolge eines Unglücksfalles.

Hameln. Am 31. Dezember starb unser lieber Kollege und langjähriger Vorsitzender **Heinrich de Boer** im Alter von 35 Jahren an Blutsturz. Wir verlieren in ihm eine tüchtige Kraft; er war immer in den ersten Reihen der Kämpfer zu finden. Sein aufrichtiger, offener Charakter wird ihm bei der Hamelner Bauarbeiterschaft ein bleibendes Andenken bewahren.

Magdeburg. Beyendorf. Am 26. Dezember starb der Kollege **Hermann Lichtenberg** im Alter von 28 Jahren an Diphtheritis.

Mainz. (Zahlstelle Hechtsheim.) Am 23. Dezember starb unser Kollege **Martin Oehrlein** im Alter von 38 Jahren an Influenza.

München. (Obergiesing.) Am 26. Dezember starb unser Kollege **Johann Waidmann** im Alter von 63 Jahren an Herzleiden.

Nowawes. Am 28. Dezember starb nach längerer Krankheit unser Kollege **Max Schnell** im Alter von 48 Jahren an Rippenfellentzündung.

Nürnberg-Fürth. Am 22. Dezember starb unser Kollege **Georg Heps** im Alter von 27 Jahren an der Proletarierkrankheit. — Am 23. Dezember starb unser Kollege **Georg Reingruber** im Alter von 32 Jahren ebenfalls an der Proletarierkrankheit. Derselbe war Vorsitzender der Zahlstelle Roßstall und hat als solcher seine Aufgaben jederzeit unermüdlich und pflichtgetreu erfüllt.

Pirna. Am 21. Dezember starb unser Kollege **Ernst Petermann** aus Rosenthahl an Lungenleiden.

Roth a. Sand. Am 26. Dezember starb unser treues Mitglied **Martin Bruner** im Alter von 33 Jahren an Lungentuberkulose.

Schweinfurt. Am 26. Dezember starb plötzlich unser langjähriger, treuer Kollege **Johann Müller** im Alter von 46 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Zeulenroda.

Zu unserem am **9. Januar, abends 6 Uhr,** in der **„Erholung"** stattfindenden

Tanzkränzchen

laden wir die werten Mitglieder nebst Angehörigen ergebenst ein. Auch die Mitglieder des Zweigvereins **Triebes** sind hiermit freundlichst eingeladen. [ℳ 3] **Der Vorstand.**

Anzeigen

Heinrich Walter, geboren zu **Vielbrun,** wird Zweigvereinskassierer in **Witten a. d. R., Fritz Peter, Schwanenmarkt,** einzusenden. [ℳ 1,20]

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Verkehrslokal, H Herberge, Rz Reiseunterstützung wird ausgezahlt bei).

Bayreuth. K M. Krauß, Bambergerstr. 13.

Calbe a. d. S. Rz Karl Pape, Gr. Fischerei 35.

Mühldorf. V Peter Neumeier, Lent 29, 1. Et.
Rz im Verbandslokal, Badstr. 300.

Stendal. Rz im Vereinslokal bei Herrn Karl Grothe, Elisabethstr. 3.

Zielenzig. V Karl Klank, Ostrowerstr. 15.
K Hermann Vogel, Hinterstr. 541.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 8. Januar.

Gladbek. Abends 7½ Uhr. T.-O.: Quartals- und Jahresabrechnung.
Königslutter. Abends 8 Uhr im Vereinslokal. T.-O.: Neuwahl des Vorstandes. Verschiedenes.

Sonntag, den 9. Januar.

Gunnersdorf. Generalversammlung in der „Andreasschenke". T.-O.: Jahresabrechnung und Neuwahl des Gesamtvorstandes.
Frankenhausen a. Kyffh. Nachm. 3½ Uhr im „Barbarossagarten".
Glesien. Nachm. 3 Uhr im Arbeiterkasino in Schweidig.
Guhrau. Nachm. 3 Uhr, Steinweg 50. T.-O.: Vorstandswahl. Der Gauleiter ist anwesend.
Priebus. Vorm. 9½ Uhr.
Schivelbein. Nachm. 2 Uhr. T.-O.: Quartals- und Jahresbericht. Vorstandswahl. Delegiertenstichwahl. Lohnfrage.
Schmölln. Nachm. 3½ Uhr Generalversammlung im „Lindental". T.-O.: Jahres- und Kassenbericht. Neuwahl.
Zehdenick. Nachm. 2 Uhr bei bei Buchholz. T.-O.: Bericht des Vorstandes über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbande.

Montag, den 10. Januar.

Celle. Bei H. Knoop, Fritzenwiese. T.-O.: Vorstandswahl. Jahresabrechnung. Verschiedenes.

Sonntag, den 16. Januar.

Würzburg. Nachm. 2 Uhr Generalversammlung im „Ochsen. T.-O.: Jahresbericht. Neuwahl. Wahl einer Lohnkommission.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 9. Januar.

Werder a. d. H. Nachm. Punkt 3 Uhr bei Koch. T.-O.: Bericht vom vierten Quartal. Vorstandswahl.
Zehdenick. Nachm. 1 Uhr Generalversammlung bei Buchholz. T.-O.: Neuwahl der örtlichen Verwaltung.

Sonntag, den 16. Januar.

Danzig. Nachm. 3½ Uhr Generalversammlung bei Herrn Schmiedke, Fischmarkt 6. T.-O.: Abrechnung vom zweiten und dritten Quartal. Jahresbericht. Vorstandswahl. Verschiedenes.
Gross-Neuendorf a. d. O. Vorm. 9 Uhr bei Fr. Menzel. T.-O.: Abrechnung. Wahl eines neuen Vorstandes. Verschiedenes.
Oranienburg. Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Emil Schumann, Schützenstraße 34. T.-O.: Jahresbericht und Abrechnung. Vorstandswahl. Verschiedenes. Das neue Statut mit dem Nachtrag von der letzten Generalversammlung wird nur nach Vorzeigung des Mitgliedsbuches ausgehändigt. Es wird ersucht, die Kollegen, die den „Grundstein" nicht lesen, auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

Kranken- und Sterbekasse der Maurer zu Markgrafpieske (E. G.)

Sonntag, den 16. Januar,

nachm. 1 Uhr, ordentliche Generalversammlung bei Wilhelm Graßnick, Langenbaumerstr. 16. T.-O.: Jahresschlußrechnung. Wahl des Vorstandes und des Ausschusses und Besoldung desselben. Statutenänderung. Verschiedenes.

Verleger: Th. Bömelburg, verantwortlicher Redakteur: A. Winnig. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.